

72. Sitzung

Freitag, den 11. Oktober 2002

Erfurt, Plenarsaal

**Drohende Insolvenzen bei
Thüringer Freizeit- und Er-
lebnisbädern und deren
Konsequenzen**

6224

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2714 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Dr. Pietzsch zu dem Antrag einen Sofortbericht.

Auf Verlangen der Fraktion der SPD findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Der Antrag der Fraktion der SPD auf Fortsetzung der Beratung zu dem Bericht der Landesregierung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik wird mit Mehrheit abgelehnt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird aufgrund des Widerspruchs der Fraktion der SPD gemäß § 106 Abs. 2 Satz 2 GO mit Mehrheit festgestellt.

**Wirtschaftliche Belastungen
von Kommunen durch geför-
derte Einrichtungen für den
Fremdenverkehr/Tourismus,
das Kur- und Bäderwesen so-
wie für Hallen- und Freibäder**

6240

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/2727 -

Nach Begründung durch den Antragsteller erstattet Staatssekretär Scherer zu dem Antrag einen Sofortbericht.

Auf Verlangen der Fraktion der PDS findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Der Antrag der Fraktion der PDS auf Fortsetzung der Beratung zu dem Bericht der Landesregierung im Innenausschuss wird mit Mehrheit abgelehnt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

**Allgemeine Förderung der
Erziehung in der Familie**

6248

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2728 -

Nach Begründung und Aussprache wird die beantragte Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

Die Sitzung wird für die Verabschiedung des ehemaligen Justizministers Dr. Birkmann sowie die Ernennung des neuen Justizministers Dr. Gasser unterbrochen.

**Vereidigung des neu ernannten
Justizministers**

6256

(gem. Artikel 71 Abs. 1 und 2 LV)

Justizminister Dr. Gasser leistet den gemäß Artikel 71 Abs. 1 und 2 LV vorgeschriebenen Eid.

**Korruption im Thüringer
Abschleppgewerbe?**

6257

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2752 -

Nach Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Köckert zu dem Antrag einen Sofortbericht.

Auf Verlangen der Fraktion der SPD findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Lohnentwicklung im Freistaat Thüringen

6259

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2755 -

Nach Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Schuster zu dem Antrag einen Sofortbericht.

Auf Verlangen der Fraktionen der SPD und PDS findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Dr. Birkmann, Dr. Gasser, Gnauck, Köckert, Dr. Pietzsch,
Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Dr. Sklenar, Trautvetter

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	6224, 6225, 6226, 6228, 6230, 6231, 6233, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6240, 6242, 6243, 6256, 6257
Vizepräsidentin Ellenberger	6257, 6259, 6260, 6262, 6264, 6266, 6268, 6269, 6270, 6271, 6272
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	6245, 6247, 6248, 6249, 6251, 6252, 6254, 6255, 6256
Bechthum (SPD)	6252
Bergemann (CDU)	6268
Dohrt (SPD)	6226, 6236, 6237, 6242, 6248
Fiedler (CDU)	6259
Grob (CDU)	6230
T. Kretschmer (CDU)	6245
Dr. Müller (SPD)	6266
Nitzpon (PDS)	6233, 6242, 6251
Panse (CDU)	6249
Pelke (SPD)	6248, 6255, 6259
Dr. Pidde (SPD)	6240
Pohl (SPD)	6257, 6259
Ramelow (PDS)	6228, 6234, 6262, 6269, 6271
Scheringer (PDS)	6238
Vopel (CDU)	6265
Dr. Wildauer (PDS)	6240, 6243
Wunderlich (CDU)	6236
Dr. Gasser, Justizminister	6256, 6257
Köckert, Innenminister	6257
Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit	6224, 6225, 6237, 6254
Scherer, Staatssekretär	6241
Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	6231, 6235, 6247, 6260, 6270

Die Sitzung wird um 9.03 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet

Präsidentin Lieberknecht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr verehrte Vertreter auf den Regierungsbänken, verehrte Besucher auf der Besuchertribüne, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 72. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am heutigen 11. Oktober 2002 und darf Sie dazu recht herzlich begrüßen. Als Schriftführer haben neben mir Platz genommen Frau Abgeordnete Bechthum und Herr Abgeordneter Braasch. Herr Abgeordneter Braasch wird die Rednerliste führen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Jawohl, es handelt sich um verdienstvolle Tätigkeiten.

(Heiterkeit im Hause)

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Böck, Frau Abgeordnete Heß, Herr Abgeordneter Höhn, Herr Abgeordneter Otto Kretschmer, Frau Abgeordnete Katja Wolf und Herr Minister Dr. Krapp.

Ich darf zu Beginn unserer Sitzung an eine Verabredung erinnern, die wir im Ältestenrat getroffen haben, nämlich zum Zeitpunkt des Ministerwechsels im Justizressort, der heute vorgenommen wird. Wir sind übereingekommen, dass dies nach Tagesordnungspunkt 14 zeitlich günstig gelegen geschehen kann. Ich denke, das wird zwischen 11.00 und 12.00 Uhr sein, so dass ich jetzt beginne mit dem Aufruf des **Tagesordnungspunkts 12**

**Drohende Insolvenzen bei
Thüringer Freizeit- und Er-
lebnisbädern und deren
Konsequenzen**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2714 -

Begründung durch die Einreicher wird nicht gewünscht, da die Landesregierung ohnehin den Sofortbericht angekündigt hat zu geben. Ich darf dazu Herrn Minister Dr. Pietzsch bitten. Bitte, Sie haben das Wort zum Bericht.

**Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und
Gesundheit:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag der Fraktion der PDS ist eigentlich ein zweiseitiger Antrag. Im ersten Teil bezieht er sich auf die betriebswirtschaftliche Situation und verbindet diese betriebswirtschaftliche Situation mit dem zweiten Teil der Konsequenzen, die daraus für die weitere Sanierung der Frei- und Hallenbäder im Rahmen der Sportförderung zu ziehen sind.

Meine Damen und Herren, die Bäderlandschaft hängt schon miteinander zusammen, das ist richtig, aber die betriebswirtschaftliche Situation der Freizeit- und Erlebnisbäder hat nicht folgerichtig Konsequenzen auf die Planung und schon gar nicht die von Ihnen angesprochene Solvenz oder Insolvenz, schon gar nicht Konsequenzen auf die Sportbäder.

Präsidentin Lieberknecht:

Darf ich einmal unterbrechen, Herr Minister Dr. Pietzsch, weil eine Frage aufgekommen ist, und zwar besteht der Eindruck, Sie würden zu Tagesordnungspunkt 13 sprechen und nicht zu Tagesordnungspunkt 12 zu dem SPD-Antrag. Wir hatten die Zusammenlegung nicht beschlossen gestern. Kann das sein?

**Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und
Gesundheit:**

Woher wissen Sie, wozu ich rede?

(Heiterkeit im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Deswegen frage ich Sie ja. Deswegen war ja die Frage, damit wir Klarheit haben, welcher Bericht zu welchem Punkt gegeben wird.

**Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und
Gesundheit:**

Wenn ich mich recht entsinne, ist der andere Tagesordnungspunkt ein Antrag der PDS, ist das richtig?

Präsidentin Lieberknecht:

Nein, es handelt sich um den Antrag der SPD-Fraktion in Punkt 12.

**Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und
Gesundheit:**

Ja, der andere Tagesordnungspunkt ist ein Antrag der PDS.

Präsidentin Lieberknecht:

Ja.

**Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und
Gesundheit:**

Ich habe hier ganz eindeutig von einem Antrag der Fraktion der SPD gesprochen.

(Zwischenrufe aus dem Hause: Nein.)

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Herr Dr. Pietzsch, reden Sie nur, es ist egal zu was.)

(Unruhe im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Gut.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, habe ich nun Recht oder habe ich nicht Recht?

(Heiterkeit im Hause)

Ich überlasse das Ihrer präsidentalen Weisheit.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Minister Dr. Pietzsch, wenn Sie erklären, dass Ihr Bericht zu Tagesordnungspunkt 12 abgegeben wird, dann nehmen wir das so zur Kenntnis, dann ist das der Bericht zu Tagesordnungspunkt 12.

(Heiterkeit im Hause)

Gut, also das wird sich ja vielleicht im Laufe der Ausführungen noch klären.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Meine Damen und Herren, um alle Klarheiten zu beseitigen und um Tagesordnungspunkt 12 oder 13 oder 16 oder was weiß ich, das ist mir jetzt wurscht.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Wenn es denn recht ist, rede ich zu Drucksache 3/2714, einem Antrag der Fraktion der SPD,

(Beifall im Hause)

und dieses habe ich von Anfang an getan.

(Heiterkeit im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Das ist eindeutig und dann hat es lediglich an einem Versprecher bei der Fraktionsbezeichnung gelegen, also Drucksache 3/2714.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Meine Damen und Herren, nicht erst seit der drohenden Insolvenz einzelner Erlebnisbäder hat sich die Landesregierung Gedanken zur betriebswirtschaftlichen Führung auch von Sportstätten, insbesondere auch von Frei- und Hallenbädern gemacht.

Meine Damen und Herren, Schwimmbäder erfordern nicht nur bei ihrer Errichtung erhebliche Investitionskosten, die zu finanzieren sind, sondern man muss sich auch bei Sportstätten über die Folgekosten im Klaren sein und gerade Freibäder und Hallenbäder haben erhebliche Folgekosten. Dabei sind auch die sich verändernden Anforderungen an Schwimmbäder ganz augenscheinlich. Den Bedürfnissen der Nutzer entsprechend entwickelten sie sich von reinen Sport-, Reinigungs- und Gesundheitsbädern in der Vergangenheit oder in weit zurückliegender Zeit zu Freizeit-, Erholungs- und Erlebniseinrichtungen. Nicht zuletzt sind dadurch Bäder auch wichtige Stätten der Begegnung. Das bezieht sich übrigens, was die Sportstätten angeht, nicht nur auf die Bäder, sondern dieser Trend ist auch bei anderen Sportstätten nachzuweisen. Es gibt auch einen engen Zusammenhang zwischen Erlebnisbereichen, es gibt auch einen engen Zusammenhang zwischen Sportstätten, Fremdenverkehr und Tourismus. Ich habe gerade beim parlamentarischen Abend vorgestern darauf hingewiesen, dass sich die Landessportkonferenz des Jahres 2001 mit dem Thema "Sport und Tourismus" auseinander gesetzt hat. Es gibt in diesem Bereich durchaus Wechselwirkungen. Die angefragte betriebswirtschaftliche Situation der Erlebnisbäder ist ein Aspekt bei der Entwicklung einer bedarfsgerechten Bäderlandschaft in Thüringen, nicht der alleinige. Die betriebswirtschaftlichen Daten der Erlebnisbäder in Thüringen sind sehr schwer zu erhalten, weil es sich hierbei um privatwirtschaftlich geführte Einrichtungen handelt. Es gibt privatrechtliche Träger. Und wie wir festgestellt haben, in Sonderheit der Wirtschaftsminister festgestellt hat, der da einen Zugang hat, sind auch die Angaben über betriebswirtschaftliche Daten sehr, sehr unterschiedlich bei ein und demselben Bad an zwei verschiedenen Tagen oder in zwei verschiedenen Wochen. Tatsache ist, dass in Tabarz Insolvenz angemeldet wurde und auch Oberhof in finanziellen Schwierigkeiten steht. Herr Kollege Schuster wird nachfolgend in der Diskussion auf die wirtschaftliche Situation einzelner Erlebnisbäder oder von Tabarz eingehen. Ich werde mich daher darauf konzentrieren, Ihnen zu berichten, welche Maßnahmen die Landesregierung, und übrigens lange vor diesem Antrag, ergriffen hat, um im Rahmen der Sportförderung auf eine bedarfsgerechte Versorgung Thüringens mit Frei- und Hallenbädern im Interesse des Vereins- und Schulsports, der sportlichen Freizeitgestaltung, der Erholungsbedürfnisse der Bevölkerung hinzuwirken und zugleich zu gewährleisten, dass die Folgekosten für die Kommunen tragbar bleiben.

Zum Ersten: Im vergangenen Jahr wurden in der neugefassten Richtlinie zur Förderung des Sportstättenbaus Kos-

tenobergrenzen für die Festsetzung der zuwendungsfähigen Ausgaben bei Neubauten und Ersatzneubauten eingeführt. Damit wurde ein wichtiger Schritt getan, um die notwendige Kategorisierung von Sportbauten festzuschreiben, das heißt, durch die genannte Richtlinie werden solche Einrichtungen gefördert, die primär der Herausbildung sportlicher Leistungen, dem Schulschwimmen oder dem freizeitsportlichen Schwimmen der Bürgerinnen und Bürger dienen. Damit wurde eine klare Abgrenzung zu Erlebnisbädern aufgestellt.

Zum Zweiten: Nachdem die ersten Jahre nach der politischen Wende auch im Bereich der Sportstättenförderung davon geprägt waren, die katastrophale Erblast zu bewältigen, ist es Dank der Sportförderung der Landesregierung nunmehr möglich, an die Entwicklung einer auch an den prognostischen Bedürfnissen orientierten Schwimmbäderlandschaft zu gehen. Damit dieser Prozess im Freistaat fachlich fundiert und konzeptionell abgestimmt vonstatten gehen kann, ist unter Leitung meiner Sportabteilung seit Mitte des vergangenen Jahres eine interministerielle Arbeitsgruppe mit Vertretern aus der wegen der Raum- und Regionalplanung beteiligten Staatskanzlei, dem Innenministerium, dem Kultusministerium und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur gebildet worden. Diese Arbeitsgruppe wird zunächst noch einmal die notwendigen Daten aktualisieren und auf dieser sicheren Grundlage Kriterien für den langfristigen Einsatz von Fördermitteln vorbereiten. Sie wird Vorschläge zum Abbau von regionaler Unter- und Überversorgung unterbreiten und einen entsprechenden Prioritätenkatalog aufstellen. Zur Vermeidung von etwaigen Konkurrenzsituationen wird derzeit geprüft, ob man den bisherigen Regelfördersatz bei Hallen- und Kombibädern in meinem Haus von bisher 40 auf 60 Prozent ändern sollte mit der Maßgabe, dass dann im Zuwendungsbescheid zwingend sichergestellt ist, dass zukünftig der Charakter des Bads als Sportbad erhalten bleibt. Das erscheint mir deshalb notwendig, weil immer wieder bei Anträgen darauf hingewiesen wird, dass ein größerer Erlebnisbereich angebaut werden soll, da sonst die Refinanzierung des 60-prozentigen Anteils des Trägers nicht möglich ist. Auf der anderen Seite, wenn wir dieses so weiterführen würden, käme es wirklich zu Konkurrenzsituationen und alle beteiligten Bäder würden Not leidend. Deswegen überlegen wir uns, ob man nicht besser den Anteil der Sportförderung des Landes, also der Investitionsförderung des Landes, erhöht, damit der Refinanzierungsanteil des Trägers, das heißt, des Vereins - in aller Regel sind es Gemeinden oder Kreise - geringer wird. Zu der abgestimmten Vorgehensweise gehört auch, dass unabhängig vom Zuständigkeitsbereich eine verbindliche Abstimmung zwischen allen genannten Ressorts in dieser interministeriellen Arbeitsgruppe erfolgt.

Zum Dritten: Ich habe darüber hinaus zur Unterstützung dieser Arbeit an ein im Bereich der Sportstättenplanung renommiertes Leipziger Planungsbüro den Auftrag erteilt, für Thüringen eine fortzuschreibende Schwimmbäderentwicklungskonzeption zu erarbeiten. Erste Ergebnisse wer-

den noch Ende dieses Jahres erwartet werden können. Das heißt nicht, dass nicht vorher auch Anträge bearbeitet und gegebenenfalls bewilligt werden. Dieses wird aber dann in dieser interministeriellen Arbeitsgruppe abgestimmt.

Ich meine, dass all dies vernünftige Maßnahmen sind, die nicht erst unter dem Druck drohender Insolvenzen bei Erlebnisbädern eingeleitet wurden, um die unterschiedlichen Bedürfnisse beim Schwimmen und Baden verantwortlich abzuwägen und einer akzentuierten Entwicklung zuzuführen. Schon wegen der von mir geschilderten Zuständigkeit beim Bau und der Sanierung von Bädern ist darüber hinaus die geäußerte Befürchtung der antragstellenden Fraktion unbegründet, dass die Förderung von Erlebnisbädern im Freistaat etwa zulasten der Sanierung von Sportstätten gehen könnte. Die Landesregierung hält an ihrem Ziel fest, das hohe Niveau der Sportförderung in Thüringen auch in Zukunft zu sichern. Dies bedingt auch für den Bereich der Frei- und Hallenschwimmbäder ein planmäßiges Vorgehen aller Beteiligten auf der Grundlage der von mir angesprochenen Konzeption. Es wird auch bis zu dieser Konzeption - ich will dieses noch einmal sagen - keinen Stillstand in der Förderung der Hallen- und Freibäder geben. Danke sehr.

Präsidentin Lieberknecht:

Wird die Aussprache beantragt? Durch Herrn Dr. Pidde für die SPD-Fraktion. Dann kommen wir zur Aussprache. Als Erste hat das Wort Frau Abgeordnete Doht, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich hoffe nicht, dass der doch etwas konfuse Anfang dieses Tagesordnungspunkts Ausdruck der Politik der Landesregierung in diesem Bereich ist.

(Beifall bei der SPD)

In unserem Antrag ist noch von drohenden Insolvenzen bei Thüringer Freizeit- und Erlebnisbädern die Rede. Seit der Formulierung dieses Antrags ist einige Zeit vergangen und mit dem TABBS in Tabarz liegt bereits die erste Insolvenz vor. Die Kurgesellschaft Tabarz als Betreiberin musste Insolvenzantrag stellen. Dass die wirtschaftliche Situation im Tabarzer Bad schon längere Zeit nicht rosig war, wurde uns bereits bei einem dortigen Besuch des Arbeitskreises Wirtschaft der SPD-Landtagsfraktion in der Mitte der 2. Legislaturperiode mitgeteilt. Damals schrieb man nach Aussagen des Geschäftsführers gerade einmal eine "schwarze Null" und man hatte Angst vor der Eröffnung weiterer Erlebnisbäder in Thüringen. Im Wirtschaftsministerium aber war man anderer Auffassung. Das Geld im Rahmen der GA musste ausgegeben werden und so wurden weiter munter Spaßbäder gefördert.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: So etwas Blödes habe ich noch nie gehört!)

Insgesamt acht dieser Einrichtungen wurden mit einer Gesamtförderhöhe von 176.360.000 DM, das sind ungefähr 90 Mio. €, gefördert. Schaut man sich die ursprünglich geplanten Besucherzahlen an und vergleicht diese mit den Istzahlen, so wird man leicht feststellen, dass kaum ein Bad die ursprünglich geplanten Besucherzahlen auf Dauer erhalten kann. Ist der Neugierigkeitseffekt erst einmal dahin und die Neugier verfliegen, lässt auch der Besucherstrom nach. Aber damit noch nicht genug, neben den Spaß- und Erlebnisbädern hat das Wirtschaftsministerium weitere 23 touristisch genutzte Frei- und Hallenbäder im Rahmen der GA mit einer Summe von 39.890.000 DM gefördert.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das, was Sie hier darstellen, ist ein bisschen konfus!)

Warum ausgerechnet diese 23 Bäder gefördert wurden und andere wiederum nicht, weiß wahrscheinlich nur der Wirtschaftsminister selbst zu sagen. Ich wage zu behaupten, dass es in ganz Thüringen kein einziges Frei- bzw. Hallenbad gibt, welches nicht auch von Touristen besucht wird, wenn es denn noch geöffnet ist. Bleibt also die Frage, wonach die touristische Nutzung bemessen wurde.

Herr Kretschmer, hören Sie mir doch erst einmal zu, ehe Sie hier immer dazwischenreden.

Fakt ist aber eines, dass diese Bäder auch mit allerlei Erlebnisobjekten, z.B. Rutschbahnen und Ähnlichem, ausgestattet wurden und aufgrund der moderateren Eintrittspreise durchaus auch eine Konkurrenz zu den Erlebnisbädern darstellen. Aber alle Warnungen, auch die der SPD-Landtagsfraktion, wurden in den Wind geschlagen.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Lippmann zu den finanziellen Auswirkungen von Freizeit- und Erlebnisbädern auf die Kommunalhaushalte heißt es unter anderem, ich zitiere: "Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur lässt sich regelmäßig Angaben über Besucherzahlen, Einnahmen und Ausgaben für die geförderten Erlebnisbäder zuarbeiten. Aus diesen Unterlagen sind ab dem Jahr 2000 finanzielle Probleme mit steigender Tendenz für die Bäder in Oberhof und Tabarz erkennbar. Die wirtschaftlichen Probleme der Bäder in Bad Frankenhausen und Teistungen sind der Landesregierung schon länger bekannt." Wenn diese schon länger bekannt waren, dann stellt sich schon die Frage, warum Hohenfelden und Rudolstadt dann auch noch gefördert wurden. Weit weniger großzügig ist man bei der Frei- und Hallenbadförderung im Rahmen der Sportstättenförderung verfahren. Hier wurden in den Jahren 1993 bis 2001 ganze 75 Mio. DM an Fördermitteln ausgereicht. Dies ist nicht einmal die Hälfte der Summe, welche für die Erlebnisbäder aufgewendet wurde. Hinzu kommt, dass die Fördersätze im krassen Gegensatz stehen. Mit bis zu 80 Prozent der Aufwendungen wurden Erlebnisbäder und touristisch genutzte Frei- und Hallenbäder gefördert und die Sportbäder nur mit 40 Prozent. Herr Minister Pietzsch, wir begrüßen es, wenn Ihre Ankündigung umgesetzt wird,

auch im Bereich der Sportstättenförderung künftig mit 60 Prozent zu fördern. Dies ist sicherlich vernünftig, aber was wir auch fordern, ist eine Verzahnung der Förderinstrumente, eine Verzahnung zwischen dem, was im touristischen Bereich und in der Sportstättenförderung geschieht, denn eine Trennung in Sport- und Erlebnisbäder anhand der Besucher ist sowieso nicht möglich. Viel vernünftiger wäre es gewesen, wenn bereits in der Vergangenheit die Förderung der beiden Ministerien aufeinander abgestimmt worden wäre. Dann wären wir in Sachen Badsanierung schon einen gewaltigen Schritt weiter und brauchten auch keine so große Angst vor der drohenden Badwasserverordnung zu haben.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Ja, wer war denn da im Sozialministerium?)

1993 waren Sie wohl Sozialminister, als das hier losging.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir hätten heute nicht die Sorgen mit Prestigeobjekten, die keiner bezahlen kann. In der Antwort auf die Große Anfrage meiner Fraktion zur Zukunft des Tourismus in Thüringen antwortet die Landesregierung auf die Frage nach einer stärkeren Verzahnung von Sportstättenförderung und Förderung der touristischen Infrastruktur wie folgt: Der Sport hat als Werbeträger und Publikumsmagnet für den Tourismus immer größere Bedeutung erlangt. Sportanlagen erweitern die Angebotsvielfalt in den Tourismusorten und können bei entsprechender Attraktivität zu einer Verbesserung der touristischen Infrastruktur und damit auch zur Steigerung der Besucherzahlen führen. Die verstärkte touristische Nutzung von Sportanlagen und sich daraus ergebende zusätzliche Angebote sollen künftig weitere Synergieeffekte erzeugen. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen dem TMWAI und dem TMSG können, auch mit Blick auf einen abgestimmten Fördermitteleinsatz, Synergieeffekte weiter optimiert werden. Das sind hehre Worte. Die Praxis der Thüringer Förderpolitik sieht aber ganz anders aus. Wenn wir z.B. einmal das Erlebnisbad in Bad Frankenhausen nehmen. Mit 24.140.000 DM wurde dieses Objekt gefördert. 18.340.000 DM für den ersten Bauabschnitt und noch einmal 5.800.000 DM für den zweiten Bauabschnitt, der in diesem Jahr erstellt wird. Schulschwimmen ist in diesem Bad allerdings nicht möglich. Der Wirtschaftsminister ist schließlich nur für die touristische Infrastruktur zuständig und nicht für den Sport. Also wurde ein Sportbecken nicht in die Förderung mit aufgenommen und die Stadt Bad Frankenhausen wollte ein solches ohne Förderung nicht bauen, wie es z.B. Tabarz getan hat. Da Schulschwimmen im Rahmen des Sportunterrichts in Thüringen nur obligatorisch ist, wenn eine entsprechende Einrichtung am Ort ist, gibt es eben in Bad Frankenhausen keinen Schwimmunterricht im Rahmen des Sportunterrichts, trotz der hohen Fördersummen, die die Landesregierung in dieses Bad gesteckt hat. Sollen die Eltern sich doch selbst kümmern,

wenn ihre Kinder das Schwimmen lernen wollen.

Meine Damen und Herren, das ist derart paradox, dass man es kaum noch beschreiben kann. Aber es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Förderpolitik dieser Landesregierung. Das Ergebnis haben wir vorliegen.

(Beifall Abg. Döring, SPD)

Wir haben acht Prestigeobjekte, von denen eines bereits baden gegangen ist

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das stimmt nicht!)

und andere stecken auch in Schwierigkeiten. Wir haben zweitens einen deutlichen Nachholbedarf bei der Sanierung von Frei- und Hallenbädern, welche auch zu Sportzwecken genutzt werden können. In Thüringen gibt es z.B. nur zwei Anlagen - in Gera und Erfurt -, in denen Schwimmer sich auch für überregionale Meisterschaften qualifizieren können. Wenn man sich einmal die Zusammensetzung des Landeskaders des Thüringer Schwimmverbandes anguckt, dann sind es, mit ganz wenigen Ausnahmen, Schwimmer aus Erfurt und Gera, die dort schwimmen. Dann muss man doch sagen, das kann nicht daran liegen, dass es nur dort Talente gibt, sondern das hat etwas mit den Trainings- und Übungsbedingungen zu tun, die die Sportvereine vor Ort vorfinden.

(Beifall bei SPD)

Wir haben außerdem eine deutliche Unterversorgung städtischer Räume mit Frei- und Hallenbädern. Wenn ich einmal daran erinnern darf, dass wir auch in der vergangenen Zeit bereits einen Landesentwicklungsplan hatten, auch wenn dieser inzwischen erneuert wird, so haben diese Vorgaben dort bei der Förderung bislang überhaupt keine Rolle gespielt. Jetzt endlich, im Jahr 2002, ist die Landesregierung munter geworden. Bis Ende 2002 soll eine Schwimmbadentwicklungskonzeption erarbeitet werden. Diese kommt um Jahre zu spät. Der Wirtschaftsminister hat bereits verkündet, die Förderung von Erlebnisbädern ist abgeschlossen. Hier wird nicht mehr weiter gefördert. Hier wurden vollendete Tatsachen geschaffen. Die Erarbeitung dieser Konzeption hat bislang nur zur Folge, dass die gesamte Förderung im Bereich des Sports auf Eis liegt. Die Kommunen, auch solche, die bereits in die Prioritätenliste aufgenommen wurden, wissen nicht, wie es weitergeht und so manches Freibad wird auch im nächsten Sommer wieder geschlossen bleiben.

Meine Damen und Herren, deswegen seien hier schon Fragen erlaubt. Welches Ziel hat denn nun diese Konzeption? Soll sie, wie wir vermuten, das Überleben der Erlebnisbäder zulasten der anderen Bäder sichern oder geht es wirklich um konzeptionelle und landesplanerische Einsichten? Unter welchen Prämissen wurde das Leipziger Ingenieurbüro, welches jetzt die Bäder bereist, beauftragt?

Wird hier nur der technische Stand der Bäder und der Sanierungsaufwand erfasst oder macht man sich auch die Mühe, die jetzigen und potenziellen Nutzer, Schulen und Schwimmvereine etc. zu analysieren und in die Bewertung einzubeziehen? Welchen Stellenwert misst diese Konzeption den Sportstättenleitplanungen vor Ort zu? Will man sich auch an landesplanerischen Vorgaben orientieren? Was soll aus den Bädern werden, die dann für nicht sanierungs- oder förderfähig befunden werden? Dies alles sind Fragen, auf die die SPD-Fraktion gern eine Antwort hätte.

Nach unserer Auffassung kann diese Konzeption letztendlich nur für die Sportförderung eine Grundlage sein und hier kommt sie, wie bereits ausgeführt, viel zu spät und bremst zurzeit mehr. Das Problem der Spaßbäder löst sie nicht. Der ostdeutsche Sparkassen- und Giroverband hat sich in seinem neuesten Tourismusbarometer auch mit der Problematik der Spaßbäder befasst und folgenden längerfristigen Trend ausgemacht. Nach einem meist Erfolg versprechenden Beginn sinken in vielen Erlebnisbädern die Besucherzahlen zum Teil rapide ab. Bereits im vierten Betriebsjahr ist rund ein Viertel der Nachfrage weggebrochen. Erlebnisbäder können gegen diesen überall zu beobachtenden Trend nur angehen, indem sie die Attraktivität der eigenen Einrichtung regelmäßig mindestens alle fünf Jahre durch neue Anziehungspunkte steigern.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Genau so ist es.)

Dies aber kostet Geld - genau so ist es -, Geld, welches die Betreiber bislang nicht erwirtschaften konnten. Da muss die Landesregierung irgendwann einmal Farbe bekennen, wie es hier weitergehen soll. Entweder wird alle fünf Jahre nachgefördert, was bei den immer knapperen Haushaltsmitteln letztendlich ein Fass ohne Boden bedeutet, oder man überlässt das Ganze dem Markt, mit der Folge, dass einige dieser Einrichtungen nicht überleben werden. Dann allerdings müsste sich diese Landesregierung, insbesondere der Wirtschaftsminister, den Vorwurf gefallen lassen, Millionen Fördergelder in den Sand gesetzt zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ramelow, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns wäre es lieber gewesen, wir hätten die Anträge 12 und 13 zusammengefasst, dann hätte es heute Morgen auch die Irritation nicht gegeben; der Minister hat völlig Recht, die beiden Themen gehören zusammen und ehrlicherweise muss man, glaube ich, auch eingestehen, dass es bei diesem Thema festzustellen gilt, dass die Bürgermeister und die Inves-

toren, die in die Erlebnisbäder hineinvestiert haben, heute keinen großen Spaß mehr daran haben. Also insoweit ist das Thema "Spaßbad" immer eine Sicht der Dinge.

Trotzdem gibt es nach wie vor Begehrlichkeiten, und, Kollegin Doht, ich glaube, die Begehrlichkeit bei dem Thema "Bad" insgesamt ist bei allen groß. Ich kann mir auch PDS-Bürgermeister vorstellen, die meinen, sie müssten auch noch irgendetwas Großes hingestellt bekommen. Ein Kollege aus dem hohen Haus hat mich am Anfang der Legislatur gefragt, als ich acht Mündliche Anfragen zu allen Erlebnisbädern gestellt habe, ob ich nicht ein bisschen leiser sein könnte, weil er für seine Region auch noch etwas haben möchte. Ich erinnere mich an eine Diskussion, die wir im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik hatten, als ich die Frage stellte, ob es nicht sinnvoll wäre, mit dem Landesentwicklungsplan und den Mitteln der Raumordnung zu verhindern, dass ungeordnet noch weitere Bäder in die Welt kommen. Wir haben ja nicht nur die acht Erlebnisbäder, von denen wir hier reden, sondern wir haben ja im Moment auch noch einen Bürgermeister, der meint, er müsste leasingfinanziert noch ein Erlebnisbad mitten in seiner Stadt in Konkurrenz zu dem Bad, von dem wir gerade reden, bauen.

Ich glaube, hier geht es darum, tatsächlich generell umzusteuern, Herr Minister Pietzsch, da wäre es wirklich gut, wenn die interministerielle Runde sehr schnell arbeiten könnte,

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Die arbeitet schon.)

sehr schnell Ergebnisse produzieren würde unter Einschluss auch der Raumordnung und Landesentwicklung. Ich bin der Meinung, so wie man planerisch auf Großsupermärkte Einfluss nimmt, sollte man auch den Versuch unternehmen, weitere ausufernde Investitionen in diesem Bereich zu verhindern.

Der Zusammenhang zwischen Erlebnisbädern und Hallenbädern ist insoweit gegeben, wenn normale Hallenbäder jetzt von ehemaligen Spaßbadinvestoren umgebaut, zu Erlebnisbädern weiterentwickelt und damit zur Konkurrenz werden, auch wiederum zu den schon vom Land geförderten. Wenn ich sehe, wie die Saunalandschaften an den Hallenbädern immer größer werden, wie man als Kunde sozusagen ein Angebot bekommt, bei dem jeder einzelne Standort schon zum Konkurrenten des Nachbarn wird.

Wenn ich dann an meine Sauna denke, in die ich gehe, die privat finanziert ist, dann sagt der Chef des Thüringer Saunabundes mir jedes Mal, sobald er mich nur kommen sieht: Schuld daran, dass das alles öffentlich finanzierte Konkurrenz ist, was die Saunabetreiber angeht, ist das Land, seid ihr Politiker. Ihr habt nicht dafür gesorgt, dass diese Konkurrenzsituation als Wettbewerbssituation noch einigema-

ßen erträglich ist.

Insoweit gibt es neben den Erlebnisbädern, neben den Hallenbädern, die immer mehr zum Erlebnisbad werden, noch die ganzen Kurbäder. Da gibt es das hervorragende Stichwort Masserberg. Das Objekt in Masserberg selber ist doch traumhaft. Es ist doch angenehm, dort hinzugehen. Aber es ist eben mit einem Schuldenberg finanziert, bei dem das Land gerade Geld in die Hand nimmt, um es zu entschulden. Dann bleibt die Frage, wie gehen wir jetzt mit den einzelnen Entwicklungen um und wie bekommen wir sie gestoppt? Da, Herr Minister, widerspreche ich Ihnen an einer Stelle. Ich glaube, man kann nicht erst die Planungsgruppe arbeiten lassen und in der Zwischenzeit aber schon weitere Genehmigungen laufen lassen, weil Sie eben gesagt haben: "Wir wollen nichts verhindern." Ich glaube tatsächlich, man muss auf jeden einzelnen Investitionsantrag schauen. Unstrittig dürfte sein, da wo ein Hallenbad, ein Sportbad zu sanieren ist. Ich glaube, das ist am unstrittigsten.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Darüber habe ich gesprochen.)

Wenn Sie das meinen, finde ich das völlig berechtigt. Anders sieht es aber z.B. in Bad Frankenhausen aus. Bad Frankenhausen ist in einer richtigen Zeit entwickelt worden mit einem großen Erlebnischarakter, aber auch mit einem offenen Badekuranteil. Dass die offenen Badekuren dann über die Bundespolitik kaputtgemacht worden sind, die Kunden ausgeblieben sind, das ganze Investment ins Leere gelaufen ist, da ist eben die Frage, was macht man jetzt. Jetzt sagt man Nachinvestition, wir bauen eine große Sauna an, damit das Bad überhaupt attraktiv ist. Meine Damen und Herren, unterm Strich haben wir einem Gutachten zufolge Badkapazitäten, Saunakapazitäten und Kurkapazitäten für 6,2 Mio. Einwohner. Die Frage ist: Wie reduzieren wir jetzt entweder die Kapazität oder ist das ein Eingriff in die freie Marktwirtschaft oder wo bekommen wir die Differenz zwischen den 2,4 Mio. Einwohnern, die wir haben, und den 6,2 Mio. her? Das heißt, offensiv in den Tourismus gehen, in die Tagesüberlegung und das heißt, sich darauf einrichten. Den Weg mitzugehen in der Tourismuskonzeption oder in einer Kurkonzeption, würde ich richtig finden.

Lassen Sie mich auch ein paar Anmerkungen machen. Wir müssen bei den acht Bädern, die da sind, ehrlich sein. Kollegin Doht, Tabarz ist nicht das Erste, das in Insolvenz ist. Tabarz ist das Zweite, Teistungen war das Erste. Teistungen ist schon durch den Konkurs gegangen. Oberhof hat Probleme, weitere Bäder haben Probleme, wenn man ganz aufmerksam heineinschaut. Da gibt es einige Dinge, ich erinnere an meine Mündlichen Anfragen vom Anfang der Legislaturperiode, einige, bei denen immer noch ungeklärte juristische Probleme dräuen. Da sei nur das Bad Waikiki in Zeulenroda genannt. Die juristische Auseinandersetzung läuft auf vollen Touren, obwohl das Bad

voll ist mit Gästen. Also, Waikiki leidet nicht darunter, dass sie keine Gäste hätten, die haben Tagesdurchläufe, die nicht schlecht sind. Aber Waikiki leidet darunter, dass eine - wie ich finde - sehr dubiose Investorenfamilie das Geld mit in die Schweiz genommen hat. Das Geld ist hineingefördert worden und weg. Ich hatte das Gefühl, dass eine große Pipeline das Geld direkt aus dem Bad in die Schweiz umgerubelt hat. Da gab es einige, die da mitgemacht haben. Herr Minister, Sie haben gesagt, Erlebnisbäder werden privatwirtschaftlich geführt, Recht haben Sie, aber sie sind nicht privatwirtschaftlich gefördert worden. Dazu müsste sich Ihr Kollege Schuster äußern. Sie sind nach GA im Schnitt mit dem Höchstfördersatz gefördert worden. Während ein gewerblicher Investor bei 50 Prozent gedeckelt wäre mit dem Investitionszuschuss, haben diese Bäder im Schnitt 70 bis 75 Prozent erhalten, weil sie als Infrastrukturmaßnahme gefördert worden sind. Aber am Beispiel Avenida-Therme, Herr Minister, kann ich nur sagen, das ist ein privates Investment und die Strukturinitiative ist von Ihnen dazu erfunden worden mit einer von drei Dorfbürgermeistern gegründeten Gesellschaft, die jetzt der Strukturanteil ist. Das Kapital und das Geld bleiben trotzdem nicht in der Region.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nichts gegen die Dorfbürgermeister.)

Da haben Sie völlig Recht, Herr Fiedler. Nur die kreative Form der Unterstützung aus dem Ministerium, um das zu entwickeln, was bei der Avenida-Therme dann Platz gegriffen hat, da habe ich große Bedenken. Als die Avenida-Therme gefördert worden ist, war die Krise bei Tabarz schon erkennbar. Das ist nämlich erst in dieser Legislaturperiode gefördert worden. Der Fördermittelbescheid der großen Koalition, der war kaputt. Der hätte gar nicht mehr rausgegeben werden können, also wurde er umgedeutet, neu gemacht, zu einem Zeitpunkt, als die Überkapazität schon im ganzen Land bekannt war. Von daher verweise ich nur auf die Mitbeteiligung der Merkwürdigkeiten der fehlenden Kommunalaufsicht und das fehlende Eingreifen der Fachaufsicht beim Thema "Waikiki". Ich verweise auf einen für mich bis heute ungeklärten Vorgang in Bad Klosterlausnitz, wo heute noch ein damaliger Geschäftsentwickler klagt, dass ihm der Auftrag weggenommen worden sei. Gleichzeitig - Herr Böck, ich sehe Sie nicht - ein Freund von Herrn Böck ...

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Er ist doch entschuldigt.)

Ach so, ja, ich habe ja auch gefragt, ich wollte ihn gar nicht angreifen -, sondern ein Freund von ihm, der mit ihm gut bekannt ist, Ludwig Lüllepop, den Auftrag bekommen hat für 720.000 DM, ein Honorar erhalten hat, zur Entwicklung des Bades in Bad Klosterlausnitz. Eine kreative Karriere kann ich da nur sagen, vom Polizisten zum Erlebnisbadentwickler. Dagegen klagt zurzeit ein Mitbewerber, der damals den Auftrag hatte.

Beim TABBS sage ich: Die Krise des TABBS ist durch die Förderung der Avenida-Therme zugespitzt worden. Die Kunden von Erfurt, die sich zwischen Tabarz oder Hohenfelden entscheiden, fahren jetzt nach Hohenfelden. Das war erkennbar, als der Fördermittelbescheid rausgegeben worden ist. Deswegen sage ich, das waren bei den acht Bädern - in der Studie, die dem zugrunde liegt, war die Rede von sechs bis acht Bädern, acht Bäder sind vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur gefördert worden - politisch gewollte Förderungen. Teistungen war politisch gewollt, obwohl die Marktstudie nicht ausreichend Potenzial ergeben hat. Bad Frankenhausen hatte ich angesprochen.

Von daher, meine Damen und Herren, glaube ich, dass man bei all diesen Erlebnisbädern jetzt ehrlich sein muss. Wir brauchen eine Strategie, wie wir möglicherweise diese Bäder umschulden, entschulden und, ich vermute einmal, wir müssen ernsthaft darüber reden, ob nicht eine Landesgesellschaft vorübergehend die Bäder aus einer Insolvenz übernehmen muss. Ich befürchte nämlich, dass weitere dieser Bäder den bitteren Weg durch die Insolvenz gehen müssen, bevor sie tatsächlich von Investoren befreit werden, die immer nur mitverdient, aber nichts für das Bad getan haben. Wenn man diese Geister, die man dort hat, loswerden will, wird man den Weg über die Insolvenz gehen müssen und in eine Strategie und Planung zu den Bädern einordnen, die jetzt noch in der Modernisierung gebraucht werden. Dann muss man ehrlichen Herzens sagen, ein Stopp für Großsaunawelten, für Großerlebniswelten, die man jetzt alle um städtische Bäder herum hat, denn eine Konzentration auf vernünftige Hallen- und Sportbäder, das wäre in der Sanierung jetzt wichtig und richtig und keine weiteren wirtschaftlichen Gelder, bevor man nicht glaubwürdig sagt, wie wir die 6,2 Mio. Nutzer nach Thüringen bekommen, die die schon vorhandene Kapazität auslasten. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Wir haben noch eine Meldung. Frau Abgeordnete Groß, oder? Erst Frau Abgeordnete Groß, CDU-Fraktion, bitte.

(Zuruf Abg. Stauch, CDU: Grob.)

Ach Grob, dann war der Zettel schlecht lesbar, also Herr Abgeordneter Grob.

(Unruhe im Hause)

Abgeordneter Grob, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich glaube, es ist schon ein Unterschied zwischen den beiden Anträgen, wenn es in dem einen um Belastungen der Kommunen geht und bei der Erstellung von Spaßbädern zum Nachteil von Frei- und Hallenbädern.

In der Begründung des SPD-Antrags ist die Frage nach Förderung der Freizeit- und Erlebnisbäder zum Nachteil der Frei- und Hallenbäder gestellt worden. Man könnte in einem Satz antworten und dies verneinen. Aber wem müsste das denn an erster Stelle bekannt sein? Ist es nicht so, dass Mitglieder der Fraktionen im Arbeitskreis "Sportstättenförderung" die Informationen über die aktuellen Anträge, Zahlen und Förderungen erhalten und darüber entscheiden dürfen? Frau Pelke, Frau Nitzpon, sind wir nicht oft im Ministerium zusammen, um über Zuwendungen für Sportstätten, aber auch über Zuwendungen für Bäder zu diskutieren und zu entscheiden?

(Beifall bei der CDU)

Sie kennen die Fördersummen der letzten Jahre, Sie kennen die Haushaltszahlen und Sie können eigentlich diese Frage intern in Ihren Fraktionen klären.

Grundlage für diese Entscheidung im Arbeitskreis waren auch die von den Kommunen vorliegenden Sportstättenleitplanungen. Dass diese in puncto Sportplätze und -hallen teilweise hervorragend erstellt wurden, täuscht nicht darüber hinweg, dass im Bereich der Bäder einiges offen blieb. Ich bin dem Herrn Minister dankbar, dass hierfür speziell eine Schwimmbadentwicklungskonzeption erstellt wird, die alle für uns wichtigen Entscheidungskriterien, wie Zielstellung, Bestandsanalyse oder Bedarfsermittlung enthalten werden.

Wir werden in den Mittelzentren nicht umhinkommen, bei weiteren Bädern Sanierungen, Modernisierungen oder Ersatzneubauten zu bezuschussen. Wir werden dann hierfür konkrete Aussagen und Zahlen zur Entscheidung vorliegen haben. Das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit hat sich bis jetzt auf die Sanierung, Modernisierung und Ersatzneubauten von bestehenden Hallenbädern, insbesondere in Mittel- und Oberzentren konzentriert. Nur in wenigen Fällen, wie z.B. in Heiligenstadt und in Hildburghausen wurden Neubauten gefördert. Insgesamt sind für 29 Vorhaben 76 Mio. DM bewilligt worden. Wir sollten uns bewusst sein und wir können es selber erleben, dass Schwimmen im Stellenwert in der sportlichen Betätigung einen vorderen Platz einnimmt. Viele von Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, können dies selber bewerten, wenn es uns die Zeit erlaubt, die Südschwimmhalle zu nutzen. Sie können einschätzen, dass solche Konzepte wie in der Südschwimmhalle aufgehen. Diese Halle hat eine Auslastung, wie man sie sich nur wünschen kann. Bei dieser Halle können Sie erkennen, wie wir die Attraktivität von Hallenbädern noch erhöhen können, indem ohne größeren Aufwand kleinere Einrichtungen, bei denen eine kombinierte bzw. vor- und nachgelagerte Benutzung mit dem Schwimmbad als angenehme Ergänzung empfunden wird, nach Möglichkeit für alle Nutzergruppen in die Halle integriert bzw. direkt mit ihr verbunden werden.

Insbesondere im Hinblick auf die allgemeine Bevölkerung kommen Einrichtungen in Frage, die eine Bereicherung darstellen und damit ein angenehmeres Ambiente schaffen, wie beispielsweise Rutsche, Sauna, Solarium, Mutter-Kind-Bereich oder auch Gastronomie. Im Schwimm- und Tauchsportbereich sind natürlich Hallenbäder gefragter als Freibäder. Auch der Schulsport wird in beiden Bädern in der Klasse 3 durchgeführt.

Für viele Bereiche ist auch das Freibad unverzichtbar, denn in ca. 110 Vereinen mit fast 5.000 Mitgliedern ist der Schwimmsport organisiert. Doch unsere sportlichen Erfolge im Weltmaßstab sind für sonst gewohnt erfolgreiche Thüringer Sportler im Schwimmbereich eher bescheiden. Aber ein Aufschwung im Nachwuchsbereich ist auch zu erkennen, z.B. in den Jahrgängen 1984 und 1986 gab es schon Medaillenränge bei den Deutschen Meisterschaften. Frau Doht, dass man gerade in den Zentren solche Schwimmhallen fördert, ist doch nur normal. Wir haben natürlich auch hervorragende Ergebnisse im Skispringen, nur wir haben nicht in jedem Ort eine Sprungschanze.

(Heiterkeit bei der SPD)

Für uns ist es doch auch weiterhin Aufgabe, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Förderung der Sportstätten, sprich auch die der Bäder, voranzutreiben, die Finanzen dabei nicht aus den Augen zu verlieren. Ein Satz aus der Richtlinie für den Bäderbau, der da heißt: "Ziel im Bäderbau soll Ausgewogenheit zwischen Aufwand und Nutzen sein bei allen unseren Entscheidungen zu beherzigen."

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wenn wir diesen und, ich glaube, richtigen Weg weiter verfolgen, sollte es ohne weiteres vorkommen, dass man Spaß in einem Hallen- oder Freibad hat und dass wir im sportlichen Bereich wieder viele Talente hervorbringen, vielleicht auch wieder einmal einen Roland Matthes. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt Herr Minister Schuster für die Landesregierung das Wort.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, der Tagesordnungspunkt und die Argumentation baut wesentlich auf dem Thema Tabarz auf. Da dieses Thema nun durch die Medien gegangen ist, haben wir uns mit Tabarz näher beschäftigt, um die betriebswirtschaftliche Situation einmal klarzustellen. Das Ergebnis ist eindeutig das, dass alle von der Gemeinde bisher vorgelegten Zahlen falsch sind - eindeutig falsch sind, Punkt 1. Ich werde darauf jetzt im Einzelnen noch eingehen, aber

zunächst einmal möchte ich zur Chronologie des Projektes einiges bemerken.

Es wird häufig der Eindruck vermittelt, diese Bäder seien vom Wirtschaftsministerium sozusagen den Kommunen aufgeschwatzt worden. Die Realität ist die, dass die Kommune Tabarz im April 1993 einen Antrag auf den Bau eines solchen Erlebnisbades gestellt und damit begründet hat, dass sie für ihr touristisches Wachstumskonzept, aber auch um die Forderung der Kliniken zu bedienen, ein solches Bad benötige. Dieser Antrag wurde dann von der Raumordnung geprüft und auch die Raumordnung stimmte dem Antrag zu, weil er den Erfordernissen der Raumordnung entsprach. Gefragt und beteiligt waren auch der Landkreis Gotha, der diesem Projekt ebenfalls zustimmte. Ich will die Modalitäten allerdings jetzt hier nicht im Einzelnen darstellen. Danach hat mein Amtsvorgänger Dr. Bohn einen Zuwendungsbescheid über 17,3 Mio. DM Zuschuss unterschrieben. In diesem Zuwendungsbescheid wurden nicht die Gaststätte, das Sportbad und anteilige Planungskosten gefördert, da sie nach den zwingenden Vorgaben der Gemeinschaftsaufgabe nicht förderfähig sind. An die müssen wir uns halten, Frau Doht. Sie haben damals doch immer im Wirtschaftsministerium in Bonn nachgefragt,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Hört, hört.)

ob denn dies alles den Richtlinien der GA entspreche, was wir so tun.

(Beifall bei der CDU)

Im April 1996 beantragte dann die Gemeinde eine Erhöhung des Fördersatzes von 60 auf 70 Prozent zur Entlastung ihres Eigenanteils. Ich habe diesem Antrag damals entsprochen, weil der Fördersatz für Infrastrukturinvestitionen damals schon höher war und weil das Projekt noch nicht abgeschlossen war. Nur dann geht eine solche nachträgliche Erhöhung und dem wurde deshalb entsprochen. Im April 1997 teilte die Gemeinde überraschend mit, dass Kosten von insgesamt knapp 42 Mio. DM zu erwarten waren. Gründe waren u.a. Mehraufwendungen durch andere Ausstattungen im Außenbereich, eine separate Wasserversorgung und eine zusätzliche so genannte Turborutsche. Diese Investitionen hat die Gemeinde selbst ausgelöst ohne unser Zutun. Es wurde dann eine neuerliche Anhebung des Fördersatzes von 70 auf 80 Prozent beantragt, weil damals dann der Fördersatz bei 80 Prozent lag. Auch dem wurde entsprochen. Nachdem dann das Erlebnisbad eröffnet war, haben wir in den Jahren 1997 und 1998 eine starke Nachfrage erlebt und fast 320.000 Besucher jährlich dort registriert. Es gab dann in den späteren Jahren sicher gesunkene Besucherzahlen, aber die sind weder auf Hohenfelden zurückzuführen noch auf andere Faktoren, sie haben damit zu tun, dass die Urlauberströme sich verändert hatten.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Warum wohl?)

Es ist sicherlich auch festzustellen, dass die erhoffte Wirkung, die von solchen Einrichtungen auf die Kommune ausgehen sollten, eingetreten ist. Die Zahl der Übernachtungen stieg 1998 um nicht weniger als 15,8 Prozent in Tabarz. Selbiges war auch in den Folgejahren der Fall, das heißt, der Effekt, um den es eigentlich geht, nämlich die Übernachtungszahlen, die Besucherzahlen zu steigern, ist nachweisbar eingetreten.

(Beifall bei der CDU)

Aber nun zu der gegenwärtigen Ertragslage. Wir haben, wie gesagt, BDO, ein anerkanntes Wirtschaftsprüfungunternehmen, beauftragt, die Zahlen einmal im Einzelnen zu überprüfen. Nachdem diese Prüfung erfolgt ist, ergibt sich folgendes Bild:

Unter anderem aufgrund der erheblichen Kostenüberschreitungen bei der Errichtung und der fehlenden Privatisierung von Gastronomie und Kurmittelabteilungen besteht beim gegenwärtigen Stand bei den Darlehen ein Defizit von etwa 9,3 Mio. €. Als Kapitaldienst werden jährlich knapp 806.000 € geleistet. Davon entfallen - und ich bitte darauf genau zu achten - ca. 447.000 € auf Zinsen und 359.000 € auf die Tilgung. Das heißt, die Tilgung ist in diesem Falle ungewöhnlich hoch. Es ist natürlich prinzipiell zu begrüßen, wenn Darlehen kurzfristig getilgt werden, aber eine solche Regelung wird dann absurd, wenn die Tilgung in die Insolvenz führt. Kein Häuslebauer würde eine Tilgung vereinbaren, die er nicht tragen kann, so dass er zusehen müsste, wie ihm daraufhin das Dach über dem Kopf zwangsversteigert wird.

Nun aber zum reinen Betriebsergebnis des Bades: Vor Zins und Tilgung hat der Betrieb dieses Bades im vergangenen Jahr einen Überschuss von gut 758.000 DM erwirtschaftet, meine Damen und Herren, das sind die Zahlen, Überschuss im Betriebsergebnis. Das Defizit ist dann erst auf der Finanzierungsseite, also bei Einrechnung der Finanzierungskosten entstanden. Das wiederum kann man aber dem Bad nun wahrhaft nicht anrechnen. Es ist dem zum Teil entsprochen worden, indem die Gastronomie verpachtet wurde, die Kurmittelabteilung soll gleichfalls privatisiert werden und daraus entstehen dann Pachteinnahmen.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Werden die jetzt ein Sondervermögen gründen?)

Die Hauptmasse der Darlehen läuft bis zum Ende dieses Jahres, so dass dann ein geringerer Zinssatz erreicht werden kann. Geht man z.B. von einem Zinssatz von 4 Prozent und einer Tilgung von einem Prozent aus, also insgesamt 5 Prozent Kapitaldienst, dann kommt man zu folgendem Ergebnis: Wenn eine sachgerechte Sanierung bei vernünftiger Umschuldung mit einer moderaten Tilgungsrate erfolgt, liegt keine wesentliche Überschuldung des Bades vor, so dass von einer unvermeidlichen Insolvenz keine Rede sein kann. Meine Damen und Herren, so weit das Ergebnis von BDO, die offensichtlich von den Zahlen mehr ver-

steht als die Gemeinde. Was folgt für uns daraus? Natürlich muss man sich die Finanzierungsstrukturen im kommunalen Bereich insgesamt, also auch bei diesen Einrichtungen, sehr viel stärker vor Augen führen und wenn Sie so wollen, auch kontrollieren. Selbstverständlich darf man Betreibergesellschaften und Betreiberstrukturen nicht sich selbst überlassen, weil sonst Entwicklungen eintreten können, die niemand für gut befinden kann. Das Thema Betreiberlösungen ist wichtig. Aber, Herr Ramelow, da muss ich Ihnen widersprechen, die Lösung, die wir in Hohenfelden gefunden haben, ist keine privatwirtschaftliche Lösung, sondern eine, die dem Grundsatz der Public-Private-Partnership folgt, wo ein privater Investor eingebunden ist, aber so angebunden ist an die kommunalen Belange.

Nächster Punkt: Solche Einrichtungen darf man nicht dem Selbstlauf überlassen, in der Hoffnung, es kommt von Jahr zu Jahr ein Riesengewinn dabei zustande. Und so geschieht dies gelegentlich - in Tabarz ist es so gelaufen. Was man tun muss, das hat uns vor kurzem Mecklenburg-Vorpommern vorgeführt ...,

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS: Oi.)

Ja, das sage ich ganz unabhängig von Parteipolitik.

(Zwischenrufe aus der SPD-Fraktion)

Ja, meine Damen und Herren von der SPD, Sie bräuchten das nicht fertig.

(Beifall und Heiterkeit im Hause)

... wo nun ein außerordentlich erfolgreiches Marketing gestartet wurde. Wir haben noch enorme Probleme zu lösen im Bereich des Binnenmarketings und des Außenmarketings, ich rede davon schon seit Jahren. Wo wäre denn aber unser Tourismus heute, wenn wir diese Einrichtungen nicht hätten?

(Beifall bei der CDU)

Wo wären wir denn mit dem Tourismus in den so genannten Schlechtwettergebieten, wenn es da nicht die Schlechtwetterangebote und -varianten gäbe, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Dann würden wir heute eine Diskussion darüber führen, warum wir nicht längst diese Einrichtungen geschaffen haben.

Meine Damen und Herren, eins ist auch klar, solche Einrichtungen müssen stärker vernetzt werden mit den anderen Einrichtungen, z.B. mit den Kliniken, um dieses Beispiel aufzunehmen. Es geht doch nicht an, dass man bei der Begründung bei der Antragstellung den Bedarf der Kliniken einbringt, die Zusammenarbeit der Kurmittelabtei-

lung mit den Kliniken hinterher nicht realisiert. Heute ist die Frage zu klären, mit welchen anderen Partnern man zusammenarbeiten kann. Frau Doht, als wir diese Diskussion hier geführt haben, da hat uns Ihr tourismuspolitischer Sprecher Strödter immer wieder empfohlen, wir sollten mit der Suhle Quelle AG stärker zusammenarbeiten.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Ja, ja.)

Stellen Sie sich vor, wir hätten dies getan, dann hätten wir 300 Mio. investiert in das Projekt Suhle Quelle AG, in die größte Schwindelgesellschaft, die es im Lande gab.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend, es war wichtig, dass wir für den Tourismus eine Tourismusinfrastruktur geschaffen haben. Man kann über die Standorte natürlich immer streiten, das ist klar. Man muss sich dieser Einrichtungen in Zukunft allerdings stärker annehmen, damit Fehlentwicklungen vermieden werden können. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Nitzpon, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, eigentlich hat mich der Redebeitrag von Herrn Grob hier nach vorn gezogen. Sie haben vom Arbeitskreis "Sportstätten" beim Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit gesprochen, wo alle Fraktionen mit einem Abgeordneten vertreten sind, das ist richtig. Aber, ich glaube, Sie sind immer in einer anderen Sitzung als ich und vielleicht auch Frau Pelke. Wir entscheiden dort nicht, das haben Sie vielleicht noch nicht mitbekommen. Wir kommen dorthin, bekommen eine Vorlage, wie das Ministerium die Mittel verteilt, dann können wir noch Fragen stellen, aber wir entscheiden keine Änderungen der Reihenfolge und gar nichts. Wir treffen uns nur zweimal im Jahr, anders kann das dann auch gar nicht sein. Ich kann mir nur vorstellen, dass Sie eine andere Aufnahme von diesem Arbeitskreis "Sportstätten" haben, weil Sie vielleicht in der Fraktion entscheiden und der Landesregierung sagen, was sie dann in welcher Reihenfolge hier zu sanieren haben.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Sie sind genauso lange in diesem Arbeitskreis "Sportstätten" wie ich, ich bin auch erst seit dieser Wahlperiode drin. Anders ist es nicht gelaufen und manchmal sitzen wir auch nur einmal im Jahr zusammen.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Die Zahlen sind bekannt.)

Ich finde diesen Arbeitskreis "Sportstätten" natürlich sehr hilfreich, damit wir informiert werden, wie manche Entscheidungen zustande kommen; und das Geld können wir auch nicht zweimal ausgeben. Aber entscheiden tut dieser Arbeitskreis "Sportstätten" nicht. Hier werden wir nur vorinformiert. Das will ich hier vielleicht zur Klarstellung sagen.

Herr Grob, wenn Sie von der Südschwimmhalle in Erfurt sprechen, dass diese sehr unkompliziert saniert wurde und dass das vielleicht ein Paradebeispiel ist, dann kann ich Ihnen sagen, dafür wurde das Hermannsbad geschlossen, dafür geht es den Stadtwerken auch schlecht und es wird derzeit in der Stadt Erfurt diskutiert, welche Bäder noch geschlossen werden können. Ich denke, so kann man nicht miteinander umgehen, das ist eigentlich eine nicht unkomplizierte Arbeit. Darauf wird aber Frau Dr. Wildauer im nächsten Tagesordnungspunkt noch konkreter eingehen.

Eine Bemerkung möchte ich doch noch sagen zu Minister Pietzsch wegen der katastrophalen Hinterlassenschaft der Bäder durch die DDR. Wenn diese Hinterlassenschaft wirklich so katastrophal gewesen wäre, kann ich mir nicht vorstellen, dass die DDR auch zum Ende der 80er-Jahre noch Europameister und Weltmeister im Schwimmen zustande bekommen hat.

(Unruhe und Heiterkeit bei der CDU)

Und das Zweite, muss ich sagen, wenn natürlich - ich übersehe nicht, dass Generalsanierungen in Einzelfällen getätigt wurden und ich übersehe auch nicht, dass es einzelne Neubauten gab, das begrüßen wir auch, dagegen haben wir uns nie ausgesprochen - 12 Jahre nach der Wende 12 Jahre an den Bädern nichts gemacht wird, dann kann es doch nicht anders sein, dass der Nachholbedarf jetzt da ist. Denn erst in den letzten Jahren wurden diese geschlossen. Wenn diese Hinterlassenschaft so schlimm gewesen ist, dann wären schon Anfang der 90er-Jahre die Ersten geschlossen worden.

(Unruhe im Hause)

(Glocke der Präsidentin)

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Ich bitte doch bei aller Erregung darauf zu achten, dass man die Redner und Rednerinnen noch versteht, und zwar nicht nur im Saal; wir haben auch Gäste auf der Besuchertribüne, da ist es vielleicht etwas schwierig. Jetzt haben wir Herrn Abgeordneten Ramelow, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Ich bekomme ja immer gesagt, dass ich zur Hinterlassenschaft nichts zu sagen habe, weil ich nicht hier war. Des-

wegen kann man im Moment aktuell zum neu gebauten Bad nach Bad Salzungen fahren, da kann man sehen, wie die Kacheln von der Wand fallen. Dann habe ich eine ungefähre Vorstellung, wie katastrophal es damals gewesen sein muss.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Das reicht noch nicht aus.)

(Unruhe im Hause)

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Lieberknecht:

Ich bitte doch bei aller Erregung zunächst dem Redner zuzuhören und wer möchte, kann sich im Anschluss zu Wort melden. Bitte.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Herr Wirtschaftsminister, ich habe mich entschlossen, aus meinem ideologischen Schützengraben herauszukommen, in dem Sie mich gestern Abend noch vermutet haben.

(Zwischenruf aus dem Hause: Sie lernen schnell.)

Ja, natürlich lerne ich schnell. Von Herrn Schuster lernen, heißt siechen lernen.

(Beifall und Heiterkeit bei der PDS)

(Zwischenruf Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur: Das ist eine Frechheit.)

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Ein Fleck!)

Herr Wirtschaftsminister, ich habe mich noch mal gemeldet, weil Sie eben so lax gesagt haben, Sie können sich gar nicht erinnern, wie das war, wie Sie die Investitionen aus der GA den Gemeinden quasi aufschwätzen mussten oder war es umgekehrt, die Gemeinden haben sich richtig geprügelt, um das Geld bei Ihnen zu bekommen. Ich kann mich erinnern bei der Prüfung der acht Erlebnisbäder, dass da die Namen auftauchen: Steinhard, Andre und Dyle. Steinhard, der Bäderkönig, taucht an mehreren Stellen auf; er wiederholt sich dann auch wieder in Eisenach. Seit einigen Tagen habe ich auch eine Anfrage aus Mainz vorliegen, wo er dieselben Geschichten mit der Kommune in Mainz betreibt. Die Familie Andre hat sich im Osten aufgeschwungen, sich als große Bäderentwickler darzustellen. Nur unter großen Mühen und über viele Prozesse ist man dort ein wenig diesen Menschen Herr geworden. Ich habe es ja vorhin schon gesagt, das Geld ist hineingeflossen, aus Ihrem Haus gefördert, und anschließend in die Schweiz abgeflossen. Der Region und der strukturel-

len Verbesserung hat es bis heute nicht gedient; und es gibt immer noch ernst zu nehmende Menschen, die damals als Wirtschaftsentwickler in Zeulenroda beauftragt waren, eine Konzeption zu schreiben wie gleichzeitig über das Erlebnisbad. Und da gebe ich Ihnen Recht, wenn das Erlebnisbad eingebunden wird in eine Hotelstrategie, in eine Tourismusverwertungs- und Vermarktungsstrategie, dann ist es eine sinnvolle Investition. Aber es ist jeweils rausgelöst worden und das gilt eben auch für Herrn Dyle senior und die Avenida-Therme. Ich habe Sie damals hier gefragt nach dem Entwicklungskonzept für Hohenfelden insgesamt, wo ich mir die Avenida-Therme als Teilprojekt der gesamten kommunaleigenen Gesellschaft hätte vorstellen können. Da haben Sie mir einfach von diesem Pult aus geantwortet, lax, ich solle das doch mal die Regionalpolitiker fragen, dafür seien Sie ja nicht zuständig. Für das Ergebnis sind Sie nie zuständig - als die Kaufpreise dort nicht bezahlt worden sind, als es dauernd Beanstandungen gab, als bis heute dort nicht deutlich wurde, wo über die höhere Förderung, die Sie gegeben haben, das ist der Zusammenhang, die höhere Förderung, die Strukturverbesserung in der Region Hohenfelden verbessert worden ist. Wenn Sie das jetzt pe, pe, pe nennen, dann finde ich das eine Verhöhnung. Die drei Gemeinden, die einen Zweckverband gebildet haben, haben im sechsstelligen DM-Bereich eine Zweckverbandeinlage, die Ihnen sogar von Herrn Dyle junior als Darlehen gewährt worden sei, eingezahlt. Mit diesem Zweckverbandelement ist lediglich die höhere Förderung gewährt worden und das nenne ich Trickserei der Landesregierung, das nenne ich kreative Förderpolitik zulasten eben von Tabarz. Wenn Sie sagen, das ist alles nur hausgemacht. Die Überlegung, die Sie gerade angestellt haben, dass unter Abzug der Zinsen und Tilgung eigentlich Tabarz ja stabil dasteht. Ja, wenn ich bei mir zu Hause an-gucke, was meine Wohnung unter Abzug von Tilgung und Zinsen mir an Schulden hinterlässt, ja fast nichts, dann kann ich auch sagen, das ist eine Milchmädchenrechnung. Man hat den Kapitaldienst insgesamt mit zu berücksichtigen und man muss sich fragen, auf welcher Planungssicherheit und Planungsgrundlage betriebswirtschaftlich die Fördermittel ausgereicht worden sind. Da sind ja Planzahlen zugrunde gelegt worden, wie viel jährlicher Zuwachs da sein muss, um die Zinsen und Tilgung auch finanzieren zu können. Sonst hätten Sie es ja gar nicht ausreichen dürfen. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle sage ich es mal: Tabarz ist am Anfang als Solitär gefördert worden, es war das erste Bad in der ganzen Region. Es hat in dieser Phase Zuwachsraten gehabt und dann ist es eingegrenzt worden durch Oberhof, Brotterode, Arnstadt, durch die Avenida-Therme und durch z.B. auch Erfurts Südschwimmhalle. Weil ein Teil der Menschen, die jetzt ihr Bedürfnis hier in der Erfurter Südschwimmhalle gedeckt bekommen, den Weg dorthin nicht mehr machen. Andere, die sich entscheiden, weil sie bewusst in ein Großerelebnisbad gehen, entscheiden sich dann für den näheren Weg und möglicherweise für das modernere oder neuere Bad. Also sind das alles Dinge, bei denen ich ganz stur dabei bleibe, wir haben für 6,2 Millionen Menschen Kapazitäten geschaffen und die Frage ist, wie wir die Differenz zwischen 2,4 Millionen

und 6,2 Millionen füllen. Wenn Sie jetzt sagen, die Mecklenburger gehen im Tourismus neue Wege, dann sage ich: Auf, Herr Minister, Sie sind zuständig dafür. Wann schaffen wir es, die Kleinstaaterei in der Tourismusförderung in Thüringen zu überwinden. Wann stecken Sie das Geld, was Sie in die Denkfabrik gesteckt haben, in ein Marketingkonzept, bei dem wir Tagestouristen aus dem Umland, aus der Umlandregion Frankfurter Großraum und anderen Stellen hierher bekommen. Da muss ich Ihrem CDU-Kollegen Heym einfach Recht geben, hier ist mehr Kreativität gefordert und nicht einfach nur die Schuld den Kommunen oder den einzelnen Bürgermeistern zuzuweisen und dabei zu verschweigen, dass gleichzeitig private Investoren hier ohne Ende abgezockt haben. Das haben Sie zugelassen und zum Teil sogar mitgemacht.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf aus dem Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Direkt darauf? Wir haben auch noch die Meldung von Frau Abgeordneten Doht.

(Zwischenruf aus dem Hause)

Sie können - die Landesregierung kann immer - wie Sie möchten.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte gern gleich Stellung nehmen zu den Aussagen von Herrn Ramelow. Mit den Betreibern Steinhard, Andre habe ich zu keiner Zeit verhandelt, dazu kann ich mich nicht äußern.

Aber, was den Betreiber Dyle anlangt: Dies ist ein Unternehmer, der in dem Bereich deutschlandweit tätig ist, und zwar seriös tätig ist. Ich lasse es nicht zu, dass Sie hier von dieser Stelle aus solche Unternehmen in den Dreck ziehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Wenn er den Mut hätte, würde Herr Mohring etwas dazu sagen.)

Wenn Sie sagen, ich hätte dazu beigetragen oder mitgeholfen, dass irgendwelche Unternehmen abgezockt haben, Herr Ramelow, einen solchen Vorwurf werde ich mir nicht gefallen lassen. Notfalls werde ich Ihnen Gelegenheit geben das vor Gericht zu beweisen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Darauf freue ich mich schon, endlich kommen Sie aus der Deckung ...)

Herr Ramelow, ja ist gut.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Wir können gemeinsam die Akten prüfen, aber als Minister sind Sie verantwortlich für Ihr Haus.)

Ja, das können wir gern. Wir können die Akten vorlegen, aber Sie werden dabei schlecht aussehen, Herr Ramelow.

(Beifall bei der CDU)

Was nun den Kapitaldienst anlangt: Wissen Sie, eine Kommune, die Infrastrukturinvestitionen tätigt, muss diese a) kofinanzieren können und b) auch den Kapitaldienst leisten können. Das ist doch die normale Regelung. Nun bin ich dafür, dass viele Infrastruktureinrichtungen sich selbst tragen, also privatwirtschaftlich finanziert werden, und dass man den Versuch unternehmen sollte, den Kapitaldienst auch einzurechnen in das Betriebsergebnis oder zusätzlich zum Betriebsergebnis den Kapitaldienst zu veranschlagen. Das heißt aber noch lange nicht, dass man eine Finanzierung aufbauen soll, die das Unternehmen kaputt machen muss. Darum ging es, Herr Ramelow.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe auf die Marketinglösungen in anderen Ländern hingewiesen. Sie fordern diese vom Land. Ich mache darauf aufmerksam, der Tourismussektor ist ein privatwirtschaftlicher Sektor. Wir haben entsprechende Einrichtungen geschaffen, nämlich eine TTG, die den Verbänden und Touristikern gehört. Marketing ist die Aufgabe der TTG, von der ich sprach. Wir können nicht alles verstaatlichen in unserem Lande, Herr Ramelow. Das würde Ihnen vielleicht so gefallen.

(Beifall bei der CDU)

Sinnvoll wäre dies sicherlich nicht.

Meine Damen und Herren, wir werden auch andere Bäder untersuchen lassen hinsichtlich ihrer betriebswirtschaftlichen Situation und dann werden wir sehen, was das Ergebnis sein wird. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Doht und dann Herr Abgeordneter Wunderlich.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, irgendwie scheint die Landesregierung unseren Antrag nicht ganz verstanden oder nicht richtig gelesen zu haben,

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Es ist auch besser so.)

zumindest was den ersten Teil betrifft, denn dort heißt es: "Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die betriebswirtschaftliche Situation der Erlebnisbäder in Thüringen ... zu berichten." Wir haben den Bericht von Herrn Minister Schuster entgegengenommen, aber wir haben nur etwas zur betriebswirtschaftlichen Situation in Tabarz gehört.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Herr Dr. Pietzsch hat Bericht erstattet.)

Ist richtig. Er hat zum zweiten Teil gesprochen, zu den Konsequenzen und der Schwimmbadkonzeption. Aber wir haben in Thüringen nicht nur ein Erlebnisbad, das TABBS, wir haben acht Erlebnisbäder. Anliegen unseres Antrags war es, über die betriebswirtschaftliche Situation all dieser acht Erlebnisbäder informiert zu werden. Was macht die Landesregierung? Da, wo die Situation bereits offenbar ist, weil der Insolvenzantrag gestellt wurde, kann man sich nicht länger bequem machen, die Zahlen hinter dem Berg zu halten. Über die andere Situation haben wir hier kein Wort gehört. Aber darum geht es letztendlich auch, es geht nicht um ein Bad, was irgendwo losgelöst von allen anderen ganz allein existiert, sondern es geht um den Kontext dieser acht Erlebnisbäder und in dem Zusammenhang sei auch noch darauf hingewiesen, dass man dann auch mal über die Landesgrenzen hinausschauen sollte, denn wir leben hier nicht auf einer Insel. Auch in anderen Bundesländern rundherum ist eine entsprechende Landschaft entstanden und darüber hätten wir schon gern Auskunft. Aus diesem Grund möchte ich hier auch namens meiner Fraktion den Antrag stellen, die Berichterstattung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik fortzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Wunderlich, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Frau Nitzpon, Ihre Nostalgie auf die DDR-Vergangenheit kann ich

(Beifall bei der CDU)

hinsichtlich der Weltmeistermedaillen und der Goldmedaillen für den DDR-Sport so im Raum nicht stehen lassen. Dafür sind die Schwimmbäder mit gebaut worden. Ich will hier gar nicht das Thema ansprechen, dass diese Weltmeister- und Goldmedaillen auf Kosten der Gesundheit vieler hunderter und tausender junger Menschen erkaufte worden sind. Ich weiß, wovon ich spreche, nämlich aus meiner näheren Bekanntschaft, werte Frau Nitzpon. Ich spreche auch aus eigener Erfahrung, wie man mit der Freizeitgestaltung der Bevölkerung umgegangen ist. Warum ist denn in Rudolstadt kein Hallenbad gebaut worden? Weil es an der Sportschule in Bad Blankenburg eines gegeben hat. Und wie oft konnten denn die Menschen aus Bad Blankenburg, Rudolstadt und Saalfeld und Umgebung in Bad Blankenburg in dieses Hallenbad gehen, wenn die Spitzensportler dort geschwommen sind? Auch dieses müssten Sie einmal bei Ihrer Nostalgie mit heranziehen. Bleiben Sie bei der Wahrheit, wenn Sie von der Vergangenheit sprechen im Umgang mit Bädern und im Umgang mit den Menschen, gerade mit jungen Menschen, hinsichtlich der Eroberung von Weltmeisterschafts- und Goldmedaillen. Ich möchte nur darauf hinweisen. Frau Doht, Sie haben angesprochen, dass es eigentlich in Thüringen nur zwei Sportbäder gäbe, wo einigermaßen Sport betrieben werden könnte.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Habe ich nicht gesagt!)

Wenn Sie das nicht so gesagt haben, gut, dann entschuldige ich mich, aber ich habe das so verstanden. Vielleicht können Sie dann widersprechen. Ich möchte nur daran erinnern - und Frau Nitzpon, Sie waren ja in Bad Blankenburg dabei, als dort das Ländertreffen der Sportjugend eröffnet worden ist für die drei Tage. Es war eine anständige Veranstaltung. Wo hat man denn die Sportveranstaltungen dieser jungen Menschen durchgeführt? Die hat man nämlich in Rudolstadt im Erlebnisbad durchgeführt, weil dort auch vom Sozialministerium ein Sportbecken mit eingebaut worden ist, um dort den entsprechenden Sportunterricht, die entsprechenden Sportveranstaltungen und auch den entsprechenden Rehabilitationssport für ältere Menschen erledigen konnte. Ich möchte nur darauf hinweisen: Es ist nicht nur einseitig in Gera und in Erfurt investiert worden, sondern auch woanders. Weil jetzt über die Sanierung der Bäder gesprochen worden ist: Ab 2003 - und jeder konnte es ja in der Zeitung lesen - tritt die Badewasserbeckenverordnung - oder wie das heißt - in Kraft, das heißt, die Qualität des Badewassers muss sich ab 2003 wesentlich verbessern.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Trinkwasser!)

Wenn ich das in den Zeitungen richtig verfolgen konnte, würde die Sanierung für Thüringen 200 Mio. € kosten, das heißt, dass in Zukunft in Trinkwasser - wie es der Minister ausgesprochen hat - gebadet würde. Nun stehen in Thüringen nach dem Haushaltsplan 18,9 Mio. € zur Verfügung.

Deswegen mein Appell auch an die SPD, eventuell in Berlin mit zu intervenieren, dass dieser Unsinn dahin gehend nicht so umgesetzt wird, denn das kann weder eine Kommune noch das Land verkraften. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Frau Doht möchte noch gern erwidern.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, da ich vorhin wahrscheinlich falsch verstanden worden bin, nicht nur von Herrn Wunderlich, möchte ich das noch einmal klarstellen. Ich hatte hier gesagt, es gibt in Thüringen nur zwei Anlagen, auf denen sich Schwimmer für überregionale Meisterschaften qualifizieren können, und das ist die Südschwimmhalle in Erfurt und das ist das Hochwiesenbad in Gera, weil nämlich die Wettkampfbestimmungen des Deutschen Schwimmverbands sagen, dass ein Schwimmer seine Pflichtzeit, die er zur Teilnahme an einer überregionalen Meisterschaft braucht, auf einer 50-Meter-Bahn unter bestimmten Bedingungen schwimmen muss. Diese Bedingungen weisen nur diese zwei Bäder auf. Mehr habe ich nicht gesagt. Ich habe nicht in Abrede gestellt, dass es in Thüringen weitere Sportbäder gibt, in denen man trainieren kann, in denen man Sport treiben kann, aber diese Qualifizierung ist dort nicht möglich.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Jetzt wollte die Landesregierung noch einmal zu Wort kommen, Herr Minister Dr. Pietzsch.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf einige Punkte möchte ich doch noch antworten. Erst einmal herzlichen Dank, Herr Kollege Wunderlich, für den Hinweis auf die anstehende Badewasserverordnung. Ich bin der Meinung, diese müssen wir wirklich stoppen, weil auf das Land oder auf die Bäder in Thüringen entweder ein Kostenvolumen von 200 Mio. € zukäme oder ein Großteil insbesondere unserer Freibäder schließen müsste. Die Hallenbäder haben unterdessen in den allermeisten Fällen diese Umwälzanlagen, aber es geht um die Freibäder. Ich muss hier wirklich auch noch einmal sagen, wenn dann jemand ertrinkt, kann er wenigstens von sich behaupten, dass er im Trinkwasser ertrunken ist. Das kann nicht Sinn und Zweck der Sache sein.

Frau Doht, es tut mir Leid, wenn ich jetzt persönlich werde, aber Ihr Beginn war eine Unverschämtheit, wo Sie auf

die Konfusion hingewiesen haben. Ich bin hier nicht konfus gewesen,

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Das habe ich so auch nicht gesagt!)

Sie können meinen Redebeitrag lesen, der bezog sich vom ersten bis zum letzten Satz auf den Tagesordnungspunkt 12 und auf Ihren Antrag. Das, was Sie dann hier vom Stapel gelassen haben, betrachte ich als einen persönlichen Angriff und das weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme auf das Zweite zurück - Sie haben es ja korrigiert mit Ihrem Wortbeitrag eben -, es ist in der Tat so, dass wir zwei Hallenbäder mit 50-Meter-Becken haben, aber es stimmt nicht, dass nicht auf anderen Bahnen ebenfalls nicht nur Sport getrieben wird, sondern trainiert wird und dass viele nationale und internationale Wettkämpfe auch auf 25-Meter-Bahnen stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Dass auf 25-Meter-Bahnen keine Olympischen Spiele stattfinden, das dürfte klar sein.

Was die Sportbäderkonzeption angeht, da haben Sie uns gesagt, was wir alles hineinbringen sollen. Ich werde mir das durchlesen, was Sie alles drinhaben wollen, aber Sie können ganz sicher sein, dass wir uns schon etwas dabei gedacht haben und dass wir nicht nur gesagt haben, erzählt uns mal, wie es sein soll.

Herr Ramelow und vielleicht Frau Doht, ich weiß es nicht so genau, als ich hier vorn gesagt habe, dass wir die Förderhöhe von 40 auf 60 Prozent erhöhen wollen, habe ich Zustimmung gesehen im Plenum. Aber ich mache schon heute darauf aufmerksam, bei endlichen finanziellen Mitteln werden wir dann natürlich weniger Projekte fördern können, als wir es bei 40 Prozent Förderung machen können. Ich mache nur auf diese Situation aufmerksam.

Herr Ramelow, was die interministerielle Arbeitsgruppe angeht: Sie sagen, sie soll schnell arbeiten. Das tut sie, sie existiert seit etwa einem Jahr und auch, was das Entwicklungskonzept angeht, habe ich gesagt, Ende dieses Jahres erwarten wir die ersten Ergebnisse. Bis Ende Februar wird es abgeschlossen sein und in der Tat wird es so sein, dass wir bis dahin innerhalb der interministeriellen Arbeitsgruppe, wo die Regionalplanung mit berücksichtigt wird, dort fördern, dort Entscheidungen treffen werden, wo eindeutig klar ist, dass in der Umgebung keine Konkurrenzsituation entsteht oder wo es sich um Sanierung bestehender Hallenbäder handelt.

Ein letztes Wort: Frau Nitzpon, so strickt man Legenden, und Ihr Beitrag macht mir deutlich, dass man immer wieder darauf hinweisen und aufpassen muss, dass nicht Legen-

den weitergestrickt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in der gesamten Sportstättenlandschaft der ehemaligen DDR eine katastrophale Situation

(Beifall bei der CDU)

und einen Riesennachholbedarf und dieses, obwohl es auch in anderen Bereichen, nicht nur beim Schwimmen, Gold-, Silber- und Bronzemedailles gab und Weltmeister gekürt wurden, weil man eben zentral Schwerpunkte gesetzt hat, weil es nicht darum ging, dass in der Breite Leistung betrieben wurde, sondern dass man Spitzen gefördert hat. Ein klassischer Ausspruch ist ja der Ausspruch eines Schwimmtrainers, als er gefragt wurde, warum denn die Schwimmerinnen so eine tiefe Stimme haben und er geantwortet hat, die sollen ja auch schwimmen und nicht singen. Das war DDR-Sportförderung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vorsicht, wenn versucht werden soll, Legenden zu stricken. Die Nostalgie ist im Vormarsch und da müssen wir aufpassen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Ist das eine Wortmeldung? Herr Scheringer, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Scheringer, PDS:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion: Frau Präsidentin!)

Präsidentin Lieberknecht:

Lassen Sie bitte den Redner reden.

Abgeordneter Scheringer, PDS:

Verzeihung, Frau Präsidentin, das ist ja nur der Situation geschuldet, weil Herr Zeh gesagt hat, bevor ich überhaupt hier vorn war, ich hätte ein Sportabzeichen in Bronze gehabt. Ich war so erschrocken, ich habe natürlich eins in Gold - ganz klar.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS, SPD)

So einer wie ich hat an der Fachschule und an der Hochschule ordentlich Sport getrieben, und zwar Volleyball. Das können Sie hier nicht so verstehen, das war eine Mannschaftssportart und ich bin richtig stolz auf mein Sport-

abzeichnen. Da bin ich nicht gedopt worden, Herr Minister Pietzsch.

(Beifall bei der PDS)

Ich wollte auch gar nicht hierzu reden, aber wenn Herr Wunderlich was sagt, muss ich ja wenigstens versuchen zu sagen, wie ich das sehe. Das müssen Sie mir dann auch schon gestatten und mir nicht schon vorher eine drüberbraten, was sowieso nicht stimmt, aber damit muss man eben leben jeden Tag. Herr Wunderlich, wir haben in Dachwig mitten im Dorf ein großes Freibad gebaut. Da sind die Erfurter gekommen, wir mussten drei Flächen bereitstellen, also lange vorher. Wir waren kein Obersportzentrum, wir waren ein normales Zentrum. Wir haben ein kleines Hallenbad gebaut, das ist seit 1990 geschlossen. Nichts zu machen, kriegst du nicht auf, für die jungen Leute nichts zu machen. Das kann doch wohl nicht wahr sein. In fünf Jahren reißen sie es ab, denke ich, das muss man auch sagen. Wenn in Rudolstadt kein Bad gebaut worden ist zu DDR-Zeiten, in vielen Dörfern und in vielen Städten, ich kenne viele Bäder in Thüringen,

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Da gab es noch keine Hallenbäder oder Spaßbäder, erzählen Sie nicht so einen Mist!)

ich kenne sie. Ich kenne viele Bäder in Thüringen, die sind gebaut worden, Hallenbäder. So viel Geld war auch nicht da wie heute für die ganzen Spaßbäder, die gebaut worden sind, wo eine Familie mit vier Kindern gar nicht mehr hingehen kann. Wenn ich Ihnen sage - erzähl keinen Mist -, meine Tochter war in Oberhof, die hat gesagt ...

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: ... größten Mist!)

Wissen Sie, was Mist ist?

(Beifall bei der PDS)

Das ist ordentlicher organischer Dünger für die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit,

(Beifall und Heiterkeit bei der PDS)

das will ich Ihnen mal sagen. Deklinieren Sie das nicht so ab, aber das kommt auch davon, weil Sie von Mist und von so was gar nichts verstehen, höchstens was vom Wald.

(Beifall Abg. Wackernagel, CDU)

Jetzt hören Sie auf und machen mich nicht noch extra schlecht. Ich will nur sagen, es wurden viele Bäder gebaut. Unser Hallenbad in unserem Dorf ist nie eröffnet worden. Das wäre eröffnet worden, aber nicht für Spitzensportler, sondern für normale Bürger. Und dann will ich fragen: Wie oft waren Sie überhaupt schon in der Sauna?

(Heiterkeit bei der PDS)

Da gehen Sie gar nicht hin. Ich gehe jede Woche zwei Mal in die Sauna und putze mich. Hören Sie auf damit,

(Heiterkeit im Hause)

dass das alles schlecht war. Das will ich Ihnen sagen. Wir wissen ja, dass Leute gedopt worden sind, dafür sind auch welche verurteilt worden, dafür sind auch welche abgesetzt worden, da sind auch welche aus ihrem Beruf rausgeschmissen worden. Das wissen wir doch alles. Aber es wird ja heute noch gedopt in Größenordnungen. Sie haben das ja bei der Tour de France gesehen, halten Sie uns das nicht immer vor. Ich bin auch nicht für Doping gewesen. Auch tiefe Stimmen, Herr Minister, stimmt auf alle Fälle, aber ich finde die trotzdem gut, die beim ZDF Sport moderiert, die finde ich gut. Da kann ich nichts sagen. Das muss ich hier noch sagen. Ich könnte noch viel mehr über diese Sachen erzählen. Das interessiert aber das hohe Haus nicht so. Das will ich nicht sagen, nur Ihnen muss man da so antworten.

(Heiterkeit bei der CDU)

Eines muss ich zum Abschluss auch noch sagen. Wenn ihr diese ganzen ernstesten Probleme, die hier angesprochen worden sind, so darstellt, dann bin ich erschrocken, wenn ich in der Zeitung lese, sie wollen soundso viel Freibäder schließen, weil sich das nicht mehr rentiert. Das ist doch auch Breitensport. Das wollen wir doch alle. Wollen Freibäder schließen - wissen Sie nicht, wissen Sie nicht, warten Sie nur ab, ich habe es doch in der Zeitung gelesen - in Größenordnungen. Wir sollten uns doch kümmern, wir sollten uns doch um das erst einmal grundsätzlich kümmern. Heute brauchen wir genauso Sportstätten für Spitzensportler wie damals. Das ist eine ganz klare Sache, da brauchen wir uns doch nichts vormachen. Es ist trotzdem ein ganz großer Teil der jungen Menschen allein über die KJS gefördert worden. Das wollen sie jetzt auch überall einführen. Überall wollen sie da so ein Zeug einführen, beim Fußball machen sie es in Größenordnungen. Also, da waren auch viele Leute ohne Doping.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Sportgymnasien!)

Sportgymnasien, genau. Aber es sind nicht alle gedopt, die da waren. Das muss ich Ihnen erstens sagen. Zweitens hatte ich gesagt, die sind auch verurteilt worden. Hören Sie damit auf heute, das weiter fortzuführen. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Ich denke, bei diesen Spezifiken, die jetzt in die Debatte kommen, dass die Debatte jetzt auch einen Punkt erreicht hat, wo wir uns fragen, ob das Plenum dazu noch der rich-

tige Ort ist oder ob man nicht Befassungsanträge für die Ausschüsse stellen kann.

(Beifall bei der CDU)

Darf ich damit die Debatte für das Plenum schließen? Gut. Es ist Antrag auf Fortberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik gestellt worden. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Danke. Stimmenthaltungen? Dann ist die Fortberatung abgelehnt.

Dann kommen wir noch zur Feststellung darüber, ob das Berichtersuchen gemäß § 106 Abs. 2 der GO erfüllt ist. Gibt es dagegen Widerspruch? Die SPD-Fraktion legt Widerspruch ein.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Die SPD-Fraktion widerspricht. Der Bericht des Ministers für Soziales, Familie und Gesundheit ist auf die betriebswirtschaftliche Situation der Erlebnisbäder nicht eingegangen. Der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur hat das ausführlich getan, aber nur für eines dieser acht Erlebnisbäder. Deshalb sehen wir das Berichtersuchen als nicht erfüllt an.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Die Geschäftsordnung sieht aber vor, dass wir darüber abstimmen. Wer der Meinung ist, dass das Berichtersuchen erfüllt ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Danke. Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann ist mit einer Mehrheit beschlossen, dass das Berichtersuchen erfüllt ist.

(Zwischenruf Abg. Nothnagel, PDS: Wäre ja auch ein Wunder gewesen!)

Ich schließe den Tagesordnungspunkt. Wir kommen jetzt zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 13**

Wirtschaftliche Belastungen von Kommunen durch geförderte Einrichtungen für den Fremdenverkehr/Tourismus, das Kur- und Bäderwesen sowie für Hallen- und Freibäder

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/2727 -

Hier wird Begründung durch die einreichende Fraktion gewünscht. Frau Abgeordnete Dr. Wildauer.

Abgeordnete Dr. Wildauer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir sahen uns zu dem vorliegenden Antrag veranlasst, nachdem die SPD-Fraktion ihren eben abgehandelten Antrag zur drohenden Bäderinsolvenz vorlegte. Die Diskussion zeigt eigentlich, dass wir schon mittendrin im nächsten Antrag sind. Wir meinten, dass noch eine ganze Reihe weiterer Fragen durch die Landesregierung zu beantworten ist. Wir haben sie im Antrag aufgeführt. Ich möchte nur drei nennen: eine Frage wie die nach der wirtschaftlichen Erfüllung der Förderziele, wie die nach von der Landesregierung vorgesehenen Maßnahmen zum Erhalt der Einrichtungen und Entlastung der Kommunen und wie die nach erkennbaren Auswirkungen der zu verabschiedenden Schwimm- und Badebeckenwasserverordnung.

Verpflichtet fühlten wir uns auch zur Thematisierung durch die öffentliche Diskussion der Entschuldung der Kureinrichtung Masserberg und der Insolvenz des Betreibers des TABBS in Tabarz.

Meine Damen und Herren, die großzügige Förderung des Freistaats für Freizeit-, Sport- und Erlebnisbäder, für Kureinrichtungen usw. motivierte eine ganze Reihe von Thüringer Gemeinden, in solche Einrichtungen direkt zu investieren oder für solche Einrichtungen kreditähnliche Rechtsgeschäfte abzuschließen. Der kommunale Eigenanteil für solche Investitionen musste durch Kommunalcredite finanziert werden, die allesamt kommunalaufsichtlich, also durch das Land, genehmigt wurden, so auch das Tabarzer Erlebnisbad. Bei Privatinvestitionen haben die Kommunen oftmals kreditähnliche Rechtsgeschäfte abgeschlossen, wie z.B. Ausfallbürgschaften, Rückübertragungsverträge, Mietkäufe. Auch diese kreditähnlichen Rechtsgeschäfte unterlagen der rechtsaufsichtlichen Genehmigung. Insofern trägt hier das Land doch eine finanzielle Mitverantwortung, wenn Gemeinden ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können.

Hier noch eine Bemerkung zur Gemeinde Tabarz, weil diese Minister Schuster benannte. Die Gemeinde Tabarz muss aus allgemeinen Haushaltsmitteln gegenwärtig die Tilgung und die Zinsen realisieren und hat Probleme, weil der TABBS-Betreiber gegenwärtig keine Miete zahlt. Wenn die Zahlen nicht stimmen sollten, die vorgelegt wurden, dann besteht auch die Notwendigkeit, hier eine Prüfung zu veranlassen. Unser Antrag zielt darauf ab, diese Verantwortung des Landes zu thematisieren und erste Lösungsvarianten zur Diskussion zu stellen. Grundlage hierfür ist eine reale Lageanalyse, die unsere Fraktion von der Landesregierung erwartet. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Das war die Begründung noch einmal. Den Sofortbericht für die Landesregierung wird Herr Staatssekretär

Scherer geben.

Scherer, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, der Fremdenverkehr ist in Thüringen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Zur Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sind daher eine marktgerechte Angebotsentwicklung und eine gut ausgebaute Infrastruktur unabdingbar. Dabei können die von der Landesregierung verfolgten Förderziele grundsätzlich als erfüllt angesehen werden. Die in Betrieb genommenen Einrichtungen haben zu einer zum Teil erheblichen Erhöhung der Gäste- und Übernachtungszahlen in der jeweiligen Region beigetragen. Die touristische Infrastrukturförderung konzentriert sich seit etwa Mitte der 90er Jahre auf die Entwicklung der Kur-, Erholungs- und Modellorte sowie auf die Städte mit großer Bedeutung für den Fremdenverkehr. Die Förderung von Maßnahmen der touristischen Infrastruktur hat nicht nur dazu beigetragen, dass das örtliche Angebot lukrativer und damit wesentlich verbessert wurde, sondern wirkte sich zudem sehr positiv auf die Entwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen in den jeweiligen Städten und Gemeinden aus.

Ich will beispielhaft, entsprechend den eingangs genannten Förderzielen, die nachfolgenden fünf Gemeinden und Städte näher betrachten, zum einen Bad Langensalza. Die Stadt Bad Langensalza ist staatlich anerkanntes Heilbad. Beispielsweise im Jahr 1997 wurden u.a. die Errichtung der Orangerie und die Neugestaltung des Kurparks gefördert. In den Folgejahren von 1998 bis 2001 waren zweistellige Zuwächse der Übernachtungen zu verzeichnen, so dass sich die Anzahl der Übernachtungen mittlerweile mehr als verdoppelt hat.

Oder die Stadt Arnstadt: Die Stadt Arnstadt hat nicht nur Bedeutung für den Städtetourismus, sondern sie ist gleichzeitig touristischer Modellort. In 1997 wurde zum Beispiel der Umbau des Hallenbades gefördert. In den Folgejahren stiegen sowohl die Aufenthalte als auch die Übernachtungen in Arnstadt permanent an. Lediglich 2001 waren - dem allgemeinen Trend folgend - Rückgänge zu verzeichnen.

Die Stadt Sondershausen, die Kreis- und Musikstadt in Nordthüringen, hat ebenfalls Bedeutung für den Städte- und Kulturtourismus. Nach Eröffnung des Erlebnisbergwerkes konnte die Stadt Sondershausen bei den Gästen und Übernachtungen jährlich zweistellige Zuwächse verzeichnen und dieser Trend hält im Übrigen bis heute an.

Zu guter Letzt noch Oberhof und Tabarz; beide Orte sind anerkannte Luftkurorte und verfügen u.a. über ein gefördertes Erlebnisbad. Betrachtet man in Oberhof die Entwicklung der Beherbergungszahlen, dann wird deutlich, dass seit 1997 bis einschließlich 2001 im Bereich der Ankünfte und Übernachtungen stetige Steigerungen zu verzeichnen sind. In Tabarz ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen,

auch wenn die Zuwächse hier nicht so hoch wie in Oberhof sind und sich bereits 2001 tendenziell eine eher rückläufige Entwicklung angedeutet hat.

Meine Damen und Herren, der durch diese Investitionen erwartete positive Effekt für die jeweiligen Fremdenverkehrsorte und -gebiete ist eingetreten. Die touristischen Attraktionen tragen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in der Fremdenverkehrswirtschaft sowie in peripheren Bereichen, wie Dienstleistungen und Handwerk, bei. Sie wirken damit als weiche Standortfaktoren positiv auf die Bevölkerung und das Investitionsklima. Bei den Investitionen geht es nicht nur um die Schaffung attraktiver Freizeitangebote, sondern es geht auch um saisonverlängernde Maßnahmen. Da beispielsweise die Erlebnisbäder witterungsunabhängig und damit ganzjährig nutzbar sind, tritt ein zusätzlicher Effekt für den Fremdenverkehr ein.

Solche Einrichtungen können jedoch zum großen Teil nicht kostendeckend betrieben werden. Ich denke dabei z.B. an Gästeinformationen oder Kurparks. Die ungedeckten Kosten aus der Unterhaltung der öffentlichen Einrichtungen für den Tourismus sind aus dem Haushalt der betreffenden Kommunen zu decken. Der Fremdenverkehr ist generell eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. In bestimmten Regionen des Landes, z.B. den Thüringer Wald, ist Fremdenverkehr aber ein wesentliches Standbein. Oder in der Rhön z.B. gibt es zum Fremdenverkehr kaum Alternativen und in derartigen Gemeinden ist der Betrieb touristischer Einrichtungen praktisch dann doch als Pflichtaufgabe einzustufen. Die betreffenden Kommunen müssen mit einem nicht unerheblichen zeitlichen Vorlauf in die touristische Infrastruktur investieren, bevor hieraus Einnahmen erzielt werden können, die allerdings, wie bereits gesagt, eben selten kostendeckend gestaltet werden können.

Zudem wäre es ein Trugschluss, eine wirtschaftliche Schiefelage einer Kommune allein auf solche nicht kostendeckend arbeitenden Einrichtungen zurückzuführen. Im Gegenzug ist es leider auch kein Indiz für eine stabile wirtschaftliche Lage einer Kommune, wenn die Gäste- und Übernachtungszahlen oder die Einnahmen aus dem Tourismusbereich steigen. Denn diese etwaigen positiven Tendenzen werden durch die Einnahmewegbrüche in anderen Bereichen, z.B. bei der Gewerbesteuer, mehr als neutralisiert. So haben sich gegenüber 1999 im Jahr 2001 die Gesamteinnahmen der Thüringer Kommunen um 226 Mio. € verringert. Daraus wird deutlich, dass es keine verallgemeinerungsfähigen Regeln über den Zusammenhang von wirtschaftlichem Erfolg oder Misserfolg touristischer Einrichtungen und der Situation des jeweiligen kommunalen Haushalts ergibt. Vielmehr muss eine Einzelbetrachtung unter Berücksichtigung des gesamten Haushalts erfolgen.

Im Mai dieses Jahres erfolgte durch das Innenministerium eine Abfrage aller Kommunen zu Belastungen aus der Betreuung von Erlebnis-, Hallen- und Freibädern, nachdem bereits in der Vergangenheit zu bestimmten Ein-

richtungen gezielte Abfragen durchgeführt worden waren. Pauschale Sofortmaßnahmen zum Erhalt der Einrichtungen und zur Entlastung der Kommunen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht hilfreich. Dazu sind die Faktoren, die zu wirtschaftlichen Schieflagen bei touristischen Einrichtungen, insbesondere eben bei den Erlebnisbädern, geführt haben, zu vielfältig. Hierzu zählen u.a. rückläufige Besucherzahlen, Defizite im Betreibermanagement, unzureichende Vermarktungsstrategien sowie der Anstieg der Betriebskosten als wesentliche Einflussgröße auf die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen.

Die Ursachen für die aufgetretenen Probleme müssen deshalb einzelfallbezogen untersucht werden. Durch das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur wurde ein Erlebnisbad Tabarz, Herr Minister Schuster hat dazu vorhin schon Stellung genommen, einer Tiefenprüfung unterzogen; bei den weiteren sieben geförderten Erlebnisbädern werden derzeit die betriebswirtschaftlichen Daten analysiert. Zudem ist unter Leitung des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit die vorhin schon genannte interministerielle Arbeitsgruppe gebildet worden. Unter Federführung des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit wurde eine Bäderentwicklungskonzeption in Auftrag gegeben, die die Grundlage für die Entwicklung dieses Sektors ab 2003 bilden soll. Die interministerielle Arbeitsgruppe begleitet die Konzeptarbeit, auch insofern darf ich auf die Ausführungen von Herrn Minister Dr. Pietzsch verweisen.

Soweit es die zur Verabschiedung anstehende Schwimm- und Badewasserverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit betrifft, Herr Wunderlich hat das Thema vorhin angesprochen, hat das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit mit Schreiben vom 27.09.2002, auch das Thüringer Innenministerium, den Thüringischen Landkreistag und den Gemeinde- und Städtebund Thüringen darüber unterrichtet, dass nach der vorliegenden Entwurffassung der Verordnung das Schwimm- und Badebeckenwasser nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik aufbereitet und desinfiziert werden muss, was faktisch für viele Badeeinrichtungen eine Verschärfung der einzuhaltenden Grenzwerte bedeutet, und Übergangsregelungen sind in dem Verordnungsentwurf der Bundesregierung bisher nicht in ausreichendem Umfang vorgesehen.

Im Freistaat Thüringen besitzen alle Hallenbäder, aber nur 94 von 180 Freibekkenbädern eine Wasseraufbereitungsanlage und die Situation ist in anderen neuen Ländern ähnlich. Bei einer kurzfristigen Inkraftsetzung der o.g. Verordnung müsste die technische Nachrüstung der übrigen Bäder forciert werden, wenn man Schließungen vermeiden will. Nach ersten Einschätzungen sind Kosten um ca. 200 Mio. € zu erwarten. Das Land hat auf Übergangsregelungen gedrängt, so z.B. in der Arbeitsgruppe Sportstätten, der Sportministerkonferenz oder in der Anhörung zum Referentenentwurf zu dieser Verordnung des Bundes. Der Bundesrat muss der Verordnung allerdings

noch zustimmen. Herr Minister Dr. Pietzsch hat bereits öffentlich klargestellt, dass wir dieser Verordnung in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen können.

(Beifall Abg. Wunderlich, Abg. Kallenbach, CDU)

Festzuhalten bleibt, dass die vorhandenen touristischen Einrichtungen Thüringen im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger attraktiver gemacht haben, aber derartigen Einrichtungen ist eben regelmäßig immanent, dass sie nicht kostendeckend arbeiten. Eine Ableitung finanzieller Schieflagen in Kommunen allein aus diesem Grund würde jedoch das deutschlandweit festzustellende Problem von Einnahmerückgängen der öffentlichen Hand, verbunden mit schwierigen Haushaltslagen, nicht ausreichend berücksichtigen. Wenig hilfreich dabei ist die zu erwartende Schwimm- und Badebeckenwasserverordnung, mit der höhere Standards geschaffen und damit weitere Kosten verursacht werden.

Thüringen beabsichtigt daher im Bundesratsverfahren auf umfassende Übergangsvorschriften zu drängen, um zusätzliche Belastungen finanzieller Art der Kommunen für die nächste Zeit zu verhindern. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Das war der Bericht. Beantragt jemand die Aussprache?

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Die PDS-Fraktion beantragt die Aussprache.

Präsidentin Lieberknecht:

Dann kommen wir zur Aussprache und als Erste hat Frau Abgeordnete Doht, SPD-Fraktion, das Wort.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich vorab noch etwas zu den letzten Ausführungen von Herrn Minister Pietzsch sagen. Als ich zu Beginn meines Redebeitrags hier von Konfusion gesprochen habe, damit habe ich die Situation des Hin- und Herfragens hier im Plenum gemeint, zu welchem Antrag wir reden. Ich habe nicht gesagt, Herr Minister Pietzsch wäre konfus.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Nein, nein, so haben Sie es nicht gesagt.)

Wenn das so bei ihm, er ist jetzt leider nicht mehr da, falsch angekommen sein soll, dann habe ich das hiermit richtig gestellt, das war nicht meine Absicht und das würde ich auch niemals tun.

Aber jetzt zum Tagesordnungspunkt, der Antrag der PDS, der hier nachgeschoben wurde. Zu ihm ließe sich vieles sagen, was bereits zu unserem Antrag ausgeführt wurde, auch hinsichtlich der Förderpolitik der Landesregierung. Ich hatte es bereits gesagt, man hatte in der Vergangenheit den Eindruck, nachdem das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik in einem Jahr Probleme hatte, die Fördermittel im Rahmen der GA auch vollständig auszugeben, dass man sich dann um die Bäder und diese Dinge weniger Gedanken gemacht hat, sondern dass es letztendlich darum ging, dass die Fördermittel am Jahresende vollständig ausgereicht waren und Minister Schuster keine Haushaltsreste zu verbuchen hatte. Um die Situation der Kommunen hat sich zu dieser Zeit in der Landesregierung wahrscheinlich kaum jemand Gedanken gemacht. So ganz schuldlos an der Situation sind natürlich manche Kommunen auch nicht, denn die bereits ausgeführten höheren Fördersätze im Bereich der GA haben so manche Kommunen dazu verlockt, sich auf Dauer zu verschulden. In der vorab von mir auch schon zitierten Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Lippmann zu den finanziellen Auswirkungen von Freizeit- und Erlebnisbädern auf die Kommunalhaushalte heißt es in der Vorbemerkung: "Freizeit- und Erlebnisbäder wurden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung als freiwillige Leistungen der jeweiligen Kommune errichtet. Gemäß der Verwaltungsvorschrift zu § 10 der Thüringer Gemeindehaushaltsvorschrift sind vor Beginn einer Investition neben den Investitionskosten auch die damit in Zusammenhang stehenden Folgekosten sorgfältig und verantwortungsbewusst zu schätzen. Von dieser Verpflichtung sind die Kommunen auch nicht entbunden, wenn für die Investitionsmaßnahme hohe Landeszuweisungen gewährt werden." Dies ist richtig und es wird auch von uns unterstützt. Aber es sei doch schon die Frage gestattet, wenn das Land als Fördermittelgeber bis zu 75 Prozent der Investitionskosten trägt, ob dann die Landesregierung nicht genauso in der Verantwortung wäre, sorgfältig zu prüfen und verantwortungsbewusst zu schätzen? Dies hat sie zumindest bei den Erlebnisbädern sträflich vernachlässigt. Zurzeit kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich - abgesehen von der Badkonzeption, zu deren Erstellung ich vorhin auch schon einiges gesagt habe und die nach unserer Auffassung momentan sehr spät kommt und auch zurzeit mehr blockiert - die gesamte Politik der Landesregierung auf ein Aussitzen der Probleme beschränkt. Verschärft wird die Situation natürlich noch durch die drohende Badewasserverordnung. Hier muss ich Herrn Minister Dr. Pietzsch auch Recht geben, dies ist nicht zu schaffen, die Investitionen, die in diesem Zeitraum anstehen. Hier sind wir sicherlich auch an seiner Seite, wenn es darum geht, Übergangsfristen zu erreichen bzw. das jetzige In-Kraft-Treten zu verhindern. Probleme mit den Betriebskosten gibt es letztendlich nicht nur bei Bädern, sondern auch bei anderen Einrichtungen. Die Landesregierung hat das auch schon erkannt. Auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur "Zukunft des Tourismus" heißt es u.a.: "Ziel der Tourismus- und Förderpolitik der Landesregierung ist es, die Fremdenverkehrswirtschaft zu entwickeln bzw. zu stär-

ken und damit Arbeitsplätze zu sichern oder neu zu schaffen. Dabei ist es erforderlich, touristische Infrastruktureinrichtungen vorzuhalten, um den Gästen die gewünschte Angebotsvielfalt bieten zu können." Solche touristischen Infrastruktureinrichtungen sind jedoch zum großen Teil nicht kostendeckend zu betreiben. Genannt werden u.a. Häuser des Gastes, Skilifte, Rodelbahnen etc. Eine Lösung, wie es aber in diesem Bereich weitergehen soll, bietet das Land nicht an. Außer dem vagen Hinweis, dass im Rahmen von SAM und BSI z.B. die Unterhaltung von Rad- und Wanderwegen nach Maßgabe der Haushaltslage grundsätzlich möglich ist. Wer sich schon einmal die entsprechenden Titel im Landeshaushalt und die beabsichtigten Kürzungen angeschaut hat, der weiß, dass in diesem Bereich gar nichts mehr möglich sein wird. Dann brauchen wir uns aber auch über rückläufige Übernachtungszahlen in Thüringen nicht zu wundern. Umso wichtiger wäre es, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit lernt und bei künftigen Investitionen in die touristische Infrastruktur eine genaue Abschätzung der Folgekosten vornimmt. Eine geschlossene und verwaiste Fremdenverkehrsanlage stößt die meisten Touristen sicherlich noch mehr ab, als wenn diese erst gar nicht vorzufinden wäre. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht, auch zwischen den Kommunen zu vermitteln und zu moderieren, wenn es darum geht, wer welche Einrichtung gefördert bekommt. Es ist klar, dass sich nicht jede Kommune im Thüringer Wald einen Skilift oder eine Sprungschanze leisten kann, sondern dass auch hier Schwerpunkte geschaffen werden müssen und dass eine Zusammenarbeit der Kommunen in diesem Bereich unumgänglich ist. Aber auch hier hat die Landesregierung ihre Moderatorenfunktion bislang zu wenig wahrgenommen. Es kann nicht sein, dass der Wirtschaftsminister sich hinsetzt und sagt, die Kommunen sollen sich selber einig werden, sonst fördern wir gar nichts mehr. Diese Landesregierung und damals noch das Wirtschaftsministerium hat in Größenordnungen Regionalentwicklungskonzepte - die REKs - gefördert. Diese beinhalten Aussagen zur Entwicklung der touristischen Infrastruktur. Hier muss man auch anhand dieser Schwerpunkte jetzt die Förderung vornehmen. Deswegen braucht Thüringen nicht nur ein Schwimmbadkonzept, sondern ein Gesamtkonzept für die touristische Infrastruktur, so wie es meine Fraktion schon seit langem gefordert hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Wildauer das Wort.

Abgeordnete Dr. Wildauer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag ist sehr weit gefasst. Er umfasst die Bereiche Fremdenverkehr, Touristik, Kur- und Bäderwesen und Hallen- und Freibäder. Es ist nicht das Anliegen unserer Fraktion, heute umfassend zu allen diesen Themenberei-

chen zu debattieren. Es können sicherlich nur einige Punkte herausgestellt werden. Dabei geht es auch nicht um die eigentlichen Ergebnisse und Entwicklungen in den genannten Bereichen, sondern vielmehr um wirtschaftliche Belastungen der Kommunen, die durch solche geförderte Einrichtungen entstanden sind oder auch noch entstehen können.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht falsch verstanden werden, die PDS hält es für richtig und auch für wichtig, dass Investitionen in die Infrastruktur des Tourismus, des Kurwesens und der Bäderlandschaft getätigt werden. Schließlich - und das ist auch heute im Bericht oder in der Diskussion des Ministers Schuster deutlich geworden - prägen Tourismus und das Kurwesen die Thüringer Landschaft entscheidend. Die Fragen sind nur: Haben diese Investitionen die gewünschten Effekte erzielt? Herr Staatssekretär ist teilweise darauf eingegangen. Welche wirtschaftlichen Konsequenzen erwachsen den Kommunen aus diesen oftmals hoch geförderten Investitionen? Wir haben im vorhergehenden Tagesordnungspunkt sehr ausführlich zu diesem speziellen Problem der Erlebnisbäder debattiert. Für diesen Bereich kann man die zwei gestellten Fragen eindeutig beantworten. Die Förder- und Investitionspolitik war falsch und völlig überzogen, das heißt am Bedarf vorbei. Die Kommunen werden allein keinesfalls in der Lage sein, die wirtschaftlichen Folgen dieser verfehlten Politik allein zu tragen. Die Spaßbäderpolitik wird aber offensichtlich auch Auswirkungen auf die weitere Investitionspolitik bei Frei- und Hallenbädern im Rahmen der Sportförderung haben. Herr Minister Dr. Pietzsch hat das zwar in Abrede gestellt, ich möchte das aber so, wie ich es gesagt habe, stehen lassen. Denn eins ist wohl klar: Wenn schon die Erlebnisbäder nicht ausreichend Besucher haben, wo sollen diese plötzlich bei den übrigen Freizeit- und Hallenbädern herkommen? Schließlich haben wir keine sechs, sondern nur 2,4 Mio. Einwohner und vier Millionen Besucher kommen eben nicht in den Größenordnungen nach Thüringen. Es ist zu befürchten, dass nicht wenige Freizeit- und Hallenbäder dieser verfehlten Spaßbäderpolitik zum Opfer fallen, also geschlossen werden müssen. Dies wird zu einer Ausdünnung kommunaler Infrastruktur führen und somit haben wieder einmal die Kommunen die Folgen der Landespolitik zu tragen.

In diesem Bereich droht eine weitere Gefahr: die neue Schwimm- und Badebeckenwasserverordnung, über die heute schon gesprochen wurde. Diese Verordnung wird nach Angaben der Landesregierung allein für den Bereich der Freibäder Kosten von über 200 Mio. € zur Folge haben. Diese werden die Kommunen allein unmöglich tragen können. Doch es kommt ggf. anders. 94 von den 180 Freibädern im Freistaat werden zurzeit ohne Aufbereitungsanlagen betrieben - das haben wir heute auch schon einmal gehört -, so dass hier eine Nachrüstung erforderlich wäre. Diese Nachrüstung müsste innerhalb von sechs Monaten erfolgen, so der Verordnungsentwurf.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das ist doch skandalös. Da beantragen Sie Aussprache und dann lesen Sie alles ab.)

Dies zu bewerkstelligen, ist illusorisch und so wird die Mehrzahl dieser Freibäder wohl geschlossen werden müssen, wenn wir Europa spornstreichs folgen. Ich hoffe sehr, dass hier der Protest, den ich in der Zeitung gelesen habe, von Minister Dr. Pietzsch Erfolg hat. Wenn nicht, müssten in Erfurt nach Aussagen der Stadtverwaltung bis auf das Sportbecken im Nordbad alle anderen vier Freibäder mit Wirksamwerden der Verordnung geschlossen werden. Die Landeshauptstadt hätte nur noch das Rudiment eines Schwimmbeckens der Größe 50 mal 20 Meter. Die drei Hallenbäder Erfurts allein verfügen nicht über die Kapazitäten, den Vereins- und Schwimmsport abzusichern. Selbst die Kapazitäten für den Reha-Sport reichen künftig nicht mehr aus. Selbst eines der drei Hallenbäder müsste dann in absehbarer Zeit geschlossen werden.

Aber, meine Damen und Herren, so wichtig, wie diese neue Europaverordnung sicher ist, meines Erachtens treibt sie auch mitunter Blüten. Ich möchte das am Beispiel von Tambach-Dietharz einmal erläutern. Das Schwimmbad von Tambach-Dietharz wird wirklich von reinem Trinkwasser gespeist, von reinem Trinkwasser, das nur durch ein FFH-Gebiet fließt, das nicht in Berührung kommt mit irgendwelcher Zivilisation. Das Schwimmbad in Tambach-Dietharz müsste eine Wasseraufbereitungsanlage anfertigen für immense Kosten, weil Trinkwasser nicht gewünscht ist, sondern dieses muss auch entsprechende Chloranteile haben. Die Situation ist nicht sehr günstig. Ich denke, dass bei dieser realen Situation dann auch nicht unbedingt diese acht Spaßbäder helfen, wenn sie allerdings auch von der Verordnung profitieren würden.

Wir lehnen eine solche Art von Politik ab. Im Übrigen verursachen auch geschlossene Freibäder noch Kosten. Die flächendeckende Schließung von Freibädern in Thüringen darf es nicht geben und es löst eben nicht alle Kostenprobleme. Wir erwarten hier von der Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass bei der Verabschiedung der neuen Schwimm- und Badewasserbeckenverordnung die besonderen Gegebenheiten in Thüringen doch berücksichtigt werden, weil wir in Thüringen für die Kommunen längerfristigen Bestandsschutz für die Frei- und Hallenbäder brauchen. Ich finde die Aussage, dass man versuchen wird, das zeitlich strecken zu wollen, sehr vernünftig.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, wenn es um die wirtschaftlichen Auswirkungen von Infrastrukturmaßnahmen auf die Kommunen geht, dann kommt man nicht umhin, zur Finanzsituation der Kommunen allgemein etwas zu sagen. Das ist gestern bereits im Rahmen der Haushaltsdiskussion im Zusammenhang mit dem kommunalen Finanzausgleich andiskutiert worden. Jetzt die Haushaltsdiskussion fortzuführen, ist nicht mein Anliegen. Ich möchte darauf verwei-

sen, dass in der Vergangenheit bei kommunalen Investitionsentscheidungen oftmals keine Folgekostenbetrachtung stattgefunden hat. Die sieht zwar § 10 der Thüringer Gemeindehaushaltsordnung vor, aber so richtig kam diese gesetzliche Regelung wohl nicht in Gang. Jetzt kann man sich in Schuldzuweisung üben, ob nun die jeweilige Kommune oder die Rechtsaufsichtsbehörde, also das Land hier versagt haben. Die Suche nach dem Schuldigen löst aber diese Probleme nicht. Gefragt sind jetzt Lösungen.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Eins, zwei, drei, wo sind sie?)

Die gesamte Infrastrukturförderung ist bisher nur auf die Investition ausgerichtet, nicht auf die Bewirtschaftung derartiger Einrichtungen. Herr Kretschmer, geben Sie mir Recht? Als erstens, wenn Sie das so wollen. Auf anderen Gebieten hat das Land, nachdem bestimmte Fehlentwicklungen sichtbar wurden, gehandelt und die Förderung modifiziert. Ich erinnere hier an die Finanz- und Strukturhilfen im Wasser- und Abwasserbereich oder an die besonderen Bedarfszuweisungen im Zusammenhang mit nicht ausgelasteten Gewerbe- und Wohngebieten. Wir regen deshalb an, auch zweitens, wenn Sie so wollen, im Bereich des Fremdenverkehrs und Tourismus, des Kur- und Bäderwesens sowie in der Bäderlandschaft über eine Modifizierung der Förderinstrumente nachzudenken. Lieber wäre uns natürlich eine Gemeindefinanzreform, die sichert, dass die Kommunen über ausreichende Finanzeinnahmen verfügen können. Doch solch eine Reform ist bekanntlich nur sehr vage am Horizont in Sicht und sie bedarf letztendlich bundespolitisches Handelns. Die Modifizierung der Landesförderung hingegen können wir in Thüringen selbst leisten.

Meine Damen und Herren, bekanntlich stagnieren die Touristenzahlen in Thüringen. Eine Ursache ist sicherlich der noch vorhandene Nachholbedarf in der touristischen und kommunalen Infrastruktur. Gelingt es nicht, die kommunale Investitionskraft zu stärken, wird dieser Nachholbedarf kaum abzubauen sein. Die Landesregierung hat inzwischen die Antwort zur Großen Anfrage der SPD-Fraktion "Zukunft des Tourismus in Thüringen" vorgelegt. Ich gehe davon aus, dass in absehbarer Zeit im Landtag dazu eine Debatte stattfindet und dieser will ich hier nicht vorgreifen. Ich erspare mir deshalb an dieser Stelle auch weitere Aussagen dazu.

Die heutige Berichterstattung der Landesregierung werden wir sehr gründlich auswerten. Ich bin der Auffassung, dass es wirklich notwendig ist, dass rechtzeitig gehandelt werden muss, um größeren Schaden zu verhindern. Ich persönlich bin der Auffassung, dass Herr Staatssekretär Scherer seinen Bericht anhand der fünf Punkte, die wir gewünscht haben, abgehandelt hat, dass er auch Maßnahmen vorschlug, wie weiter mit diesen Problemen umgegangen werden soll. Wir würden noch einen Vorschlag hinzufügen und sagen, dass beispielsweise, wenn es um die Erlebnisbäder geht, diese Erlebnisbäder vielleicht in einem Landesbetrieb zusammengefasst werden könnten. Hier kön-

nen auch durchaus Kommunen mit beteiligt sein. Die Hauptverantwortung müsste allerdings das Land weiter tragen. Wir halten das Berichtersuchen für erfüllt und schlagen aber, weil die Probleme nicht voll abgehandelt werden können, eine Weiterbehandlung im Innenausschuss vor.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Abgeordneter Kretschmer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter T. Kretschmer, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich habe mich bei einigen der Wortbeiträge sehr mäßigen müssen. Das ist mir nicht leicht gefallen. Mir ist ein nordfriesisches Sprichwort eingefallen: "Wenn auf hoher See ein Schiff untergeht, stehen auf dem Deich viele Kapitäne, Lotsen, Steuerleute, die das Unglück verhindert hätten."

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Das ist in Friesland nie so.)

Doch, doch, das ist so.

Das Zweite, was ich hier vorweg sagen will, was mich besonders ärgert, ist, beide Fraktionen haben zu den Tagesordnungspunkten Berichterstattungsanträge gebracht und kommen dann in der Aussprache mit dem Verlesen fertiger Reden. Meine Damen und Herren, das stinkt mich eigentlich an, weil das doch so nicht das geordnete Verfahren sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man zunächst so einen Antrag stellt, muss doch ein erkennbares Interesse sein, dass man den Bericht des zuständigen Ministers oder der Ministerin bekommt, und in der Aussprache kann man darauf reagieren. Aber Sie sind offensichtlich an diesen Berichten gar nicht interessiert, sondern haben Ihre Meinung schon festgelegt und lassen Ihre Redner sie dann verlesen, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS: Da können Sie einmal sehen, wie berechenbar Sie sind.)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Das ist doch Schwachsinn.)

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, was das ist? Das ist Oppositionsmasochismus, indem Sie das hier so vorführen.

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der PDS, SPD)

An dieser Stelle will ich gleich noch einen drauflegen, Frau Doht ist ja an vielen Stellen schon hier deutlich benannt worden, dass sie sehr schnell die Lager wechselt, wenn das Eis dünn wird. Frau Doht, Sie waren die Scharfmacherin im sozialen Wohnungsbau. Als wir schon lange gesagt haben, der Bedarf ist gedeckt, da haben Sie immer noch Sozialwohnungsbau gefordert.

(Beifall bei der CDU)

Das sollten Sie auch nicht in Vergessenheit bringen.

Jetzt setze ich zu dem Verfahren noch einen drauf, weil diese Beantragung an die Ausschüsse oder dieses Ansinnen der SPD-Fraktion, ihren Bericht nicht bekommen zu haben, von acht Bädern wollten Sie einzeln die betriebswirtschaftlichen Konsequenzen aufgeführt haben. Wenn ich es richtig gehört habe, sollte es am besten noch zu den Nachbarländern auch kommen. Herr Pietzsch geht noch nach Sachsen-Anhalt und nach Sachsen,

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Ja, Bayern.)

nach Bayern und Hessen und lässt sich dort auch die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse vorlegen. Und die sollen hier noch vorgetragen werden. Wie passt das denn mit Ihrem Verfahren überein, wenn Sie Ihre Rede schon fertig haben? Sie hatten gar kein Interesse an den betriebswirtschaftlichen Ergebnissen, denn Ihr Urteil stand fest.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Das ist eine Unterstellung.)

Meine Fraktion hatte sehr bewusst auf die Trennung beider Tagesordnungspunkte geachtet, weil, meine Damen und Herren, der Antrag der PDS-Fraktion über die wirtschaftliche Belastung von Kommunen durch geförderte Einrichtungen für den Fremdenverkehr eine Grundsatzfrage berücksichtigt oder betrifft, nämlich inwieweit ist Tourismus als Wirtschaftsfaktor dem Land bedeutsam und inwieweit soll durch Förderung, insbesondere in strukturschwachen Regionen, auch damit Wirtschaftskraft, Beschäftigung initiiert werden. Ich glaube, Herr Staatssekretär Scherer, Sie haben an einzelnen Beispielen sehr gut dargestellt, dass dieses erreicht wird, durch die Förderung in den Tourismus die entsprechenden Effekte zu erzielen, denn, meine Damen und Herren, das ist so ein Zusammenhang, insbesondere für strukturschwache Regionen. Die touristische Infrastruktur ist Angebot bzw. ist ein Muss, wenn überhaupt etwas passieren soll. Es ist natürlich kein Automatismus. Wir haben gehört, wir befinden uns in einem Markt und insbesondere in einem privatwirtschaftlichen Markt, das heißt, es ist Voraussetzung, aber kein Automatismus. Das bedeutet, dass es keinen Garantieschein gibt für den Erfolg von touristischen Angeboten. Auch die För-

derung von touristischen Angeboten ist keine Lizenz zum Gelddrucken. Das ist doch klar. Aber die Bedeutung für Arbeitsmarkt, für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung sollte meines Erachtens unumstritten sein, wenn man im Bereich des Tourismus fördert.

Ich will deutlich sagen, weil es sich meines Erachtens hier ausschließlich auf die Erlebnisbäder fokussierte, der Bereich Tourismus ist darüber hinaus viel weitgehender und es kommen auch hier aus der Opposition oftmals noch Forderungen, da müssten noch Radwege und hier noch Radwege, und was weiß ich nicht, gefördert werden. Also, dass da Nachholbedarf besteht, ist, glaube ich, unumstritten. Dieses Rundumangebot im Tourismus hat meines Erachtens auch zweierlei Bedeutung: einmal, dass man sagt, für Touristen Anziehung zu schaffen, nach Thüringen zu kommen und in Thüringen zu verbleiben und damit auch zur Einkommensentwicklung in diesen Regionen beizutragen. Zum Zweiten ist es meines Erachtens auch ein bedeutsamer weicher Standortfaktor für den Standort Thüringen, das heißt, wir müssen den jungen Leuten, die hier in Thüringen verbleiben sollen, nicht nur Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch Erlebnismöglichkeiten geben, das heißt, ein Angebot an dieser Infrastruktur ist auch ein Haltepunkt für junge Leute, in Thüringen zu verbleiben.

Meine Damen und Herren, der Staatssekretär hat es an einzelnen Beispielen benannt; es ist, glaube ich, auch unstrittig, sollte zumindest unstrittig sein, dass Teile des Betriebs von touristischer Infrastruktur ein Zuschussgeschäft sind und kein Renditebringer. Das muss man vorher auch so deutlich sagen, sondern es kommt auf die Sekundäreffekte an, die insbesondere darin liegen, dass man als Standort attraktiv ist oder dass man als Arbeitgeber für weitere Dienstleistungen dann überhaupt möglich ist.

Ich will sagen, das ist keine Besonderheit im Bereich des Tourismus. Wir fördern im Bereich der Feuerwehr, wir fördern im Bereich der Theater und Museen. Meine Damen und Herren, dort stellt sich auch keiner hin und fragt, wo ist da die Rendite. Bei der Feuerwehr ist das klar. Sie schützen die Leute bei Brandgeschehen. Aber die Leute, die heute hier große Töne spucken, sind vielleicht in den Demonstrationen mit draußen und sagen, wir dürfen die Theater nicht schließen. Also, das zeigt auch die Doppeltätigkeit dieser Aktivitäten, die Sie hier vorführen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt Bereiche im Tourismus, in der Kunst, denen ich zubilligen muss, dass sie keine Rendite im Sinne von Betriebswirtschaft bringen, sondern Rendite im Interesse der Menschen, die hier wohnen, und im Interesse des Standorts Thüringen. Das ist mein erster Punkt, den ich sage. Wozu braucht man solche Einrichtungen, also touristische Infrastruktur, und wozu braucht man eine Förderung, weil, meine Damen und Herren, ohne Förderung würde es sich noch schlechter anlassen. Wir sehen es ja beispielsweise im Bereich des Bäderwesens, der hier sehr

intensiv diskutiert worden ist. Wir haben Förderer, wir haben auch Objekte vor unseren geistigen Augen, die ohne Förderung und zum Teil auch gegen den Widerstand der entsprechenden Aufsichtsbehörden errichtet worden sind, die heute mit den Schwierigkeiten kämpfen müssen.

Das ist mein zweiter Punkt, den ich generell für die touristische Infrastruktur ansprechen will. Wer wollte denn Förderung für diese Einrichtungen der touristischen Infrastruktur? Das heißt, wer hat die Anträge gestellt? Es ist doch meines Erachtens eine falsche Sichtweise zu sagen, es war dieser Bürgermeister oder es war der Fördergeber.

Meine Damen und Herren, das heißt doch zu verkennen, dass wir eine kommunale Selbstverwaltung haben, das heißt doch zu verkennen, Herr Staatssekretär Scherer hat es zum Teil ausgeführt, dass an dieser Entscheidung mehrere beteiligt sind, beispielsweise auch Stadträte und Gemeinderäte, die die entsprechenden Beschlüsse gefasst haben, die auch auf dem entsprechenden Zahlenmaterial die entsprechenden Beschlüsse gefasst haben. Es waren doch garantiert auch die Fragen der Raumordnung und der Regionalplanung, die bei der Anhörung beispielsweise auch eine Rolle gespielt haben. Deshalb, Frau Kollegin Wildauer, lassen wir uns nicht verhaften, weil einerseits die kommunale Selbstverwaltung natürlich sehr hoch gehalten wird, aber andererseits zu sagen, das war die Kommunalaufsicht. Die hat dort nicht mitentschieden. Jetzt muss sie also die finanzielle Verantwortung mittragen. Das kann wohl nicht zueinander passen, meine Damen und Herren.

Ich sage es mal so deutlich, da war niemand, der laut gerufen hat: "Hilfe, hier will mir jemand Geld aufdrängen." Das ist mir zumindest nicht zu Ohren gekommen, meine Damen und Herren. Warum dort gefördert wird, habe ich in meinem ersten Punkt sehr deutlich gemacht. Wenn die Förderung nicht gekommen wäre, wäre der Aufbau einer touristischen Infrastruktur schlecht vorangekommen und hätte damit die entsprechenden Förderziele nicht erreichen können. Ich weiß auch nicht, Herr Kollege Ramelow, wie man dort jetzt gesamtstaatlich planen will. Ich habe neben den Beispielen, die mir Herr Scherer hier vorgebracht hat, ein Beispiel aufgeschrieben, das letztens in einer Thüringer Zeitung sehr deutlich beschrieben war: Bad Colberg, ein kleiner Ort mit ca. 400 Einwohnern. Herr Kollege Goebel war letztens dort und hat der entsprechenden Würdigung, in der die Anerkennung als Bad erfolgte, beigewohnt. Das ist das Standbein für die Kommune. Man kann jetzt keine Grenze ziehen und sagen, solche Einrichtungen wären nur für Gemeinden mit mehr als 1.000 Einwohnern zuträglich.

Meine Damen und Herren, ich glaube, gerade solche Beispiele belegen, wie man in solchen Regionen Arbeitsplätze und Beschäftigungsentwicklung schaffen kann. Ein Gedanke zum Schluss zu dem vorgetragenen Bericht. Ich glaube, Herr Staatssekretär Scherer hat sehr deutlich gemacht, die finanzielle Schieflage von Kommunen kann man nicht am Zuschussbedarf für Infrastruktur festmachen, sondern

dafür gibt es eine andere Ursache, die in dankenswerter Weise auch von Frau Kollegin Wildauer benannt worden ist. Wir brauchen die Gemeindefinanzreform. Das Land kann nicht Feuerwehr spielen für alle diese finanziellen Missstände, die bei den Kommunen auftreten, und deshalb muss also die Forderung sein, nicht aufzuhören mit der Förderung in der touristischen Infrastruktur, weil es wirtschaftliche Belastungen geben kann, sondern die Forderung muss sein, die Situation der Kommunen zu verbessern, dass sie diese Einrichtungen der touristischen Infrastruktur auch weiterhin betreiben können. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Minister Schuster zu Wort gemeldet.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich auf die Anmerkungen von Frau Doht und Frau Dr. Wildauer nochmals eingehe. Frau Doht, Sie sagen, die höheren Fördersätze treiben die Kommunen faktisch in die höhere Verschuldung. Sie fordern reduzierte Fördersätze. Ich werde Sie gern bei künftigen Veranstaltungen mit diesem Vorschlag zitieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte ihn nicht für sachgerecht, und zwar deshalb, das hat Herr Kretschmer gerade dargestellt, weil viele Tourismuseinrichtungen in Orten errichtet werden, die dafür geeignet, aber häufig kleine Gemeinden sind. Von denen zu erwarten, dass sie 20, 30 Prozent der Investitionskosten beisteuern, ist völlig unreal.

Die Alternative dazu wäre höchstens zu sagen, nicht mehr die einzelne Gemeinde, sondern der Kreis soll diese Einrichtungen tragen. Darüber sollte man ernsthaft reden. Aber momentan zählen sie nicht zu den Aufgaben der Kreise. Hier ist Spielraum für kommunalen Einfallsreichtum, hier sollte man mal zwischen Kreisen und Gemeinden reden. Sie haben gefordert, dass man eine Folgekostenabschätzung betreiben sollte. Ja, aber das muss natürlich die Kommune selbst leisten. Wir können nicht bei allem und jedem die Auswirkungen, die das für die Kommune hat, darstellen; dafür gibt es die Kommune, die kommunale Selbstverwaltung und eine Kommunalaufsicht, die das zu prüfen hat. Wir als Fördermittelgeber sehen darin nicht unsere Aufgabe.

Eines wird sicher die Folge dieser Diskussion sein, touristische Infrastruktur wird auch in Zukunft notwendig sein. Ich denke, darin stimmen wir überein. Aber wir werden keinen einzigen Antrag mehr bescheiden, der nicht auf einem regional abgestimmten Tourismuskonzept basiert, meine

Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU)

der keine klaren Regelungen vorschlägt hinsichtlich der Betreiberstrukturen und vorher prüft, ob die Kommune tatsächlich in der Lage ist, eine Einrichtung zu finanzieren. Wichtig ist aber auch, dass wir in der Förderung differenzieren werden. Nicht jede Gemeinde wird mehr für jedwedes Projekt antragsberechtigt sein, sondern es wird eine Konzentration auf die Gemeinden geben, die für die jeweilige Einrichtung in Frage kommen. Es ist dann weiter gefordert worden, wir sollten als Ministerium die gesamte Moderation der ganzen Diskussion im kommunalen Bereich übernehmen. Das ist nicht Aufgabe des Ministeriums, obwohl wir derzeit diese Aufgabe wahrnehmen. Wir sind täglich unterwegs, um mit Kommunen über Schwierigkeiten oder über Planungen zu reden und nehmen täglich Aufgaben wahr, die von den Kommunen selbst nicht wahrgenommen werden. Die Aufgaben nun auch noch zur Landesaufgabe zu machen, Frau Dr. Wildauer, das ist nun wirklich abwegig. Wir werden mit Sicherheit nicht Träger dieser Einrichtungen werden, weder bei der Gesellschafterstruktur noch bei der Betreiberstruktur. Hier ist eine kommunale Aufgabenstellung angesprochen und die sollte man beibehalten, meine Damen und Herren. Für uns ist das Thema "Freizeitbäder" sicher abgeschlossen. Ich habe das schon mehrfach deutlich gemacht. Aber schon jetzt gibt es viele, die kommen und sagen, ja, aber bei uns muss doch dieses und jenes noch geschehen. Ich bin gespannt, wie die nächste Runde dieser Diskussion aussehen wird. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Doht, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister Schuster, genauso wie Sie unseren Antrag nicht richtig gelesen haben und die Berichterstattung dazu unvollständig war, haben Sie mir und meinen Ausführungen vorhin auch nicht richtig zugehört. Ich habe hier in keiner Weise gesagt, dass hohe Fördersätze jetzt an dem Problem der Kommunen Schuld wären, sondern ich habe gesagt, dass sicherlich manche Kommune aufgrund der hohen Fördersätze nicht so genau die Folgekosten geprüft hat, wie das möglich und nötig gewesen wäre.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Und was ist die Folge?)

Aber das Gleiche hat auch die Landesregierung in keiner Weise getan. Als Fördermittelgeber wären Sie genauso verpflichtet gewesen, die Folgekosten abzuschätzen und zu prüfen,

(Beifall bei der PDS, SPD)

die Kommunen auf eventuelle Risiken hinzuweisen. Ich habe schon gar nicht eine Absenkung der Fördermittelsätze gefordert. Das will ich hier nur deutlich klarstellen und ich habe es satt, dass Sie mir hier Dinge in den Mund legen, die ich so nicht gesagt habe.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine Anträge mehr in der Aussprache vor, so dass ich die Aussprache schließen kann. Es ist durch die PDS-Fraktion die Fortberatung im Innenausschuss beantragt worden. Die PDS-Fraktion hat auch die Aussprache verlangt, so dass das korrekt ist. Wer der Fortberatung im Innenausschuss zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Danke schön. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Mit einer Mehrheit von Gegenstimmen ist die Fortberatung abgelehnt worden. Ich stelle fest, dass das Berichtersuchen erfüllt ist, falls dem nicht widersprochen wird, und schließe den Tagesordnungspunkt 13.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 14**

**Allgemeine Förderung der
Erziehung in der Familie**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2728 -

Die einreichende Fraktion hat die Begründung durch Frau Abgeordnete Pelke beantragt.

(Unruhe im Hause)

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Pelke, einen kleinen Moment bitte. Ich denke, dass man Ihnen durchaus zuhören sollte und dass die Bewegung hier im Saal erst einmal zur Ruhe kommen müsste.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Ich dachte, dass insbesondere auch die Fraktion in der Mitte zuhören muss, wo ihr doch die Familienpolitik so wichtig ist. Vielleicht sollte man an dem Punkt dann auch einmal lauschen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Ach nein, ...)

Regen Sie sich doch nicht gleich wieder auf. Dass Sie manches nicht so ernst meinen und manches auch nur in Wahlkampfzeiten laut von sich geben, das wissen wir doch, Herr Dr. Zeh, insbesondere Sie.

(Unruhe bei der CDU)

In der 1998 erfolgten Vorlage des 10. Bundesjugendberichts und der 1999 erfolgten Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Folgerungen aus dem Bundesjugendbericht wurden bereits Aussagen zu dem Ihnen heute vorgelegten Antrag getroffen. So hat z.B. die damalige, den Bundesjugendbericht verfassende Kommission empfohlen - und ich zitiere: "Nicht nur Kinder, auch Eltern müssen lernen. Familienbildung und Elternberatungsstellen sollen Eltern helfen, ihre Beziehung zu ihren Kindern so zu gestalten, dass sie zu fähigen, zu sozial verantwortlichen und in ihrer Person gefestigten Menschen heranwachsen können." Die gleiche Kommission empfiehlt an anderer Stelle: "Der fachliche Bedarf aus Sicht der Betroffenen an Familienbildung muss stärker akzentuiert und insbesondere auch die Mittelschichtorientierung problematisiert werden. Gleichzeitig ist zu untersuchen, wie Familien und junge Menschen mehr als bisher bei der Planung und Gestaltung der Angebote auch beteiligt werden können." All dieses, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung in ihrer damaligen Unterrichtung bejaht, die Anregungen also aufgreifen zu wollen und hat folgende Aussage getätigt, ich zitiere: "Die Landesregierung teilt die Auffassung der Kommission ausdrücklich, dass die Familienbildung als Leistung der Jugendhilfe im Bereich Förderung der Erziehung in der Familie wegen ihres vorbeugenden und fördernden Charakters einen besonderen Rang unter den Leistungen der Jugendhilfe einnimmt." Weiterhin wurde eine kritische Analyse des derzeitigen Angebots von Seiten der Landesregierung zugesichert und die konzeptionelle Weiterentwicklung in Aussicht gestellt. Ähnlich positiv wurde die Notwendigkeit von Maßnahmen der Familienfreizeit und auch der Familienerholung betont. Die Unterstützung junger Menschen in ihrer tatsächlichen oder auch in ihrer künftigen Rolle als Eltern sollte wieder stärker in das Blickfeld von Bildung und Erziehung einschließlich der Jugendhilfe gerückt werden. Aussagen, wohlgemerkt, am Ende der 2. Legislaturperiode, damals von beiden Regierungsfractionen getragen und nachzulesen in der Unterrichtung der Landesregierung. Das Studium der damaligen Aussagen hätte der Landesregierung sicherlich auch die Gelegenheit gegeben, meine Damen und Herren, die in der Großen Anfrage formulierten Perspektiven über das Familiengeld hinaus anzureichern. Nachdem nun das ganze Wahlkampfgetöse vorbei ist und ich auch aus Film, Funk und Fernsehen entnehmen konnte, dass selbst Herr Schäuble die Auffassung vertritt, dass die Konzentration der CDU allein auf das Familiengeld als eine wesentliche familienpolitische Aussage gerade wohl bei Frauen offenbar nicht gut angekommen ist,

(Beifall bei der SPD)

scheint es uns nun angebracht, dass man sich wieder auf das Notwendige und auf das Machbare zurückzieht. Wir haben Ihnen deshalb mit unserem Antrag Anregungen und die Gelegenheit gegeben, den Stellenwert von Erziehung in der Familie und Unterstützung von Familien, was Sie immer auch wieder einfordern, meine Damen und Herren, durch eine gesetzliche Verankerung in dem Thüringer Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetz zu erhöhen und dort zu verankern. Wir versprechen uns von einer gesetzlichen Verankerung auch eine Neuausrichtung und eine qualitative Steigerung von familienunterstützenden Angeboten. Ich sage auch, wir versprechen uns in dem gesamten Arbeitsfeld der Jugendhilfe und auch der damit verbundenen Bereiche - und ich will an diesem Punkt auch ganz deutlich den Bereich Schule nennen, aber auch die Kommunalparlamente, die ja für die Jugendhilfe vor Ort zuständig sind -, dass man sich mit einer größeren Sensibilität diesen Aufgaben widmet. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung und um Beratung unseres Antrags im zuständigen Fachausschuss. Dort könnten ja auch von Ihrer Seite, so denn auch weitere Anregungen vorhanden sind, weitere Anregungen mit eingebaut werden. Schließlich, meine Damen und Herren, ein Ausführungsgesetz wird ja nicht ständig novelliert, aber, ich denke, es gilt jetzt, dass Versprochenes und auch Überfälliges endlich eingebunden wird. Damit wollen wir auch dazu beitragen, dass Sie Ihre Versprechungen einlösen können. Wir haben ein fachliches Interesse an der Diskussion dieses Antrags im Ausschuss und bitten um Überweisung. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat sich Frau Abgeordnete Arenhövel, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

(Zuruf Abg. Arenhövel, CDU: Nein, Herr Panse.)

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Kollege Stauch kann das aufklären, ich wollte reden.)

Herr Abgeordneter Stauch, in Ihrer Fraktion ist im Moment Unklarheit darüber, Sie hatten angemeldet Frau Arenhövel und der Abgeordnete Panse soll sprechen.

(Zuruf Abg. Stauch, CDU: Ist recht.)

Dann lassen wir den Herrn Abgeordneten Panse zu diesem Thema sprechen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Panse.

Abgeordneter Panse, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Pelke, mit dem Interesse an der Familienpolitik kann es bei der antragstellenden Fraktion auch nicht so weit her sein angesichts von vier Zuhörern. Bei Ihrem Antrag gebe

ich Ihnen die Frage gleich zurück. Dann sollten Sie nicht auf andere Fraktionen schauen, sondern auf die antragstellende Fraktion.

Sehr geehrte Damen und Herren, im VIII. Buch des Sozialgesetzbuchs, dem SGB VIII, bzw. dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sollte man nicht nur blättern und sich einzelne Themen und Paragraphen herausuchen, man sollte es vor allem im Zusammenhang lesen. Es wäre hilfreich gewesen, wenn die Kolleginnen der SPD-Fraktion, oder wer auch immer den Antrag geschrieben haben mag, auch auf die anderen Paragraphen geschaut hätten. Ich erläutere Ihnen gern, was ich damit meine. Die Länder haben den gesetzlichen Rahmen des Bundes, der durch das SGB VIII, das Kinder- und Jugendhilfegesetz, gesetzt ist, durch eigene Landesgesetze auszufüllen, zu ergänzen und zu erweitern. Sie tun dies unter anderem mittels des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Es ist Aufgabe der Länder, die örtliche Arbeit zu unterstützen, zu fördern und zu ergänzen. Es ist nicht ihre Aufgabe, ihnen diese Arbeit abzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Dies besagt ganz konkret der § 82 des SGB VIII und ich zitiere dazu: "1. Die oberste Landesjugendbehörde hat die Tätigkeit der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe und die Weiterentwicklung der Jugendhilfe anzuregen und zu fördern. 2. Die Länder haben auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hinzuwirken und die Jugendämter und Landesjugendämter bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen." Die sachliche und örtliche Zuständigkeit ist allerdings darüber hinaus ganz klar in den §§ 85 ff des SGB VIII geregelt. Sie sollten dort nachlesen, für was der überörtliche Träger, das Land, Verantwortung trägt und für was eben nicht, weil dafür die örtliche Ebene, die kommunale Ebene, zuständig ist. Aber nun zurück zu Ihrem Antrag. In § 16 Abs. 3 des SGB VIII steht, und darauf zielen Sie mit Ihrem Antrag, dass das Nähere über Inhalt und Umfang der Aufgaben der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie durch das Landesrecht zu regeln sei. Umfänglich wird dies in Thüringen bereits mit mehreren Richtlinien getan, unter anderem zu den ambulanten erzieherischen Hilfen, zur Förderung der Familienbildung, zur Förderung der Familienerholung und zur Förderung von Familienverbänden sowie Familienzentren und Beratungsstellen, einschließlich der dazugehörigen Investitionsförderrichtlinien.

(Beifall bei der CDU)

Mit Unterstützung des Landes werden diese Angebote bedarfsgerecht in kommunaler Verantwortung unterbreitet. Die Landesförderung zur Unterstützung von Familien ist in den letzten drei Jahren erfreulicherweise gestiegen und die beschriebenen Richtlinien haben dafür gesorgt, dass die Mittel effektiv und zielgenau eingesetzt werden. Nicht zuletzt der Haushalt des Landes ist ein deutlicher Beleg dafür, dass Ausgaben für Familien, Kinder und Jugend-

liche höchste Priorität in Thüringen haben. Sie haben das in der letzten Plenarsitzung bei der Beratung der Großen Anfrage durchaus zu Recht hier auch vom Pult aus schon gehört. Auch im nächsten Doppelhaushalt werden bei allen Sporbemühungen erhebliche Finanzmittel zur Unterstützung der kommunalen Ebene zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben bereitgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Zur Pflichtleistung der Kinder- und Jugendhilfe, wie bei Antragsbegründung von Ihnen gefordert wird, kann dies aber mit einer Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfegesetzes gar nicht werden. Die Unterteilung in so genannte freiwillige und Pflichtleistungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist im Übrigen auch falsch, denn es handelt sich auch bei den so genannten freiwilligen Leistungen stets dem Grunde nach um Pflichtleistungen, nur die Höhe der Leistungen unterliegt verschiedenen Faktoren. Dem Grunde und der Höhe nach sind Leistungen mit einem Rechtsanspruch geregelt, wie z.B. die Hilfen zur Erziehung gemäß § 27 des SGB VIII oder die Erziehungsberatung gemäß § 28 im SGB VIII.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag der SPD-Fraktion greift durchaus unterstützenswerte Forderungen zur allgemeinen Förderung in der Familie auf. Er setzt allerdings darauf, dass die zu konkretisierenden Leistungen dann umfassend auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden. Vor diesem Trugschluss warne ich mit Blick auf die finanzielle Situation der Gebietskörperschaften. Eine weitere Kompensierung von kommunalen Finanzierungszuständigkeiten durch das Land kann und wird es an dieser Stelle nicht geben. Wenn Sie, werte Kollegen von der SPD, etwas für Familien tun wollen, haben Sie zwei konkrete Möglichkeiten. Zum einen sollten Sie hingehen und die Familienpolitik Ihrer Bundespartei auf Vordermann bringen.

(Beifall bei der CDU)

Bis jetzt war diese nicht gerade familienfreundlich. Von den Koalitionsverhandlungen in Berlin kommen Signale, die auch keine Änderung dazu erkennen lassen. Ich sage nur als Stichwort, die vermutlich ausbleibenden Kindergelderhöhungen. Auch darüber haben wir beim letzten Mal schon hier gesprochen.

(Beifall bei der CDU)

Zum anderen sollten Sie sich bitte stärker mit uns vor Ort bei der Bereitstellung finanzieller Mittel in den kommunalen Haushalten und bei der örtlichen Familienplanung engagieren. Beides, das sage ich ganz deutlich, ist allerdings wesentlich arbeitsintensiver, als hier einen populistischen und fachlich nicht durchsetzten Antrag vorzulegen. Die von der SPD-Fraktion geforderte Erweiterung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes um zusätzliche Leistungen der allgemeinen Förderung in der

Familie wird von der CDU-Fraktion aus den beschriebenen Gründen folgerichtig abgelehnt. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Nitzpon zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Bezug nehmend auf den ersten Beitrag von Frau Pelke möchte ich sagen, ich habe mich nicht zu Wort gemeldet, weil es Jugendberichte gibt oder weil die Landesregierung irgendwann einmal etwas in diesem Fall versprochen hat, sondern ganz einfach, weil die Familienbildung notwendig ist, aber immer gesehen aus der Situation der Familien selbst.

Familien, meine Damen und Herren, leisten Außerordentliches für das Fortbestehen und die Entwicklung unserer Gesellschaft. Familien pflegen und erziehen ihre Kinder, sie vermitteln ihnen verlässliche Werte für ein Leben in persönlicher und sozialer Verantwortung. Familien stellen sicher, dass die Renten auch in Zukunft gezahlt werden können, und sie leisten unbezahlte Familienarbeit. Diese nimmt auch unter dem Aspekt der zunehmenden Pflegebedürftigkeit zu. Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, dass die Lebensqualität durch die wirtschaftliche Sicherheit geprägt wird. Während ein Teil der Familien in ökonomischen Verhältnissen lebt, die ihnen eine weitgehend zufriedenstellende soziale Absicherung garantieren, gibt es in unserem Land zunehmend Familien, deren Familieneinkommen zu den Gering- oder Niedriglohnverdienern gehören. Die Schere zwischen den sozialen Schichten geht immer weiter auseinander und ich erinnere an dieser Stelle auch an die allein erziehenden Mütter und Väter und ich erinnere auch an die arbeitslosen Mütter und Väter in diesem Land. Diese wirtschaftlich unterschiedliche Ausgangslage führt natürlich auch zu ungleich verteilten Chancen. Wirtschaftliche Risiken, die sich vor allem in der Arbeitslosigkeit und damit einhergehenden Armut von Familien mit Kindern zeigen, aber auch neue Lebensformen und -stile sowie der Wandel der Gesellschaft hat durchaus den Familienalltag verändert. Mit den Brüchen der Erwerbsbiografie fehlt die Sicherheit im Berufsleben und damit aber auch die Sicherheit über den erreichten materiellen Standard und dies erschwert natürlich die eine verbindliche Lebensplanung, aber auch den Sozialisationsprozess der Kinder. Familien sind gefordert, sich neu zu orientieren in einer für sie unsicher gewordenen Welt, ich füge noch hinzu, in einer für sie unsicher gewordenen Arbeitswelt. Waren Kinder früher Teil der biografischen Sicherheit und Teil der sozialen Integration, werden sie heute als Risiko wahrgenommen, das man nur angemessen auffangen kann, wenn man eben vorher für genügend Sicherheit gesorgt hat. Einige der Erklärungen, weshalb weniger Kinder zur Welt kommen, werden aus der Studie "Frauenleben, Familienplanung im

Lebenslauf von Frauen" abgeleitet und lauten unter anderem: Weil es so viele "konkurrierende Optionen" gibt und "weil die Ansprüche an die Erziehung der Kinder heute so hoch sind, dass sie gar nicht mehr erfüllbar sind". Die Kinderfrage, meine Damen und Herren, ist eine Zukunftsfrage. Dadurch, dass die Entscheidung für Kinder eine Festlegung für immer ist, kommt die Zukunft ins Spiel. Vielleicht ist deshalb der Bedarf nach Sicherheit auch so groß. Einfache Erklärungen reichen nicht aus, weder eine zunehmende Unfruchtbarkeit noch eine zunehmende Ablehnung von Kindern und materielle Gründe machen den Übergang zur Elternschaft schwer. Schwierig sind die vielfältigen und widersprüchlichen Anforderungen an das Leben, an die eigene Rolle als Mutter und Vater, Anforderungen und Optionen maximal zu nutzen und auch flexibel zu sein. Diese Anforderungen schrauben die Voraussetzungen hoch, die Männer und Frauen meinen erfüllen zu müssen, bevor sie Kinder bekommen. Der Bereich des Übergangs zur Elternschaft ist außerordentlich wichtig, weil elementar eben für weitere familiäre partnerschaftliche Entwicklung. In modernen Industriegesellschaften ist der Bruch, den ein Paar erlebt, das bisher nur auf Beruf und Freizeit fixiert war, bei der Erweiterung der Familie um ein Kind im Übrigen gravierender als in anderen Gesellschaften. Dieser absolute Bruch des bisherigen Lebens ist ein Teil der Schwierigkeiten junger Eltern in diesem Land. Dazu kommt noch die hohe Flexibilität und die ständige Verfügbarkeit durch den Arbeitsmarkt. Wie können wir als Politiker, aber auch die Gesellschaft Eltern mehr Sicherheit und Selbstvertrauen im Umgang mit ihren Kindern und der neuen Lebenssituation vermitteln. Ich denke, wichtigster Ansatz in der Familienarbeit ist die Stärkung der Elternkompetenz. Staatliche Unterstützung kann nicht allein auf finanzielle Förderung reduziert werden. Ein Problem möchte ich an dieser Stelle benennen: Die Erziehungs-, Ehe-, Familien- und auch Sexualberatungsstellen werden nach dem KJHG gefördert. Sie beraten aber nicht nur Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre. Viele, die die Beratungsstellen aufsuchen, sind älter. Die Förderung beschränkt sich jedoch nur auf das KJHG. Ich denke, hier muss sich unbedingt etwas in der Förderpraxis ändern, aber auch in der Erweiterung der Stellenbesetzung. Das ist nicht zu sehen im kommenden Haushalt und auch darauf werden wir unser Augenmerk legen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht heute nicht mehr darum, Eltern in Familienbildungseinrichtungen oder Elternschulungen, wie sie auch immer heißen, zu belehren und ihnen neue Kenntnisse zu vermitteln. Diese Kenntnisse sind heute vielleicht aktuell, aber morgen schon nicht mehr. Die wichtigste Aufgabe der Familienbildung ist heute, Eltern in ihrer Eigenverantwortung und in ihrer Kompetenz zu stärken, Eltern miteinander ins Gespräch bringen zu lassen. Eltern sollten Sicherheit in der Interaktion mit ihrem Kind bekommen und Vertrauen in ihre intuitiven Fähigkeiten. Eltern soll als Paar geholfen werden, ihre Ansprüche und Vorstellungen vom partnerschaftlichen Miteinander zu klären, anzupassen und auch zu vereinbaren mit der Lebensumstellung, die durch ein Le-

ben mit einem Kind entsteht. Diese alltagsnahe Familienbildungsarbeit unterstützen wir uneingeschränkt. Familienbildung als Prävention und Leistung der Jugendhilfe nach § 16 KJHG schließt auch die aufsuchende Familienbildung mit ein und hier bestehen echte Defizite. Meine Fraktion wünschte sich auch in anderen Orten und nicht nur wie z.B. in Gera einen Kriterienkatalog für Familien- und Kinderfreundlichkeit oder die Einführung des Familienpasses wie in Erfurt, der aber auch noch verbesserungswürdig sein kann. Damit plädiere ich aber für die Verankerung kommunaler Familienpolitik im gesetzlichen Rahmen. Herr Panse, ich kann das nicht nur auf die kommunale Ebene verschieben, ich denke, das sollte auch in einem Rahmen gesetzlich verankert sein und, ich denke, das ist möglich. In diesem Zusammenhang scheint es an der Zeit zu sein, dass aber auch die Förderpraxis thüringenweit bedarfsspezifisch und familienpolitisch zielorientiert überprüft wird und abgestimmt wird untereinander. Ich sehe darin ein erhebliches Potenzial für eine ausgewogene zielgerichtete Förderung von Familienpolitik. Es ist sicher eine schwierige Aufgabe, weil die Träger, die jetzt Förderung erhalten, um ihre Existenz fürchten, aber, ich denke, auch das muss nicht sein und auch darauf sollten wir im Haushalt achten.

Zum Schluss lassen Sie mich noch ein Wort an die SPD-Fraktion richten. Meine Damen und Herren, diesen Antrag hätten Sie entweder bereits vor 10 Jahren mit der Beratung des Ausführungsgesetzes zum KJHG einbringen können oder aber wenigstens in jener Zeit, als das Sozialministerium von Ihnen geleitet wurde, denn da hatten Sie Gestaltungsmöglichkeiten mehr als jetzt und jetzt ist dies sehr schwierig. Dennoch sagen wir, der Antrag ist richtig, es gibt auch in Thüringen Defizite von Familienbildung. Wir sollten im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit gemeinsam darum ringen, wie dies abgestellt werden kann. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Bechthum zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, meine Kollegin Pelke hat bereits auf den 10. Jugendbericht und die damaligen Absichtserklärungen der Landesregierung hingewiesen. Nun wurde ja der Begriff "Familie" in die Ministeriumsbezeichnung neu eingefügt und es sollte angenommen werden, dass der Landesregierung die Umsetzung unseres Antrags ein ernsthaftes Anliegen ist, sozusagen eine Herzensangelegenheit. Aber Herr Panse hat ja schon den Sturm hier begonnen, schon im Grunde hervorgehoben, dass man diese Absicht hier nicht hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich der Vollständigkeit halber deshalb auch auf den aktuellen 11. Jugendbericht hinweisen. Dort heißt es in den zehn Empfehlungen u.a., ich zitiere, Frau Präsidentin: "Bedingungen für ein Gelingen des Aufwachsens sind neben der Stärkung der familiären Erziehung und Bildung qualifizierte Angebote für die Erziehung, Bildung und Betreuung aller Kinder in Kindertageseinrichtungen sowie verlässliche Schulzeiten." Während wir im Bereich der Kindertagesstätten mit Stolz auf eine gute Infrastruktur zurückgreifen können, besteht sowohl im Schulbereich als auch im Bereich der Stärkung familiärer Erziehung und Bildung Nachholbedarf. Wir liegen also mit unserem Antrag genau richtig. Deshalb sei es mir gestattet, auf Aussagen, die anlässlich der erst vor wenigen Tagen in diesem Raum erfolgten Vorstellung der Ergebnisse der 14. Shell-Jugendstudie getroffen wurden, zurückzugreifen. Der Mitverfasser Professor Hurrelmann berichtete u.a., dass ca. ein Drittel der Eltern Unterstützung und Hilfe bei der Erziehung benötigen würden. Er sprach sich eindeutig gegen eine staatliche Gängelung aus und betonte, dass Familienbildung und -beratung sehr viel niedrigschwelliger angeboten werden müsste. In Kindertageseinrichtungen, in Schulen sollten Eltern mehr Unterstützung, mehr Beratung erfahren und bei klaren Vereinbarungen sollten junge Menschen nicht nur in ihrer Leistung, sondern auch in ihrer sozialen Kompetenz gefördert und in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden. Gerade der Teil der Jugendlichen, der wenig selbstbewusst ist, wurde als die künftige Risikogruppe auch im Hinblick auf Aggressivität und Gewalt dargestellt. Es gibt immer wieder Beispiele, die genannt werden, auch Gutenberg. Ich möchte eigentlich noch hinzufügen, Sie sind leider nicht in den Prozessen vor dem Landgericht, wo Sie erfahren können, wie geht es in Familien zu. Dass ein Schwertfeger in einem Jugendgefängnis einen anderen brutal ermorden kann, einen 16-Jährigen, das würden Sie nämlich dann erfahren und wie wichtig das ist, dass man viel, viel mehr tun kann und muss. Innenminister Köckert hat daraufhin die Begriffe "Elternschule" und "Elternunterstützung" eingebracht und Herr Minister Pietzsch hat ausdrücklich betont, dass die Eltern besser als bisher erreicht werden müssen. Er hat dabei ausdrücklich die Phase des Übergangs von der Kindertageseinrichtung zur Schule als wichtige und entscheidende Möglichkeit der Unterstützung von Eltern dargestellt. So betrachtet, scheinen wir uns ja auch einig zu sein, dass sowohl ein pädagogischer Handlungsbedarf als auch ein landes- und kommunalpolitischer Handlungsbedarf gegeben ist. Die Politik muss für die notwendigen Strukturen sorgen, Finanzmittel verlangen oder neue bereitstellen und den Stellenwert der hier angesprochenen Leistungen erhöhen. Noch immer wird nämlich die Jugendhilfe in der Öffentlichkeit im Wesentlichen als ein Fachgebiet betrachtet, welches für Kinder in Heimen zuständig ist und bestenfalls noch für die Jugendhäuser. Jugendhilfe aber ist mehr und hat ausdrücklich einen präventiven Gestaltungsauftrag, auch und gerade bei der Unterstützung von Eltern. Dieser Auftrag gerät allerdings immer dann leicht unter die Räder, wenn öffentliche Finanzen knapp werden. Und er gerät pädagogisch leicht unter

die Räder oder besser in Vergessenheit, wenn der Schwerpunkt darauf liegen soll, diejenigen Eltern und jungen Menschen zu erreichen, die eben nicht ohne weiteres um Termine in Beratungsstellen bitten oder nachfragen. Da ist das Argument schnell zur Hand, dass diese Eltern nicht interessiert seien. Ich habe schon mehrfach in diesem hohen Haus dazu gesprochen. Nein, dieses Vorurteil sollten wir nicht pflegen. Deshalb haben wir in unserem Antrag ausdrücklich Wert darauf gelegt, dass der Zugang zu Familien aus bildungsunbewohnten Milieus möglich ist und dass dafür besondere Sorge zu tragen ist. Ich freue mich ja, dass die beiden von mir genannten Minister, Herr Köckert und Herr Dr. Pietzsch, genau diese Notwendigkeit vor wenigen Tagen hier in diesem Raum ebenfalls betont haben. Wir werden sehen, ob dies auch eine Zustimmung bedeutet.

Nun zu weiteren Aspekten unseres Antrags: Wir wollen, dass die Abstimmung mit anderen Bildungsangeboten gewährleistet wird. Auch hier kann ich mich auf Minister Pietzsch beziehen, der anlässlich der vorgestellten Shell-Studie ausdrücklich betont hat, dass Jugendpolitik Querschnittsaufgabe ist. Also werden wir zu regeln haben, dass die Jugendhilfe das Recht und die Pflicht hat, ihre Bildungsangebote mit anderen abzustimmen und damit auch das Recht zur Einmischung hat. Ich betone dies deshalb so, weil schon der vorgelegte Entwurf zum Schulgesetz genau diese Aspekte völlig unzureichend berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, es ist die Aufgabe und der Auftrag der obersten Landesjugendbehörde und damit des zuständigen Fachressorts in der Landesregierung, Jugendhilfe weiterzuentwickeln, anzuregen und gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten die unterschiedlichen finanziellen Leistungsmöglichkeiten auszugleichen. Wir sagen daher ausdrücklich, dass die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Umsetzung einer derartigen Aufgabenstellung und bei der gesetzlichen Verankerung nicht allein gelassen werden dürfen. Die Förderung der Erziehung in der Familie im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes muss inhaltlich ähnlich wie in der Jugendarbeit dorthin verlagert werden, wo der tatsächliche Gestaltungsauftrag existiert, nämlich in die Jugendämter und in die dortige Jugendhilfeplanung. Aber es ist die Verpflichtung des Landes, diese dabei finanziell und inhaltlich zu unterstützen. Lassen Sie mich deshalb meine Anmerkungen mit einer Bitte verbinden, die sich schon unmittelbar auf den Haushaltsentwurf bezieht. Meine Damen und Herren von der Landesregierung und von der Mehrheitsfraktion, wenn Sie Familienförderung und die Stärkung der Erziehung in der Familie ernst nehmen wollen - und ich bin bis zur Abstimmung bereits bereit dies anzunehmen und je nach Ergebnis auch darüber hinaus -, dann können wir nicht die Pflegeelternberatung um mehr als die Hälfte kürzen, die Zuschüsse zur Familienerholung für sozial schwache Familien um ca. 20 Prozent reduzieren - vielleicht sagen Sie, die nehmen die sowieso nicht in Anspruch -, die Förderung freier Träger von Familienzentren um 100.000 € kürzen, die investive Förderung freier Träger zum Bau und zur Verbesserung von Familienein-

richtungen um mehr als 500.000 € kürzen, um an anderer Stelle einen neuen Haushaltsansatz - ich zitiere - "Information und Beratung für Familien" in Höhe von 1 Mio. € zu installieren. Ich habe da schon geschluckt. Bei mir kommt der Verdacht auf, dass zulasten der Familienförderung an den genannten Stellen irgendein noch nicht näher definiertes Geschenk in Richtung 2004 - wenn dann Wahlen sind - gemacht werden soll. Ich rede dabei noch gar nicht von den Kürzungen an anderer Stelle, wo es zum Beispiel darum geht, benachteiligte junge Menschen und ihre Eltern bei der beruflichen Integration dieser Jugendlichen zu unterstützen. Professor Hurrelmann betonte als Fazit seiner Ausführungen, ich zitiere daraus, ich habe mir einige wichtige Gedanken dazu notiert: "In Familie liegt der Schlüssel." Er sagt, 80 Prozent der jungen Menschen sagen, dass sie ihre Kinder so erziehen möchten, wie sie selbst erzogen wurden. Weiter sagt Prof. Hurrelmann: "Zu viele Eltern, ungefähr ein Drittel, können nicht erziehen, sind überfordert. Viele Eltern sind keine kompetenten Begleiter ihrer Kinder." Deshalb: Familienbildung ist das A und O und die Vorbereitung auf das Elternwerden, auf Kindeserziehung ist das Allerwichtigste. Er hat dort auch den Ausdruck gebraucht: "Es gibt viele 'Wischiwaschi-Eltern'." Diese Eltern, die eben nicht erziehen können, sich sicherlich bemühen, geben dann auch die Grundlage für Gewalt. Man muss auf die Eltern zugehen, insbesondere in den Kindertageseinrichtungen. Diese Eltern kommen nicht allein. Hilfsangebote muss man machen, niedrigschwellige Angebote. Hier kann über die Schule auch eine sehr gute Chance bestehen, die aber eben leider viel zu wenig genutzt wird, weil die Lehrer dazu überfordert sind - Schulsozialarbeit. Wenn wir die Aussagen dieser Studien und auch Jugendberichte ernst nehmen, wenn ich die Aussagen der beiden Minister ernst nehme, dann kann und darf offensichtlicher Handlungsbedarf nicht dadurch gedeckt werden, dass aus anderen Bereichen der Familienunterstützung Geld abgezogen wird. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie deshalb noch einmal zu einer fachlich fundierten Diskussion im zuständigen Ausschuss auffordern. Ich erhoffe mir davon, dass die dann zusammengetragenen Anregungen ein wirklich wichtiges Fundament für das hier beantragte Gesetzesvorhaben darstellen.

Herr Panse, ich muss Ihnen auch noch einmal sagen: Sicherlich, Sie haben das alles richtig zitiert. Aber Sie wissen selbst, dass Richtlinien - ich habe selbst meine Erfahrungen dazu -, dass ein Gesetz immer etwas anderes, eine Grundlage ist, und Berlin hat dieses Ansinnen bereits als Gesetz formuliert, Bayern ist dabei, so wurde mir zugeordnet. Bei der Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung jetzt an der Fachhochschule - ich hätte mir gern auch von Ihnen Vertreter dort gewünscht - wurde ganz besonders hervorgehoben von einem Prof. Homfeld, dass es wichtig wäre, diese Familienbildung in jedem Land gesetzlich zu verankern, so wie wir uns das hier wünschen. Ich bitte deshalb nochmals - ich unterstütze das, was Frau Pelke sagte - um weitere Beratung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Bechthum, der Abgeordnete Panse

(Zuruf Abg. Bechthum, SPD: Nein.)

darf Ihnen keine Frage stellen.

Für die Landesregierung hat sich Minister Dr. Pietzsch zu Wort gemeldet.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Bechthum, Sie haben den Innenminister und den Sozialminister zitiert oder das wiedergegeben, was wir gesagt haben, völlig zu Recht und da brauche ich auch keinen Abstrich zu machen. Wir sind uns, wie ich aus Ihrem Beitrag gehört habe, in vielen Dingen inhaltlich einig und da machen wir auch keinen Abstrich. Nur ist auf der anderen Seite der Unterschied zwischen SPD und CDU ganz deutlich geworden. Sie wollen Gesetze, Verordnungen, Berichte und wir tun etwas.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das ist ein gravierender Unterschied. Denn Sie haben einen Antrag vorgelegt, der fordert, wenn ich das richtig verstehe, dass wir das Gute, was wir in Thüringen tun, nun - soweit es nicht schon geschehen ist - in eine Gesetzesform gießen. Es wird ausdrücklich nicht gefordert, dass wir die Leistungen für die allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie ändern oder verbessern sollen, sondern dass wir die Leistungen, die wir in Thüringen erbringen, gesetzlich fixieren sollen, sicherlich auch vor dem Hintergrund schwieriger finanzieller Auseinandersetzungen. Ich muss hier Herrn Panse ausdrücklich aufgreifen, wir würden natürlich auch den Kommunen neue Verpflichtungen auferlegen. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, ob dieses in der gegenwärtigen Situation machbar ist. Ich würde Sie von der SPD-Fraktion herzlich bitten, wirken Sie auf die Bundesregierung ein, dass eine Steuerreform gemacht wird, dass die Kommunen nicht so Not leidend sind, wie sie im Augenblick sind, und dass sie diese Aufgaben auch wahrnehmen können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nehmen wir doch erst einmal zur Kenntnis, was vor der letzten Plenarsitzung auf dem Tisch gelegen hat oder zur letzten Plenarsitzung, nämlich die Antwort auf die Große Anfrage der CDU zu aktuellen Aspekten und Perspektiven der Familienpolitik in Thüringen. Das umfangreiche Material ist auf eine Kurzformel zu bringen, nämlich auf die Feststellung, dass Thüringen in allen Bereichen der Familienförderung nicht nur

eine Spitzenposition in Deutschland einnimmt, sondern in vielen Bereichen sogar an der ersten Stelle liegt.

Drei wichtige gesetzlich geregelte Beispiele dazu:

1. Umfangreich und auch eingehend gesetzlich geregelt ist bei uns in Thüringen die Kinderbetreuung durch das Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz, das ja ganz ausdrücklich auch ein Ausführungsgesetz zum KJHG darstellt. Ganztagsbetreuung hat übrigens nicht bei uns in Thüringen, aber in anderen Ländern eine große Rolle gespielt, weil die SPD-geführten Länder wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein es nach vielen Jahrzehnten der Entwicklung nicht fertig gebracht haben, was wir hier in Thüringen bereits gesetzlich fixiert haben, nämlich die umfassende, bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Vorschulalter und auch eine Ganztagsbetreuung durch Schulhorte für Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren.

2. Thüringen ist eines von ganz wenigen Ländern, das ein Landeserziehungsgeld in derselben Höhe wie das Bundeserziehungsgeld leistet. Das Land wendet dafür auf der Grundlage eines Landesgesetzes jährlich mehr als 20 Mio. € auf. Auch im vorgelegten Doppelhaushalt für 2003 und 2004, meine Damen und Herren, steigern wir die Ansätze für familienfördernde Maßnahmen von rund 1,8 Mio. € auf rund 2,6 Mio. €. Darin enthalten sind unter anderem die von Ihnen, von der SPD-Fraktion, genannten Maßnahmen, zum Beispiel die Förderung von Familienbildungsangeboten, Familienerholung und Förderung der Familienverbände. Meine Damen und Herren Abgeordneten von der SPD, Sie können dieser Großen Anfrage noch eine weitere Tatsache entnehmen. Gerade die von Ihnen genannten Leistungen der Familienförderung, wie zum Beispiel der Erziehungsberatung, sind heute bei uns auf einem hohen Niveau. Frau Pelke, es tut mir Leid, Sie haben mich eben dazu gereizt, dieses doch anführen zu müssen, wenn Sie auf den Bericht der Landesregierung am Ende der 2. Legislaturperiode hinweisen. Wenn ich mir dort die Zahlen ansehe, z.B. Landesförderung von Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen: Im Jahr 1996 3,74 Mio. DM, bis 1998 schrittweise auf 2,84 Mio. DM abgesenkt, und in den vergangenen Jahren haben wir sie dann wieder bis auf 3,25 Mio. DM aufgestockt. Das ist eine positive Entwicklung in den letzten Jahren

(Beifall bei der CDU)

seit dem Bericht, den Sie angeführt haben.

Oder nehmen wir die Familienbildungsmaßnahmen: Sie wurden im gleichen Zeitraum, 1995 bis 1998, von 292.000 DM auf 284.000 DM abgesenkt und sie sind auf 350.000 DM angehoben worden. Meine Damen und Herren, hier ist etwas geschehen, und zwar positiv in der Familienförderung und übrigens ganz ohne Gesetz. Mit unserer Familienförderungs politik erfüllen wir nicht nur den Buchstaben, sondern vor allem den Geist des SGB VIII,

(Beifall bei der CDU)

das den Ländern und den Kommunen die Förderung der Erziehung in der Familie zum Auftrag gemacht hat. Wir tun das trotz einer schlimmen, ich möchte fast sagen, desolaten Finanzlage, die uns die Bundesregierung beschert hat.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ich mache Ihnen den Vorschlag: Gehen Sie nach Berlin und fordern Sie dort eine vernünftige Familienpolitik ein, denn mit höherer Steuerbelastung von Familien, insbesondere auch allein Erziehenden - das ist auch angesprochen worden -, Aussetzung der Kindergelderhöhung und der Diskussion um das Ehegattensplitting hätte man in Berlin dringend eine Familienlobby nötig.

(Beifall bei der CDU)

In Thüringen ist die Landesregierung Familienlobby. Wenn der Kanzler sich mit 4 Mrd. € für eine bessere Struktur der Hortbetreuung brüstet, dann sehen die neuen Länder davon vermutlich nichts, denn dieses Angebot haben wir schon. Sorgen wir also dafür, dass diese Mittel flexibilisiert und damit auch der Thüringer Familienförderung zugänglich gemacht werden,

(Beifall bei der CDU)

dann könnten wir das besser realisieren, von dem Sie, Frau Bechthum, gesprochen haben, was Prof. Hurrelmann völlig zu Recht gefordert hat. Aber ohne weiter gehende Verbesserungen vornehmen zu können, weil schlicht das Geld fehlt, macht auch die Schaffung von Gesetzen hier in Thüringen keinen Sinn. Wenn sich die Bundesregierung bereit erklärt, ihren Teil beizutragen und Länder und Kommunen entlastet und in einen Zustand versetzt, dass wir die Aufgaben nicht unter solchem finanziellen Druck erledigen müssen, wenn sich neue Gestaltungsräume ergeben, dann sollten wir auch dringend über eine gesetzliche Regelung nachdenken, aber nicht nur über das Bestehende, sondern wir müssen auch eine Erweiterung der Maßnahmen möglich machen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Pelke - noch eine Redemeldung? Bitte schön.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, liebe Kollegen der CDU, Sie haben wirklich großes Glück, dass die rotgrüne Regierung in Berlin wieder gewählt worden ist.

(Unruhe bei der CDU)

Womit sollten Sie sonst Ihr Nichthandeln erklären?

(Beifall bei der SPD)

Hier funktioniert doch immer nur eins: Was funktioniert, haben Sie gemacht; was nicht funktioniert, hat die Bundesregierung gemacht. Wenn es mal ganz besonders schlimm wird, dann kommen Sie wieder auf die Sozialismusdebatte, die ich auch schon langsam in der Art, wie sie von Ihnen geführt wird, nicht mehr ertragen kann.

(Beifall bei der PDS)

Sie tun etwas, Herr Minister, ja? Sie tun etwas unter dem Aspekt Familienpolitik und Jugendpolitik, Sie tun etwas:

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Ja.)

Sie kürzen. Sie kürzen bei der Sucht- und bei der Drogenberatung, Sie kürzen bei der Familienerholung, Sie kürzen bei Familienzentren. Sie nehmen aus der einen Tasche etwas heraus, schieben es in den anderen Bereich hinein, damit man es nicht mehr erkennen kann. Sie kürzen beim zweiten Arbeitsmarkt in Größenordnungen, das hat auch etwas mit Familien- und Sozialpolitik zu tun. Sie kürzen in Größenordnungen bei der Jugendberufshilfe. Sollen wir jetzt noch mehr aufzählen? Sie stellen sich hierher und sagen, wir haben mal einen gemeinsamen Antrag gemacht, wir haben einen Schwerpunkt festgelegt. Schulsozialarbeit, Schuljugendarbeit nennen Sie das jetzt. Da brüstet sich ein anderer Minister Ihrer Regierung, nämlich der Pseudo-Kultusminister, und sagt, jetzt haben wir es gepackt, wir nehmen zusätzliche Gelder in die Hand für Schuljugendarbeit und Schulsozialarbeit. Und was ist passiert? Es ist eine Zweckbindung für Gelder des kommunalen Finanzausgleichs, Gelder, die den Kommunen ohnehin zustehen. Das verbinden Sie jetzt mit einer Zweckbindung, damit die Kommunen nicht mehr frei entscheiden können, wofür sie es ausgeben. Dann reichen Sie es noch aus über den Bereich Jugendpauschale, damit die Kommunen auch noch ihr eigenes Geld kofinanzieren müssen. Das ist das, was Sie im Moment im Bereich Familie und Jugend tun. Und, Herr Panse, es mutet ja schon geradezu schlimm an, wenn Sie mir dann sagen, aus gemeinsamer Erfurter Sicht, dann lassen Sie uns doch vor Ort gemeinsam schauen, dass wir viel mehr Geld

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Nein, ich habe nicht Erfurt kritisiert.)

für den Familienbereich und für den Jugendbereich - den zähle ich immer mit dazu, auch den Jugendbereich - zur Verfügung bekommen. Sie als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses in Erfurt, Sie als Vertreter auch dort der Mehrheitsfraktion der CDU, die in den Haushaltsverhandlungen 1 Mio. € im Bereich der Jugendhilfe kürzt - und das als Antwort auf all das, was wir im Jugendbereich hier diskutiert haben. Ich will nicht immer auf das Beispiel Gutenberg, ich will nicht auf das Beispiel PISA zurückgehen. Dann stellen Sie sich her und sagen, wir sind nicht

mal bereit, über diese Dinge zu diskutieren, die Sie ehrlichen Herzens in vielen Veranstaltungen als genauso wichtig und wesentlich betrachten. Die gesetzliche Verankerung ist zunächst mal nicht grundsätzlich mit Geld verbunden, aber wir wussten ja schon, Sie wollten auch die gesetzliche Verankerung der Jugendpauschale nicht. Das ist ja alles in Ordnung und dass Sie jetzt auch hier wieder ein Problem bekommen mit der Begründung, wir verlagern in Richtung der Kommunen. Sie selber haben doch die Gesetzestexte vorgelesen. Es obliegt der Landesregierung, wie viele Möglichkeiten sie dann für sich in Anspruch nimmt, um der kommunalen Ebene weitere Unterstützungen auch im finanziellen Bereich mitzugeben. Also, ich finde, diese Diskussion ist wieder ein Wegschieben von all dem, entweder es funktioniert hier alles, Sie haben schon alles geregelt, man braucht überhaupt nichts mehr zu tun (wahrscheinlich ist es wieder so, es stört einfach, dass es ein SPD-Antrag ist). Möglicherweise bekommen wir eine ähnliche Thematik demnächst auf dem Briefkopf der CDU als Antrag und dann werden wir wahrscheinlich anders darüber diskutieren und dann werden wir es auch mit verankern.

Lassen Sie mich bei der Diskussion, weil ich sie einfach auch ärgerlich finde, auch noch einen Satz zu den Kollegen der PDS sagen: Selbstverständlich, Sie haben Recht, wir hätten noch einiges mehr machen können, sollen, müssen zu Zeiten, wo wir sozialdemokratische Verantwortung im Sozialministerium hatten. Aber ich glaube, dass wir in diesen fünf Jahren sehr viel getan haben und das eine oder andere ist natürlich nicht mehr zur Umsetzung gekommen. Und ich sage Ihnen, bestimmte Dinge, wie auch die Frage der gesetzlichen Verankerung der Jugendpauschale und andere Dinge, waren natürlich mit diesem Koalitionspartner, mit dem wir es damals zu tun hatten, auch nicht zu machen. Das sage ich hier in aller Deutlichkeit.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister:
Das ist doch gar nicht beantragt worden.)

War das eine Anmerkung von Herrn Finanzminister?

(Zuruf Trautvetter, Finanzminister: Nein, ein
Zwischenruf.)

Ach so, das ist ja schön. Gut, dann war es wahrscheinlich ein Zwischenruf vom Abgeordneten Trautvetter.

In diesem Zusammenhang bitte ich Sie ganz herzlich, noch einmal über Ihren eigenen Schatten zu springen, wenn Sie das Thema "Familienpolitik" wirklich so als Schwerpunktthema für sich in Anspruch nehmen. Ich will Ihnen das auch deutlich sagen, ich glaube das den Familienpolitikern in Ihrer Fraktion, ich zweifle das bei Frau Arenhövel nicht an, ich zweifle das bei Herrn Panse nicht an, ich zweifle das bei vielen anderen nicht an. Was ich aber dann nicht verstehen kann, ist, dass Sie nicht bereit sind, eine bessere Verankerung von Familienpolitik auch in ein Gesetz mit zu übernehmen, bzw. wenigstens bereit

sind, mit uns darüber zu diskutieren. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Ich kann die Aussprache schließen. Es ist beantragt worden, den Antrag an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Mit einer Mehrheit von Gegenstimmen ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir kommen damit zur Entscheidung über den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 3/2728. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Auch das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Mit einer Mehrheit von Gegenstimmen ist der Antrag der Fraktion der SPD abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 14.

Wir treten vereinbarungsgemäß jetzt in eine Pause ein, die 30 Minuten dauern soll, also demzufolge bis 12.45 Uhr. Wir würden uns danach um 12.45 Uhr im Plenarsaal wieder einfinden.

Präsidentin Lieberknecht:

Kolleginnen und Kollegen, wir konnten gerade die Ernennung des neuen Justizministers, Herrn Dr. Gasser, miterleben. Der Ministerpräsident hat mich gebeten, jetzt hier vor dem Thüringer Landtag die Vereidigung von Herrn Minister Dr. Gasser vorzunehmen.

Vereidigung des neu ernannten Justizministers (gem. Artikel 71 Abs. 1 und 2 LV)

Ich bitte deshalb Herrn Minister hier nach vorn, damit wir die Vereidigung vollziehen können.

Ich verlese Ihnen die in der Verfassung des Freistaats Thüringen vorgesehene Eidesformel. Sie können diese Eidesformel anschließend bekräftigen mit den Worten: Ich schwöre es oder ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Die Eidesformel lautet: Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, Verfassung und Gesetze wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.

Dr. Gasser, Justizminister:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, Verfassung und Gesetze wahren, meine Pflicht-

ten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Lieberknecht:

Wir haben die Vereidigung gehört. Jetzt darf ich Ihnen herzlich gratulieren, eine gute Hand für Ihre Amtsführung wünschen und eine gute Zusammenarbeit.

Dr. Gasser, Justizminister:

Danke schön.

(Beifall im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kommen wir jetzt zurück zu unserer Tagesordnung. Ich darf aufrufen den **neuen Tagesordnungspunkt 14 a**

Korruption im Thüringer Abschleppgewerbe?

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2752 -

Wird Begründung gewünscht? Herr Abgeordneter Pohl, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, seit Jahren beschäftigt der Verdacht auf Unregelmäßigkeiten im Thüringer Abschleppgewerbe die Verantwortlichen. Bekanntlich schon in der 2. Legislaturperiode befragte damals Kollege Kölbel in der 92. Sitzung des Thüringer Landtags im Februar 1999 die damalige Landesregierung zu Vorwürfen der Interessengemeinschaft der Abschlepp- und Pannendienstunternehmen gegen die Abschleppzentrale in Hermsdorf und gegen Bedienstete der Thüringer Polizei. Diese Mündliche Anfrage, Abschleppdienst in Thüringen, war dann auch Gegenstand der Beratung im Innenausschuss am 6. Mai 1999. Diese Beratung im Innenausschuss endete mit einer Festlegung. Die Festlegung lautete damals, die Landesregierung sagte einer Bitte des Abgeordneten Fiedler entsprechend zu, den Ausschuss über die etwaige Einleitung rechtlicher Schritte gegen die erhobenen Vorwürfe zu informieren. Dabei ist es damals geblieben. Die Landesregierung hat gewechselt, aber das Problem besteht anscheinend noch.

Meine Damen und Herren, durch Presseveröffentlichungen im Sommer dieses Jahres und auch vom 02.10. dieses Jahres hat uns dieses Problem erneut eingeholt. Diesen Pressemitteilungen war u.a. zu entnehmen, dass eine Thüringer Abschleppfirma wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung durchsucht wurde. Dieses Unternehmen soll laut Pressebericht auch das Fest einer Polizeigewerkschaft gesponsert oder finanziert haben. Der Presse

war zu entnehmen, dass auch heute noch so genannte Polizeiverträge mit Abschleppunternehmen, deren Zuverlässigkeit bis zum heutigen Zeitpunkt nicht überprüft wurde, existieren. Spätestens mit den Berichten über die Durchsuchung der Staatsanwaltschaft im Sommer 2002 hätten grundlegende Untersuchungen der Vertragspraxis eingeleitet werden müssen. Aber stattdessen entnehmen wir der Presse, dass zwar Untersuchungen eingeleitet wurden, aber bisher kein Rücklauf von Seiten der PD vorliegt. Auch diese Untersuchungen wurden unserer Meinung nach ganz schleifen gelassen. Ich möchte deshalb betonen, dass ich konkret zwischen den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und der Notwendigkeit des Tätigwerdens der Landesregierung unterscheide. Uns interessiert dabei ganz besonders der Inhalt der Verträge der verschiedenen Polizeidirektionen mit den benannten Abschleppfirmen. Wir wollen u.a. wissen, ob eine Zuverlässigkeitsüberprüfung dieser Abschleppfirma, gegen die staatsanwaltschaftlich ermittelt wird, durch das Innenministerium erfolgte. Der Presse war auch zu entnehmen, dass dieses schon im Juli angekündigt worden sei. Die Frage ist: Liegt ein Ergebnis vor? Denn es gilt ja auch ein Grundsatz, dass Verträge nur mit solchen Unternehmen abgeschlossen werden, die auch als zuverlässig gelten. Deshalb steht für uns auch die Frage, ob die in Verdacht geratene Firma noch Verträge mit der Polizeidirektion in Erfurt und der Polizeidirektion in Gotha hat, und auch die Frage: Gibt es mögliche Einlassungen von Bediensteten der Thüringer Polizei?

Meine Damen und Herren, im Sinne einer umfassenden Klärung der aufgeworfenen Fragen erwarten wir den Bericht der Landesregierung. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Der Bericht wird für die Landesregierung von Minister Köckert gegeben. Bitte schön.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, schon Lenin wird das Motto zugeschrieben "Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser."

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Hört, hört!)

Deshalb gehen wir konsequent jedem Verdacht auf Korruption unerbittlich nach, auch in der Thüringer Polizei. Insofern, Herr Kollege Pohl, nehme ich natürlich gern Stellung zu Ihrem Antrag. Erfreulich ist, dass die SPD-Fraktion hinter die Überschrift ein Fragezeichen gesetzt hat. Korruption im Thüringer Abschleppgewerbe? Zunächst zum Sachverhalt selbst: Anfang August gab es Pressemeldungen, wonach die Staatsanwaltschaft Erfurt Ende Juli einen Thüringer Abschleppbetrieb wegen Verdachts einer Straftat durchsuchen ließ. In den Presseberichten wurde behauptet, das Unternehmen habe möglicherweise das

Fest einer Polizeigewerkschaft gesponsert. Berichtet wurde auch, es handle sich um ein Schwesterunternehmen einer Abschleppfirma, die bereits im April im Visier staatsanwaltlicher Untersuchungen gestanden hatte. In den gleichen Berichten war zu lesen, diese Firma habe sich über Scheinfirmen bzw. direkte Zahlungen an Polizeibeamte zusätzliche Aufträge erschlichen. So weit die Presseinformationen.

Meine Damen und Herren, wenn es immer wieder zu Korruptionsvorwürfen kommt, so stehen diese sicher auch in Zusammenhang mit der rückläufigen Auftragslage in dieser Branche. Diese Tendenz ist insbesondere in der anhaltend rückläufigen Verkehrsunfallentwicklung und durch zunehmende spezielle Kundenwünsche nach einem bestimmten Abschleppunternehmen begründet. Im Jahr 2001 hatten wir die geringste Anzahl an Verkehrsunfällen seit 1993. Im Vergleich dazu war ein Rückgang um 4.576 Unfälle zu verzeichnen. Fakt ist also, dass sich in den letzten drei Jahren die Abschleppfälle im Freistaat Thüringen von ca. 18.000 auf derzeit ca. 12.000 pro Jahr reduziert haben. Der Kuchen ist deshalb immer kleiner geworden, aber immer mehr wollen davon ein Stück abhaben. In der Branche der Abschleppunternehmen herrscht ein harter Konkurrenzkampf und das ist sicherlich auch ein Grund für die permanenten gegenseitigen Anfeindungen. Im Übrigen sind derartige Korruptionsvorwürfe nicht neu. Bereits in der Vergangenheit wurden mehrfach sowohl anonym als auch von Konkurrenzunternehmen des Abschleppgewerbes Korruptionsvorwürfe gegen namentlich nicht benannte Polizeibeamte an das Thüringer Innenministerium herangetragen. Nach durchgeführten Ermittlungen haben sich diese Vorwürfe, so die mir vorliegenden Erkenntnisse, nie bestätigt. Allerdings ist derzeit ein Verfahren noch nicht abgeschlossen. Lassen Sie mich zum besseren Verständnis der Problematik einige allgemeine Hinweise geben. Grundsätzlich ist beim Abschleppen zwischen folgenden Verfahrensweisen zu unterscheiden:

1. Der Fahrzeugführer, der Fahrzeughalter des betroffenen Fahrzeuges ist handlungsfähig und anwesend. Der verantwortliche und handlungsfähige Fahrzeugführer bzw. -halter ist im Falle auftretender Störungen durch liegen gebliebene oder nicht mehr fahrbeite verunfallte Fahrzeuge selbst verantwortlich. Er hat für die Beseitigung der Verkehrsstörung zu sorgen und entscheidet daher selbständig über das zum Einsatz kommende Abschleppunternehmen. Die Polizei wird unterstützend tätig, indem sie auf Ersuchen des Verfügungsberechtigten den Abschleppauftrag, mit oder ohne Kundenwunsch, an die Abschleppleitzentrale übermittelt. Letztere übermittelt den Auftrag an das gewünschte Unternehmen oder vermittelt eigenständig ein entsprechendes Unternehmen.

Der zweite Fall wäre, dass es sich um einen handlungsunfähigen oder um einen abwesenden Fahrzeugführer handelt bzw. dass es sich um Strafverfolgungsmaßnahmen handelt. Bei einem solchen Fall entscheidet die Polizei eigenverantwortlich im Rahmen der unmittelbaren Ausführung

einer Maßnahme nach § 9 Polizeiaufgabengesetz bzw. nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung und sonstiger gesetzlicher Regelungen. Die Polizeidirektionen schließen deswegen auf der Basis einer Ausschreibung mit Abschleppfirmen Zweijahresverträge ab, die an bestimmte Voraussetzungen, wie z.B. die Zuverlässigkeit im personellen und technischen Sektor, gebunden sind.

Und nun zu den aufgeworfenen Fragen im Antrag der SPD-Fraktion im Einzelnen: Für die Frage, Herr Kollege Pohl, ob eine Veranstaltung einer Polizeigewerkschaft von einem Abschleppunternehmen gesponsert wurde und sich dieses Unternehmen dadurch Aufträge erschleichen wollte, ist die Landesregierung eigentlich der falsche Adressat. Die Landesregierung ist erst dann berührt, wenn sich durch einen konkreten Verdacht ein Polizeibeamter wegen eines Dienstvergehens schuldig gemacht hat und deshalb dienstaufsichtliche Maßnahmen angezeigt sind. Im Übrigen sind aufgrund zielgerichteter Ermittlungen wegen möglicher Zuwendungen nach anonymen Hinweisen derzeit Strafverfahren bei der Justiz anhängig. Über deren aktuellen Ermittlungsstand kann ich Ihnen wegen des laufenden Verfahrens jedoch keine Auskunft geben.

2. Vor Abschluss eines Vertrages haben die Polizeidirektionen die Zuverlässigkeit der jeweiligen Unternehmen geprüft. Diese erfolgte nach den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über das Abschleppen und Sicherstellen von Fahrzeugen durch die Polizei.

3. Alle sieben Polizeidirektionen des Freistaats haben flächendeckend mit derzeit insgesamt 38 Unternehmen entsprechende Verträge abgeschlossen. Das richtet sich dann jeweils nach der räumlichen Struktur der Polizeidirektion und das jeweils in diesem räumlichen Bereich gelegene Unternehmen wird dann beauftragt.

4. Die ersten Verträge traten am 1. Mai 2001 in Kraft. In drei weiteren Direktionsbereichen traten sie erst zum 1. September 2001 in Kraft.

5. Unmittelbar nach den jüngsten Presseveröffentlichungen vom August dieses Jahres hat das Thüringer Innenministerium die Polizeidirektionen erneut aufgefordert, alle Abschleppunternehmen, mit denen Abschlepp- und Sicherstellungsverträge abgeschlossen wurden, einer neuen Zuverlässigkeitsüberprüfung zu unterziehen und gegebenenfalls bei fehlender Voraussetzung die Verträge zu kündigen. Die Polizeidirektionen Erfurt und Gotha wurden im Besonderen aufgefordert, aufgrund eines bei der Staatsanwaltschaft Erfurt anhängigen Strafverfahrens hinsichtlich eines bestimmten Unternehmens konkrete Zuverlässigkeitsüberprüfungen einzuleiten, um die jeweiligen Verträge zu kündigen. Da hier ein Ermittlungsverfahren zurzeit anhängig ist, können weitere Auskünfte hierzu nicht gegeben werden.

Wir werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, allen Verdachtsfällen konsequent nachgehen. Nicht nur die von der Polizei beauftragten Abschleppunternehmen müssen zuverlässig sein, noch viel mehr müssen es unsere Polizeibeamten, unsere Polizeibeamtinnen sein. Und dafür werden wir Sorge tragen. Sie können also sicher sein, wir werden allen Vorwürfen auf Korruption im eigenen Interesse unserer Polizei und der Sicherheit unserer Bürger nachgehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Wird Aussprache zum Bericht gewünscht? Das ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Ja, bitte.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Ich bitte um Aussprache zu dem Bericht.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gut, dann gibt es eine erste Wortmeldung. Herr Abgeordneter Fiedler, bitte schön.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich dachte, die Aussprache ist schon erledigt. Also, ich will noch einmal ganz kurz dazu Stellung nehmen. Ich glaube, der Innenminister hat vorgetragen, was in dem Vorfall unternommen wurde und unternommen wird. Das ist kein Vorwurf, der erst jetzt neuestens im Raum steht, sondern uns schon seit Jahren, es ist ja richtig berichtet worden, beschäftigt hat, und wir auch entsprechende Nachfragen hier gestellt haben. Bis jetzt haben sich, Gott sei Dank, die Vorwürfe, die dort immer wieder, insbesondere gegenüber der Polizei, erhoben worden sind, nicht bewahrt. Da bin ich erst einmal sehr dankbar und auch, dass die SPD-Fraktion das hier so dargestellt hat, wobei ich einfach auch darum bitte und wir sollten einfach vorsichtig sein, dass wir das Rufbild der Polizei nicht weiter verschlechtern. Ich könnte jetzt auf die ganzen Dinge noch eingehen, aber ich glaube, das Entscheidende ist, die Landesregierung untersucht; es sind entsprechende Verfahren anhängig und solange Ermittlungsverfahren, Strafverfahren anhängig sind, sind wir der falsche Partner. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung unaufgefordert im Innenausschuss berichtet, wenn dort weitere Erkenntnisse vorliegen sollten, damit wir über den Fortgang informiert werden. Ich denke, damit kann man das sauber und ordentlich weiter bearbeiten und abklären.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Abgeordneter Pohl.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir sind uns natürlich auch bewusst, solange staatsanwaltschaftliche Ermittlungen laufen, müssen wir diese staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen auf jeden Fall erst einmal abwarten. Das ist ein ganz normaler, auch ein korrekter Vorgang. Ich denke, dass ich mich in diesem Falle meinem Vordner, Herrn Fiedler, anschließe, dass wir erwarten, dass zum gegebenen Zeitpunkt im Innenausschuss dieser Punkt aufgerufen und noch einmal über den Fortgang und zum Stand der entsprechenden Ermittlungen berichtet wird. Das ist unsere Forderung, die wir haben, die wir jetzt auch nicht zeitlich genau einordnen können, denn wir müssen den Stand der Ermittlungen abwarten. Vor allen Dingen geht es mir auch noch um die Fragen der Zuverlässigkeitsüberprüfungen bei den zwei PD und darüber hinaus bei den übrigen fünf PD. Das ist unsere Forderung dazu. Danke.

(Beifall Abg. Pelke, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Jetzt sehe ich aber keine weiteren Wortmeldungen. Dann kann ich die Aussprache schließen und mir bleibt zum Abschluss festzustellen, ob das Berichtersuchen erfüllt ist. Erhebt sich Widerspruch dagegen, dass dem Berichtersuchen Genüge getan worden ist? Das ist nicht der Fall, somit können wir den Tagesordnungspunkt abschließen.

Ich rufe den neuen **Tagesordnungspunkt 14 b** auf

Lohnentwicklung im Freistaat Thüringen

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/2755 -

Frau Abgeordnete Pelke wird den Antrag begründen. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gewerkschaft ver.di hat vor wenigen Tagen unmittelbar nach Bekanntgabe der Ergebnisse des Landesamts für Statistik für das Jahr 2002 einen Bürgertisch eingerichtet, um die skandalösen - und ich sage das wirklich ganz deutlich -, skandalösen Entwicklungen im Niedriglohnbereich zu verdeutlichen und auch Veränderungen einzufordern. Neben den Betroffenen waren Politiker und Verbandsvertreter eingeladen, wobei die Regierungsfraktion trotz Einladung leider nicht vertreten war. Kollegin Thierbach von der PDS-Fraktion und meine Wenigkeit für die SPD-Fraktion waren anwesend und haben den Anliegen der Betroffenen zugehört.

Meine Damen und Herren der Regierungsfraktion, wenn Sie sich die Bedingungen anhören, und zwar unmittelbar von den Betroffenen anhören, die von Stundenlöhnen zum Teil bei 4 € liegend ihre Existenz bestreiten müssen, dann

hätte die Teilnahme sicherlich auch Ihrer Partei Ihnen gut angestanden. Das wäre aus unserer Sicht wahrhaftige Anteilnahme gewesen. Wir haben einen weiteren Grund, uns in diesem Hause unmittelbar mit den Arbeitsbedingungen im Niedriglohnbereich zu befassen. Wie wir wissen und wie Sie auch wissen, ist der Wach- und Schließdienst des Thüringer Landtags im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens an eine andere Firma vergeben worden. Für die übernommenen und alles andere als üppig bezahlten Beschäftigten brachte dies weitere Verschlechterungen mit sich. Wer sich dann die Stellungnahme der Thüringer Staatskanzlei zu dieser Problematik ansieht, der muss sich, leider Gottes, verhöhnt vorkommen. Zitiert wird dort der Hinweis des Wirtschaftsministers, dass die Lohnstruktur in Thüringen ohne Frage dazu beigetragen hat, dass mehr Wachstum und Beschäftigung erreicht würde. Gleichzeitig wird im gleichen Schreiben betont, dass die Thüringer Landesregierung immer wieder darauf hingewiesen hat, die Einkommensschere zwischen Ost und West in absehbarer Zeit zu schließen. Also: Gelobt wird in diesem Zusammenhang das Niedriglohnland, gehofft wird auf Hinweise und getan wird so, als habe die Staatskanzlei keinerlei Verantwortung für diese Auftragsvergabe. Wir müssen uns bei einer solchen Politik, meine Damen und Herren, nicht wundern, wenn junge Leute in Scharen abwandern, und wir müssen uns auch nicht über zunehmende Kaufzurückhaltung beklagen, wenn wir uns gleichzeitig damit brüsten, der Niedriglohnbereich innerhalb der Bundesrepublik geworden zu sein. 5,81 €, meine Damen und Herren, das ist der Stundenlohn derer, die uns hier bewachen und die rund um die Uhr, an Sonn- und Feiertagen, an Wochenenden hier für uns Dienst schieben. Diese Kollegen, die hier draußen Dienst machen und die das Anliegen, worum es uns heute geht, hier sicherlich selber noch sehr viel anschaulicher beschreiben könnten, müssen dann Schichtdienst machen, um annähernd auf eine vernünftige Entlohnung zu kommen. Das Problem dabei, meine Damen und Herren, ist, dass natürlich das, was man im Rahmen von Sonderzulagen verdient, nicht angerechnet wird sowohl beim Arbeitslosengeld, wenn man denn dann betroffen ist, als auch bei der Rentenberechnung. Ich denke, dieses ist Anlass genug, um hier eine ernsthafte Diskussion zu führen.

(Beifall Abg. Bechthum, SPD)

Es ist doch offenkundig ein Widerspruch, wenn die Landesregierung einerseits zum Schließen der Einkommensschere zwischen Ost und West auffordert und andererseits im Alltag der Regierung so gehandelt wird, dass die Löhne, insbesondere bei denen, die ich eben angesprochen habe, auf dem Niedrigniveau verbleiben, ich sage das noch einmal in aller Deutlichkeit, auf einem Niveau, meine Damen und Herren, das es den Menschen gar nicht ermöglicht, in irgendeiner Form zur Stärkung der Kaufkraft beizutragen und ein Leben zu führen, wie wir es für uns in Anspruch nehmen und wie, ich denke, es auch diese Leute verdient hätten.

(Beifall Abg. Bechthum, SPD)

All dieses, meine Damen und Herren, ist Anlass genug, um einen Bericht der Landesregierung zu dieser Situation einzufordern, und all dies ist Anlass genug, dass wir auch in der Folge dieses Berichts politische Konsequenzen ziehen sollten. Insofern hoffe ich auf eine sachliche und den Gegebenheiten angemessene Diskussion. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Den angekündigten Sofortbericht gibt Herr Minister Schuster. Bitte schön, Herr Minister.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, das Lohnniveau in den neuen Ländern war nach der Wiedervereinigung auf einem sehr niedrigen Niveau angekommen, niedrig und zugleich auch noch unterschiedlich von Land zu Land. Inzwischen hat es sich in den neuen Ländern weithin angeglichen. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst eines Arbeiters in Thüringen beläuft sich auf 1.737 €, in Sachsen auf 1.770 €. Lediglich in Brandenburg gibt es eine Abweichung nach oben mit 1.855 €, was etwas mit dem Berlin-Effekt dort zu tun hat. Betrachtet man das Wachstum der Löhne, dann ergibt sich eine etwas andere Entwicklung, nämlich die, dass in unserem Land die Bruttomonatsverdienste der Arbeiter von 1992 bis 2001 um 48,3 Prozent gestiegen sind. Die durchschnittliche Steigerungsrate in den neuen Ländern beziffert sich auf 46,5 Prozent und in Sachsen-Anhalt auf 49,2 Prozent. Es gibt dann die häufig wiederholte Behauptung, untere Lohngruppen hätten sich besonders ungünstig entwickelt. Diese Behauptung ist in dieser Form falsch. Man kann nachweisen, dass es in verschiedenen Bereichen die unteren Lohngruppen waren, die am stärksten gewachsen sind, wobei ich damit noch nichts über die Frage der Angemessenheit sagen will.

Wichtig ist aber, nach den Ursachen der Entlohnungsunterschiede oder des Entlohnungsniveaus zu fragen. Unterschiede gibt es bei der Entlohnung bei kleinen und großen Unternehmen. Nach Erhebungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zahlten Thüringer Betriebe mit weniger als fünf Erwerbstätigen durchschnittlich 1.200 € je abhängig Beschäftigten, Betriebe mit über 100 Mitarbeitern dagegen durchschnittlich 1.860 €, also 660 € oder über 50 Prozent mehr. Diese Differenzen sind allerdings kein Thüringer oder ostdeutsches Phänomen, ähnliche Relationen sind auch in Westdeutschland festzustellen. Der Unterschied ist, dass diese Differenz hier durchgängig gegeben ist und bei uns kurzfristig nicht behoben werden kann.

Wenn man weiter fragt nach den Gründen für das derzeitige Lohnniveau, dann gibt es einen weiteren Grund, nämlich den, dass die Produktivität und die Wertschöpfung in vielen Unternehmen höhere Löhne gar nicht hergibt, weil man sonst mehr verausgaben würde als vereinnahmt wird. Hier ist auch ein Problem vieler kleiner und mittlerer Unternehmen, die zwar beachtliche Umsätze erzielen, aber eine zu geringe Wertschöpfung, mit der Folge, dass die Löhne auch niedriger sind. Worum es gehen muss, ist, die Produktivität zu steigern, weil man nur bei höherer Produktivität auch höhere Löhne zahlen kann. Hier ist eine ganz wichtige Aufgabe angesprochen. Zu prüfen ist, wie man die Produktivität und die Wertschöpfung in den Unternehmen steigern kann. Dann gibt es als Erklärungsgrund auch einen weiteren, nämlich die Differenzierung der Löhne nach Sektoren. Auch im intersektoralen Vergleich gibt es Unterschiede. Häufig ist es so, dass in den traditionellen Sektoren, die erhebliche Probleme haben, noch die höchsten Löhne bezahlt werden, die aus der Vergangenheit mitgenommen wurden.

Am wichtigsten ist der Verweis auf die Tarifautonomie. Nicht der Staat setzt die Löhne fest, sondern die Tarifpartner.

(Beifall bei der CDU)

Es macht keinen Sinn, wenn die Tarifpartner bestimmte Lohnabschlüsse vereinbaren und der Staat hinterher beschimpft wird für die Höhe des Lohnniveaus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem, es gibt in unserem Lande auch Unternehmen, die Löhne bezahlen, die zu niedrig sind. Manche Unternehmen können nicht mehr bezahlen. Andere bezahlen niedrige Löhne, obwohl sie höhere Löhne zahlen könnten. Wir können und dürfen es nicht zulassen, dass die Löhne dem freien Fall nach unten überlassen werden.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist nach Auffassung der Landesregierung nicht akzeptabel. Es muss Regelungen geben, die sicherstellen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Lande ein auskömmliches Einkommen durch eine regelmäßige Erwerbstätigkeit erzielen können.

(Beifall Abg. Bechthum, SPD)

Eine solche Regelung gibt es ja seit länger Zeit im Baubereich - Sie kennen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Abschlüsse. Es gibt nun seitens der Bundesregierung den Gesetzentwurf, der den Namen Tariffreugesetz trägt. Über ihn ist in den letzten Monaten sehr viel diskutiert worden. Dazu hat die Monopolkommission in ihrem 14. Hauptgutachten Folgendes festgestellt - ich zitiere: "Das Tariffreugesetz ist nach Auffassung der Monopol-

kommission eine ordnungspolitische Fehlkonstruktion, die rechtlich äußerst zweifelhaft und wegen der Verteuerung öffentlicher Aufträge finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen ist. Zugleich wirkt es tendenziell kontraproduktiv bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern." Eine andere Lösung, die im Bundesrat damals diskutiert wurde, war, statt Tariffreugesetz Mindestlöhne einzuführen, die dann in allen Ländern realisiert und verbindlich gemacht würden. Solche Regelungen gibt es schon, trotzdem konnten sie noch klarer gefasst werden.

Man muss auch auf das Thema "Flächentarife" hinweisen. Die Landesregierung ist nicht der Meinung, dass die Flächentarife abgeschafft werden sollten.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung ist der Meinung, dass sie flexibilisiert werden sollen, um den unterschiedlichen Verhältnissen stärker Rechnung zu tragen. Es gibt nun einmal Unternehmen, die den Flächentarif nicht bezahlen oder noch nicht bezahlen können. Es gibt aber auch Unternehmen, die eine so hohe Produktivität und Wertschöpfung erzielen, dass sie auch mehr als den Flächentarif bezahlen könnten oder auch bezahlen. Nach beiden Richtungen muss die Flexibilität gehen, um den Interessen der Arbeitnehmer zu entsprechen und den Möglichkeiten der Unternehmen.

Ich denke, in puncto Flexibilisierung haben wir immer wieder ein Entgegenkommen unserer Gewerkschaften erlebt, dann nämlich, wenn es um die Ansiedlung von Unternehmen ging und geht. Die Gewerkschaften haben hier durchaus mitgeholfen, Einstiegsregelungen zu finden, die zum Ansiedlungserfolg beigetragen haben.

Auf Vorschlag der Tarifpartner wird es demnächst in unserem Lande eine Kommission geben, die sich mit der Zukunft des Flächentarifvertrags beschäftigt, eine Kommission, die natürlich von den Tarifpartnern gestaltet, von der Landesregierung lediglich moderiert werden soll.

Es gibt dann einen weiteren Ansatz, nämlich Kombilöhne zu ermöglichen, um sicherzustellen, dass das Lohnniveau auf jeden Fall nicht unter das Sozialhilfeniveau absinkt und die Arbeitsmotivation nicht beeinträchtigt wird. Man redet hier sehr viel von dem "Mainzer Modell". Ich bin sicher, dass es sich nicht bewährt hat. Wir haben hier schon darüber gesprochen. Man ist sich bundesweit dahin gehend einig, dass es gescheitert ist.

Dann gab es das Job-Aktiv-Gesetz, ein Versuch, über effizientere Vermittlung die Arbeitsplätze besser an die Frau oder den Mann zu bringen und auch höherwertige Arbeitsplätze zu vermitteln. Auch hier ist man sich zwischen Regierung, Opposition und Bundesanstalt für Arbeit heute weithin einig, dass dieses Gesetz nichts gebracht hat.

Auch wir haben ein Kombilohn-Einkommens-Modell vorgeschlagen. Ein Modell, das sicher einfacher zu handhaben wäre, aber auch hierzu müssen weitere Diskussionen geführt werden. Dies gilt auch für die Modelle, die etwa vom Freistaat Bayern eingebracht sind, über die noch zu reden sein wird. Jedenfalls muss erreicht werden, ein gewisses Mindesteinkommen abzusichern.

Meine Damen und Herren, eines ist aber klar: Mehr Arbeitsplätze und auch besser bezahlte Arbeitsplätze lassen sich nur über ein größeres Wirtschaftswachstum erzielen.

(Beifall bei der CDU)

Nur dann ist es möglich, eine entsprechende Wertschöpfung zu erreichen. Nur dann ist es möglich, die Produktivität zu steigern und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine entsprechende Lohnentwicklung möglich wird.

Meine Damen und Herren, auch die Landesregierung wendet sich gegen die Vorstellung, dass wir den Weg in ein Niedriglohnland antreten sollten. Wenn ich immer mit dem Vorteil "niedriger Löhne" zitiert werde, dann bezieht sich diese These auf die Anfangsjahre nach 1990. Da war es wirklich wichtig mit dem "Lohnkostenvorsprung" zu werben, aber diese Zeit ist vorbei. Wir reden heute davon, dass man die jüngere Generation nur dann im Land halten kann, wenn man ihnen ähnliche Löhne bezahlt wie in den alten Ländern. Auch hierzu brauchen wir eine Flexibilisierung der Löhne.

(Beifall bei der CDU)

Nun kann man daraus nicht die Forderung ableiten, wir müssten das Lohnniveau generell in allen Branchen, in allen Unternehmen sofort angleichen an das Westniveau. Wer dies will, der hat vielleicht viel Beifall zu erwarten, aber er verspielt die Zukunft unseres Landes. Allerdings, wer auf der anderen Seite als Unternehmer damit spekuliert, dass das Lohnniveau auf lange Zeit auf sehr niedrigem Niveau bleiben wird, der sollte sich auch die Frage stellen, wie lange er noch Unternehmer oder Unternehmen sein kann und sein wird.

Es geht uns darum, hier eine Entwicklung einzuleiten, die zu einem höheren Lohnniveau führt, die aber vorbereitet wird dadurch, dass die Produktivität in den Unternehmen gesteigert wird, damit die Unternehmen auch entsprechende Löhne bezahlen können.

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um die Löhne, sondern auch um die Lohnnebenkosten in unserem Lande, es geht um die Zahl der Urlaubstage, es geht um das Gesundheitswesen, es geht um die Sozialversicherung, es geht um das Subventionsgebirge, das Abgabengebirge, das sich über unseren Unternehmen auftürmt. Man kann auf Dauer nicht das höchste Lohnniveau im europäischen Vergleich, die höchsten Lohnnebenkosten,

die höchste Zahl an Urlaubstagen, die größten Leistungen im Gesundheitswesen, die größten Zuschüsse zum Sozialversicherungswesen und das höchste Maß an Regulierungen einführen, ohne dass die Wirtschaft darunter leidet. Sie leidet in unserem Lande massiv darunter und die geringen Wachstumszahlen zeigen dies.

Meine Damen und Herren, was wir dringend in unserem Lande brauchen, ist eine konzertierte Aktion, um die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland insgesamt wieder herzustellen, unter Mitwirkung von Regierung und Opposition, von Wirtschaft und Gewerkschaften. Alle müssen sich zusammenfinden, um einen Weg zu finden, der in die Zukunft führt, der im Interesse der Arbeitnehmer und der Unternehmen liegt. Der alte Klassenkampf, hier Unternehmer, hier Arbeitnehmer, ist doch längst reif für die Mottenkiste. Unternehmer und Arbeitnehmer müssen partnerschaftlich miteinander umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Der Unternehmer muss sich um die Belange seiner Arbeitnehmer kümmern und dafür sorgen, dass es seinen Arbeitnehmern möglichst gut geht. Die Arbeitnehmer müssen sich um die Belange ihres Unternehmens kümmern, weil sich ohne florierende Entwicklung des Unternehmens auch die Löhne nicht entwickeln können. Es wird allerhöchste Zeit, dass wir die Optik in diesen Fragen in Deutschland insgesamt ändern, auch in unserem Lande. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Wird Aussprache zum Bericht gewünscht? Ja. Zwei Fraktionen haben sich gemeldet. Damit eröffne ich die Aussprache und bitte als ersten Redner Herrn Abgeordneten Ramelow ans Rednerpult. Bitte schön.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Wirtschaftsminister, Sie fordern, dass die Optik geändert wird. Sie fordern, dass die Ideologie in die Mottenkiste gepackt werden soll, und der Vortrag, den Sie gehalten haben, das war reine Ideologie.

(Beifall Abg. Nitzpon, PDS)

Der Antrag der SPD - ich habe mich erst gefragt, was er denn soll - verweist ganz klar auf die statistische Erläuterung des Innenministers und die SPD hat geschrieben, sie möchte dazu eine differenziertere Diskussion hier haben. Das kann ich nachvollziehen, aber wir hätten es auch im Ausschuss machen können. Dass Sie aber so darauf antworten und völlig ausblenden, wie die Realitäten in Thüringen sind, und dann aber sagen, was sich hier in Deutschland alles ändern muss, ohne ein Wort darüber zu verlie-

ren, was sich in Thüringen ändern müsste, damit wir das Schlusslicht, die rote Laterne des Niedriglohnlands Thüringen abgeben können, dazu haben Sie kein Wort gesagt.

(Beifall bei der PDS)

Sie haben allen anderen die Schuld gegeben. Sie selbst haben damit nichts zu tun. Sie fordern eine konzertierte Aktion, heißt Bündnis für Arbeit in meinen Ohren. Sie waren derjenige, der es in Thüringen abgelehnt hat. Sie waren an einer konzertierten Aktion in Thüringen nie interessiert, Sie machen ab und zu Branchengespräche, die so stattfinden, wie mir von Teilnehmern berichtet wird - man kommt mit seinen Vorstellungen dorthin, nimmt entgegen, was Sie zu sagen haben, und geht wieder auseinander. Die Elemente, die in Gang gesetzt werden sollten, da fehlen mir die Impulse Ihrer Landesregierung. Ich sage nur das Stichwort Investivlohn. Da gibt es eine Konzeption, die durch und über die Landesregierung mit den Sozialpartnern erarbeitet worden ist. Sie ist im Ansatz stecken geblieben. Kein weiteres Element hat sich da bis heute entwickelt. Wenn Sie zu dem Flächentarifvertrag sagen, der soll nicht abgeschafft werden, aber er muss flexibler sein - werter Herr Wirtschaftsminister, offenkundig scheinen Sie die Thüringer Tarifverträge überhaupt nicht zu kennen. Ihr Haus ist zwar zuständig dafür, bei Ihnen werden alle Tarifverträge gemeldet und ein Tarifvertragsregister geführt; aber wenn Sie sagen, Tarifverträge sollen flexibler werden, da kann ich Ihnen aus eigener Anschauung nun sagen, dass die Thüringer Tarifverträge die flexibelsten in ganz Deutschland sind, und trotzdem hat die Flexibilität die Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht verhindert.

(Beifall Abg. Gerstenberger, PDS)

Um den Zusammenhang deutlich zu machen, Sie sagen: Ja, das mit dem Billiglohn ist nicht mehr so. Wenn aber Niedriglohnsektor Arbeitsplätze schaffen würde, wenn Ihr Argument am Anfang der zehn Jahre gegolten haben soll, dann können wir feststellen, dass wir immer noch das Land sind mit den niedrigsten Löhnen. Warum kommen denn nicht weltweit die Unternehmen hierher und bauen die Arbeitsplätze auf bei dem Lohnniveau, das wir haben? Wir haben in der Industrie einen Durchschnittslohn in den neuen Ländern von 69 Prozent, in Thüringen von 65 Prozent. Wenn Sie sagen, der Zusammenhang zur Produktivität muss gesehen werden, dann darf ich verweisen auf die Produktivität z.B. bei Opel Eisenach oder im Grisson-Werk in der Zwieback-Produktion. Überall dort wird Osttarif bezahlt, nicht der Tarifvertrag oder das tarifliche Entgelt, das gezahlt werden könnte anhand der Produktivität.

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Hinweis geben, Tarifverträge sollen erhalten bleiben und die Landesregierung sei sehr dafür, dann kommt mir das so vor wie der Vergleich zwischen Edelstahl und Diebstahl. Sie predigen das eine, Sie tun das andere. Denn wenn Sie sagen, der Staat habe nichts mit den Löhnen und dem Lohnniveau zu tun, dann darf ich Sie daran erinnern, dass es Ihre Lan-

desregierung war, die das Vergabegesetz in Thüringen abgelehnt hat, die dann gegen das Tariftreuegesetz polemisiert hat, bei dem ich ordnungspolitisch einige Probleme hatte, weil es auf Bundesebene eine Zuspitzung hat, die mir zu eng ist. Aber auf breiterer Basis zu sagen, dass staatliche Aufträge daran gekoppelt werden, dass der Flächentarifvertrag im Betrieb eingehalten wird, so wie man erwartet, dass auch Gesetze, Recht und Normen in einem Betrieb eingehalten werden, so hätten wir uns vorgestellt, dass wir in allen Bundesländern - wie im Saarland z.B. vorgegeben - auch in Thüringen ein Vergabegesetz auf gesetzlicher Ebene eingeführt wird. Das wäre ein Signal an die Menschen in diesem Land, dass es dieser Staat und dieser Arbeitgeber und dieser Auftraggeber ernst meint mit der Lohnentwicklung.

(Beifall bei der PDS)

Werner Herr Minister, was Sie völlig verschweigen beim Lohnniveau: das Instrument der Allgemeinverbindlichkeit, für das auch Ihr Haus zuständig ist. Die Flächentarifverträge, die verhandelt werden, haben in Thüringen immer eine Öffnungsklausel gehabt. Der Metalltarifvertrag hat die Härtefallklausel für Betriebe, die in Not sind. Der Einzelhandelstarifvertrag hatte immer die Kleinbetriebsklausel und hat jetzt gerade eine Erweiterung dieser Kleinbetriebsklausel drin gehabt. Es waren immer Bedingungen, um die Allgemeinverbindlichkeit zu erreichen. Das Gezänk um das Bewachungsgewerbe hatte was damit zu tun, dass man nach dem Prinzip "Teile und Herrsche" mehrere Arbeitgeberverbände in diesem Land hat und man sich mal überlegen muss, mit welchem man dann letztendlich ein Lohnniveau erreicht, das dann tatsächlich der menschlichen Arbeit, die hier geleistet wird, entspricht. Wenn man dann Aufträge erteilt, ohne die Verantwortung dafür zu übernehmen, wie denn 4,20 € oder 5,10 € als Lohnniveau zustande kommen, und dann so tut und sagt, aber statistisch ist das alles gar nicht schlimm. Herr Minister, wenn der Bauer die Kuh ...

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister:
Ver.di hat den Vertrag abgeschlossen.)

Ja, Herr Trautvetter, das ist so interessant, auch so polemisch, so hintenrum. Als Finanzminister setzen Sie sich hierher und sagen: "Ver.di hat den Tarifvertrag abgeschlossen." Wenn Sie aber der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst sind und wenn es um den Bundesangestelltentarifvertrag geht, dann ist der Arbeitgeber Finanzminister hier und schreit und sagt, ich habe das Geld nicht dafür und fordert auf, dass es keine entsprechende Entwicklung gibt. Oder wenn wir hier den Antrag stehen haben, wie denn bis 2007 die Angleichung im BAT erfolgen soll, dann sind Sie auf einmal wieder der Sparminister, der sagt, so geht das alles gar nicht und die sollen doch bitte im Westen verzichten. Als wenn der Verzicht im Westen für uns eine Tarifierhöhung im Osten ergibt. Das Geheimnis haben Sie das letzte Mal schon nicht beantwortet und jetzt polemisieren Sie nur wieder rum und sagen, also der Schwä-

chere, der dort unterschrieben hat, der sei Schuld daran. Sie drängen sich aus der Verantwortung in dem Moment, wo Sie Aufträge vergeben an Unternehmen, die das Lohnniveau, das vorher bezahlt worden ist, nicht mehr einhalten. So geht die Spirale abwärts.

(Beifall bei der PDS)

Die Vorschläge, die Sie, werter Herr Minister, hier noch einmal aus der ideologischen Klamottenkiste geholt haben, von wegen Deregulierung, Abschaffung Betriebsverfassungsgesetz, Kündigungsschutzgesetz und was Sie alles mit angesprochen haben, das hat Ihr Super-Ministerkandidat ...

(Zwischenruf Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur: ... in meiner Rede vorhin gesagt.)

Das ist wie gestern Abend, Herr Minister, ich darf Sie daran erinnern. Da haben Sie mir auch Dinge vorgeworfen und hinterher sozusagen einen Kunstgriff gemacht. Ich habe mich desselben jetzt bedient. Ich habe von Ihnen gelernt. Von Schuster lernen heißt siechen lernen.

(Zwischenruf Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur: Das gibt es nur im Sozialismus.)

Sie haben hier von der Deregulierung gesprochen, von dem Ruck, der durch Deutschland gehen muss. Sie haben es anders genannt und Sie haben darauf hingewiesen, was alles an den Lohnnebenkosten herunterreduziert werden müsste. Sie verschweigen dabei, dass die Urlaubstabelle in Thüringen niedriger ist als in allen anderen Ländern, die Lohnnebenkosten hier geprägt sind von den Sozialkassen, Rentenkassen und von dem Staat, der die Steuern erhebt, wo keiner über Steuerreduzierung bei Arbeitnehmern diskutiert, wo niemand hier diskutiert und sagt, welche Freibeträge bei Arbeitnehmern eigentlich alle eingeführt werden müssten, gerade dann, wenn es Niedriglöhne sind. Meine Damen und Herren, da verhalten Sie sich sehr janusköpfig. Ich verweise auf den Superkandidaten Herrn Späth, der einerseits durch die Talkshows getingelt ist und gesagt hat, was alles abgeschafft werden müsste, damit die Arbeitsplätze in Massen kommen. Da will ich nur darauf hinweisen - zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Wer selbst mehr Jahreseinkommen - und, Frau Vopel, das ist jetzt an Sie gerichtet, meine persönliche Neiddebatte -, wer ein höheres Vorstandsvorsitzendengehalt bekommt wie bei MAN, wie bei Thyssen/Krupp oder bei der Lufthansa, wer 1 Mio. € Jahreseinkommen hat, der hat leicht zu talken über Niedriglöhne. Meine Damen und Herren, lassen Sie sich uns doch einmal in die Situation hineinversetzen. Herr Minister Trautvetter, versuchen Sie doch einmal, Ihre Familie mit einem Gehalt zu finanzieren, das ein durchschnittlicher Wachmann hier im Hause bekommt.

(Beifall bei der PDS)

Ich denke, darüber müssten wir uns unterhalten. Ich habe den SPD-Antrag als einen Hinweis darauf verstanden, dass wir uns sehr differenziert denen zuwenden sollten, die mit ihrem täglichen Arbeitsgang versuchen ihre Familie zu ernähren, die aber durch ihre Arbeitsleistung keinen Arbeitslohn erzielen, der ausreichend ist. Niedriglöhne in Thüringen sind eine Realität. Werte Kollegen von der SPD, das will ich schon sagen. Ich beobachte mit großer Sorge die Wiedereinführung der Low-Budget-Jobs der Geringverdiener. Die CDU wird sich darüber freuen, dass die 500-Euro-Jobs wieder eingeführt werden. Jetzt sollen sie nur gekoppelt sein an die Haushaltsversorgung. Ich erinnere aber daran, dass wir im Einzelhandel in Thüringen die Situation hatten, von 65.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Einzelhandel, die sozialversicherungspflichtig entlohnt waren, gab es gleichzeitig 120.000 Geringverdiener nach dem alten Pauschalreglement. Durch die rotgrüne Bundesregierung der letzten Legislatur ist dem ein Riegel vorgeschoben worden. Wenn jetzt von hinten der Riegel wieder geöffnet wird, schaffen wir wieder am unteren Eingang der Entlohnung neue Billiglöhne und damit Armut im Alter von Frauen, die solche Jobs in Thüringen dann wahrzunehmen haben. Bei der Hartz-Kommission werden wir noch sehr kritisch darauf achten müssen, ob die neuen Jobcenter tatsächlich dem Flächentarifvertrag entsprechen oder - wie gestern Abend im Fernsehen ein Beitrag gezeigt hat - gesagt wird, dann stellen die Unternehmen keine Leute ein. Wenn es bedeutet, die Hartz-Kommission zulasten des Flächentarifvertrags umzusetzen, dann haben wir den Menschen einen Bärendienst erwiesen.

Meine Damen und Herren, niedrige Löhne sind keine Antwort auf 4 Mio. Arbeitslose. In Thüringen ist es bewiesen, dass niedrige Löhne keine Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei der PDS)

Ich widerspreche Ihnen in einem Punkt ganz deutlich: Der Wachstumsfetischismus der 60er- und 70er-Jahre, zu glauben, dass aus reinem Wachstum neue Arbeit entsteht, der hat sich überholt, der ist abgelaufen. Wachstum geht einher mit Produktivitätssteigerung und Produktivitätssteigerung vernichtet Arbeit, weil rationelles Arbeiten und rationelles Wirtschaften dem einzelnen Unternehmen dient und damit richtig ist. Aber gleichzeitig müssen wir gesellschaftlich eine Antwort geben, wie wir mit den Menschen in diesem Land umgehen. 4 Mio. Menschen brauchen einen Arbeitsplatz und dazu geben Sie mit Ihren alten Konzepten von Billiglöhne keine Antwort.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Vopel, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vor einigen Monaten, es war schon ungefähr vor einem halben Jahr, wurde ich in meinem Wahlkreisbüro von einem älteren Herren angerufen, er müsse mich ganz dringend sprechen. Und weil es ein älterer Herr ist, ich bin ja ein freundlicher Mensch, bin ich zu ihm hingefahren und habe nicht erwartet, dass er zu mir ins Büro kommt. Da hat er mir erklärt, in seinem Wohngebiet, wo er wohnt, ist jetzt der Kaufmarkt zugemacht worden. Er hätte Pleite gemacht und jetzt hätten sie da keinen Kaufmarkt mehr. Und ich müsse doch sofort den Bürgermeister anweisen und der Bürgermeister müsse dann sofort jemanden suchen, der diesen Kaufmarkt wieder aufmacht und dann außerdem, wenn der neue Betreiber dann da ist, muss das einer sein, der die Verkäuferinnen ordentlich bezahlt, denn die letzten, die da gearbeitet hätten, die hätten nicht genügend verdient. Das Ganze war ein Gespräch von anderthalb Stunden und das ist mir so eindrücklich in Erinnerung geblieben. Als ich nämlich diesen Antrag von der SPD im Vorabdruck, den ich hier mithabe, in die Hand bekommen habe, fiel mir das sofort wieder ein. Mir ging es ähnlich wie Herrn Ramelow. Wir haben nun wirklich wenig gemeinsam, aber in dem Fall. Ich wusste auch nicht so richtig, was die SPD mit dem Antrag bezweckt. Es stimmten auch die Begründung und das, was im Antrag steht, irgendwo nicht überein. Was Frau Pelke vorhin hier gesagt hat, das ist ein bisschen was anderes. Aber dazu sagt mein Kollege Bergemann nachher noch etwas. Nun unterstelle ich ihr nicht, er ist unterschrieben von Frau Pelke, dass sie nicht weiß, dass es eine Tarifautonomie gibt. Ich unterstelle Frau Pelke auch nicht, dass ich ihr in anderthalb Stunden erklären muss, wie Marktwirtschaft einigermaßen funktionieren sollte. Das unterstelle ich ihr alles nicht. Der Herr Minister hat ja zu der Lohnentwicklung einiges gesagt, ziemlich viel sogar. Im Übrigen, wir bekommen monatlich die statistischen Hefte. Da ist die Lohnentwicklung immer dargelegt. Wir haben das Statistische Jahrbuch, wir haben diesen Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, wir haben dieses - ich habe es extra mitgebracht - Startheftchen, was wir eben immer bekommen, wo auch immer über die Lohnentwicklung berichtet wird. Da sind dann interessante Sachen jetzt bei den letzten Statistiken dabei. Es stimmt, Herr Ramelow, wir sind im Moment Schlusslicht vor Sachsen. Man muss allerdings auch dazu sagen, das macht ganze 33 € aus. Ein Positives wiederum, die Frauen in Thüringen verdienen etwas mehr als die sächsischen Frauen. All das kann man aus diesen Statistiken herauslesen. Ich möchte das jetzt nicht weiter vertiefen.

Der Herr Minister hat es angesprochen. Wir müssen uns nach den Gründen fragen, warum in Thüringen nicht mehr verdient wird. Da müssen wir uns einmal die Struktur der Thüringer Wirtschaft anschauen. Ich spreche wieder Frau Pelke an, sie hat diesen Antrag nun einmal unterschrieben. Frau Pelke, ich weiß nicht, wie intensiv Sie sich mit dem Bericht der Enquetekommission befasst

haben. Wenn Sie es noch nicht getan haben, sollten Sie es vielleicht einmal tun. Da würden Sie nämlich einmal sehen, dass unsere Betriebe in der Mehrzahl viel zu klein sind, dass sie wachsen müssen, dass sie Wachstum brauchen, der Betrieb an sich, und dass größere Betriebe, das hat der Herr Minister dargestellt, meist mehr bezahlen als kleine. Das ist Fakt. Wir haben ein großes Potenzial an Handwerksbetrieben, die sich in den vergangenen 10, 11, 12 Jahren ungemein bemüht haben, ihre Firmen aufzubauen, Lehrlinge auszubilden, mehr als sie selbst gebraucht haben. Nur eines konnten sie nicht, sie konnten nie so viel Kapital ansammeln, dass sie Durststrecken überwinden. Im Moment haben wir eine Riesendurststrecke. Ich kenne viele Handwerksmeister, die gern ihren Leuten mehr bezahlen würden. Die können einfach nicht. Es mag auch welche geben, die wollen nicht, aber gerade viele von diesen kleinen Betrieben, die würden gern mehr bezahlen. Da müssen wir uns einmal die wirtschaftliche Situation im Moment anschauen. Durch Deutschland geht eine Pleitewelle, die wir so noch nicht gehabt haben. Da sieht nun wiederum Thüringen gar nicht so schlecht aus. Vor Thüringen oder nach Thüringen, je nachdem, von welcher Seite man es sieht, steht Niedersachsen, das muss man auch einmal sagen. Niedersachsen ist nicht so viel besser, was die Pleiten anbelangt, als Thüringen. Es liegt übrigens auch über dem Bundesdurchschnitt. Einer Firma, die Konkurs anmelden muss, die in die Insolvenz geht, geht meistens eine lange Durststrecke voraus. Ich kenne in meinem Bereich viele Betriebe, aber das kann Herr Ramelow nicht verstehen, wahrscheinlich will er das auch nicht verstehen, da haben die Arbeitnehmer zu ihrem Chef gesagt: "Chef, wir schaffen das und wenn wir alle den Gürtel enger schnallen und wenn wir ein paar Jahre brauchen, aber wir schaffen es." Viele haben es geschafft. Wir haben eine Reihe von Betrieben, die haben wirklich Gehaltsverzicht geübt bis an die Schmerzgrenze, das sage ich hier auch, aber die haben es geschafft. Viele haben es eben nicht geschafft, die gehen in die Pleite. Das sind natürlich auch alles Gründe für niedrige Löhne.

Meine Damen und Herren, wenn man dann aber sieht, was im Moment passiert, wer entlässt am meisten und oftmals mit dem Segen der Gewerkschaft - ich habe die FAZ von gestern hier: Die Telekom hat vor, ca. 50.000 Menschen zu entlassen und viele auch in den jungen Bundesländern, auch viele junge Thüringer haben bei der Telekom eine Lehrstelle bekommen. Die sind sehr glücklich und sehr froh gewesen. Die haben mit Sicherheit dort eine gute Ausbildung bekommen und hatten die Hoffnung, anschließend bei der Telekom einen Job zu bekommen, indem sie eine gute Arbeit leisten wollten und wo sie auch gut verdienen können. Was passiert jetzt? Die sind geopfert worden, damit die Telekom ihren verbleibenden Mitarbeitern in diesem Jahr eine vier vor dem Komma präsentieren konnte - 4,1 Prozent Lohnabschluss -, dafür sind diese Personalserviceagenturen eingeführt worden. Alle, die jetzt fertig werden, werden sofort dort hineingehen müssen, die werden gar nicht erst angestellt, die kommen sofort in diese Personalserviceagenturen, meine Damen und Herren.

Auf den Lohnzuwachs kann ich gern verzichten und sicher auch die Jugendlichen, die das jetzt alles miterleben. Unterhalten Sie sich mit denen einmal, Herr Ramelow, ob die das genauso sehen und immer nur meinen, wir müssen mehr verdienen. Denen wäre der sichere Job sicher mehr wert. Sie wissen ganz genau, dass das die neuen Bundesländer mehr betrifft, weil natürlich der alte Stamm der Telekommitarbeiter vorwiegend verbeamtet ist. Die kommen nämlich noch von der alten Post und das sind Beamte, die können nicht entlassen werden. Aber die, die von uns dazugekommen sind, sind die Ersten, die in diese Serviceagenturen gehen.

Meine Damen und Herren, dann habe ich in diesem Antrag gelesen, dass nicht zuletzt die Landesregierung Schuld ist. Gut, das haben wir nun gestern von Herrn Ramelow gehört. Ich habe mir das gestern auf einen Schmierzettel geschrieben, woran die Landesregierung, speziell der Ministerpräsident, Schuld ist. Er ist Schuld daran, dass nicht genügend investiert wird, dass nicht genügend verbraucht wird, dass nicht genügend verdient wird, dass nicht genügend gebaut wird, dass nicht genügend Touristen nach Thüringen kommen. Eins hat bei Ihrer Aufzählung gefehlt, Herr Ramelow, dass wir nicht genügend schönes Wetter haben, das hatten Sie vergessen zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich fand es mehr als zynisch, was Sie gestern hier abgesehen haben. Man kann anderer Meinung sein, aber so, wie Sie gestern und eben hier gestanden haben, das ist diesem Land nicht zuträglich.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Soll ich mich bedanken oder was oder wollen wir uns raus machen?)

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Letzteres ist gut.)

Wenn Sie so weitermachen, schaffen wir das, da brauchen wir gar nichts dazu tun.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Die Freude werden wir Ihnen nicht machen.)

Herr Ramelow, da komme ich auf meinen 83-jährigen Mann zurück. Der Einkaufsmarkt, der ist heute noch zu. Aber mittlerweile kommt ein ambulanter Händler, der zweimal in der Woche Lebensmittel, frisches Brot und Fleisch und so etwas verkauft und jetzt hat er mich angerufen und gesagt, es wäre wunderbar, der Händler würde ihm das sogar vor die Haustür liefern. Eigentlich hätte ich doch Recht gehabt. Herr Ramelow, es gibt vielleicht noch zu viele Leute, die Ihnen glauben, der Staat könne alles richten und der Staat könne alles bestimmen, aber ich glaube, die Zahl derer nimmt ab. Und selbst 83-jährige Menschen sind in der Hinsicht lernfähig. Der hat mir noch etwas Schönes zum Schluss gesagt, nämlich,

früher hat die Partei das immer gemacht, weil ich gesagt habe, das mache ich nicht und das kann ich auch nicht. Ja, das Früher ist Gott sei Dank vorbei.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Was hat das denn mit Niedriglohn in Thüringen zu tun?)

Es hat viel mit Niedriglohn in Thüringen zu tun, weil natürlich die Verkäuferinnen nach wie vor nicht viel verdienen. Ich will die Zahlen nicht alle vorlesen, das können wir zwar machen, aber es macht doch keinen Sinn. Wir sind doch alle des Lesens mächtig. Wir brauchen uns doch nur einmal die Spreizungen im Dienstleistungsbereich anzusehen. Das Bruttojahresentgelt eines Angestellten im Dienstleistungsbereich ist 27.132 €. Nun ist das mit dem Durchschnitt so eine Sache. Ich bin mit einem Chirurgen verheiratet, der hat da eine ganz drastische Erklärung, aber die bringe ich hier lieber nicht. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe sind es 32.676 €, dagegen sind es im Handel nur 23.203 €. Da sehen wir doch, man kann das nicht alles so über den Kamm scheren und auch nicht sagen, Thüringen ist insgesamt ein Niedriglohnland.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Statistisch kann man das sagen; die Statistik sagt das.)

Herr Ramelow, Sie können nachher gern noch einmal hierher gehen. Ich denke, es ist durchaus sinnvoll, sich mit solchen Dingen zu befassen. Solche Anträge, bei denen man zunächst gar nicht weiß, worum es geht, dass es hier z.B. um das Wachgewerbe geht, habe ich in diesem Antrag vermisst.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Wenn Sie das nicht wissen, haben Sie sich noch nie um Niedriglöhne gekümmert.)

Mein Kollege Bergemann wird, wie gesagt, dazu noch Stellung nehmen, auch zu dieser Veranstaltung. Wir haben Tarifautonomie, die wollen wir bitte schön auch behalten. Man kann nicht auf der einen Seite so tun, als könne der Staat alles richten. Es geht nicht. Das wissen Sie so gut wie wir. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Dr. Müller, bitte schön, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Dr. Müller, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst erst einmal ein paar Vorbemerkungen: Es ist schon ein bisschen bedauerlich, dass die Diskussion einen solchen Verlauf nimmt. Frau Pelke hat vorhin eine Einbringung gemacht

und eigentlich dargestellt, um was es geht. Wenn ein Außenstehender die Diskussion verfolgt, muss er eigentlich den Eindruck gewinnen, dass die drei Gruppierungen in diesem Haus zu drei verschiedenen Themen sprechen.

(Beifall Abg. Pelke, SPD)

Anlass für unser Berichtersuchen war natürlich die Veranstaltung, auf die Kollegin Pelke Bezug genommen hat. Es sind zwei Aspekte, die hier zu berücksichtigen sind. Es geht einmal um die Existenzsicherung und die entsprechend notwendigen Einkommen und es geht um den Aspekt, in dem Land und Kommunen als öffentlicher Auftraggeber handeln.

(Beifall Abg. Pelke, SPD)

Gerade zu diesem Aspekt habe ich hier überhaupt noch nichts gehört und schon gar nicht in dem Bericht vorhin.

Wie wir alle wissen sind die Preise in Ostdeutschland, abgesehen von Mieten, nicht sehr unterschiedlich von denen in den alten Bundesländern. Lebensmittel, Energie, Fahrtkosten und alle anderen lebensnotwendigen Dinge kosten nicht nur die Hälfte oder 60 oder 70 Prozent der dort zu zahlenden Preise, wie es bei den Löhnen in vielen Branchen ist. Der hier erzielte Lohn entspricht mitunter nur 50 Prozent. Die Thüringer Allgemeine hat letztes erst einen Bericht über eine Frisöse in Erfurt gebracht im Vergleich zu ihrer Kollegin in Stuttgart. Über die Bedingungen im Wach- und Geldtransportgewerbe und die dort erzielten Einkommen, 5,81 €, hat vorhin Kollegin Pelke schon gesprochen. Ich sage noch einmal, dies war eigentlich der Anlass für dieses Berichtersuchen. Mit solchen Einkünften haben Arbeitnehmer große Probleme sich ein einigermaßen vernünftiges Leben einzurichten, erst recht Familien mit Kindern. Deshalb meine ich, dass wir Abschied nehmen sollten von der Vorstellung, dass eine derartige Lohnstruktur dazu beiträgt, mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Die im Vergleich zu den neuen Bundesländern etwas bessere Beschäftigungssituation, Herr Minister Schuster, ist einzig und allein den Pendlern in Süd- und Westthüringen, nicht aber den Niedriglöhnen zu verdanken. Unsere niedrigen Löhne in Thüringen drücken sogar die Löhne in den Grenzregionen Thüringens in Bayern und Hessen. Ich habe das hier schon öfter angesprochen. Ich bin zwar für Erfurt hier im Landtag, aber ich komme nun einmal aus dem Sonneberger Raum und alle meine arbeitsfähige Verwandtschaft arbeitet in Franken und ich weiß, was ich sage. Schauen Sie nach Ost- und Nordthüringen und Sie werden feststellen, dass sich kein Unterschied zu der Arbeitsmarktsituation in den anderen neuen Ländern ergibt. Ihre von der Staatskanzlei zitierte Aussage müsste eigentlich lauten: Insgesamt hat die Lohnstruktur in Thüringen ohne Frage dazu beigetragen, dass immer mehr Thüringer Arbeitnehmer, vor allen Dingen junge Arbeitnehmer, in die alten Bundesländer abwandern. Das würde den Tatsachen eher entsprechen. Ich freue mich, dass der Wirtschaftsminister das Problem inzwi-

schen auch anders sieht, als er das vor Jahren noch gesehen hat. Der Handel hat einen Kaufkraftverlust in dramatischem Ausmaß zu verzeichnen und das ist keine Kaufkraftzurückhaltung bei diesen Einkommensgruppen. Arbeitnehmer mit den hier beschriebenen Einkommen können gar nichts zurückhalten, sie müssen alles ausgeben und sie haben allergrößte Schwierigkeit, Monat für Monat irgendwie mit ihrem Einkommen auszukommen. Es gilt also endlich damit ernst zu machen, die Einkommensschere zwischen Ost und West zu schließen, vor allen Dingen dort zu schließen, wo das Einkommen einfach unwürdig ist. Es gilt von dem Gedanken Abschied zu nehmen, Thüringen als Niedriglohnland weiter hochzuloben. Diese Kritik geht an die Arbeitgeber insgesamt in Thüringen. Wer dies will, wird kurzfristig dazu beitragen, dass nach der erfolgten Zerstörung der Industriestruktur in diesem Land auch die Bevölkerungsstruktur unwiderruflich zerstört wird. Der Arbeitskräftemangel, wir wissen es, ab 2006 verlangt hier ein schnelles Umsteuern.

Nun zum zweiten Aspekt, bei dem Landesregierung und andere öffentliche Auftraggeber unmittelbar handeln können, nämlich bei der Auftragsvergabe. Wir sollten die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Vergabe immer damit verbunden ist, Tariftreue und qualitativ hochwertige Leistungen zu gewährleisten. Die Diskussion über das von der CDU abgelehnte Tariftreuegesetz und das Vergabegesetz muss neu aufgegriffen werden und zumindest die Leistungen im Hochbau, im öffentlichen Personennahverkehr und die Dienstleistungsbranche umfassen. Sie werden sich vielleicht vorstellen können, dass Engagement und Leistungsbereitschaft derjenigen, die in diesem Hause, aber auch andernorts für unsere Sicherheit und für die Sicherheit anderer Menschen und öffentlichen Besitzes zuständig sind, nicht zuletzt davon abhängig sind, welche Arbeitsbedingungen ihnen geboten werden. Sie werden sich auch vorstellen können, dass die Qualität der im Rahmen öffentlicher Aufgaben für die Pflege und Betreuung von Menschen zu erbringenden Leistungen ganz wesentlich von den Arbeitsbedingungen der dort tätigen Arbeitnehmer abhängig ist, wie z.B. in der Kinder- und Jugendhilfe und in der Altenhilfe oder Behindertenhilfe. Derzeit aber wird öffentliche Auftragsvergabe ebenso wie die Umsetzung des in der Sozialgesetzgebung vielfach verankerten Subsidiaritätsprinzips, welches wir ausdrücklich begrüßen, vorrangig unter Kostengesichtspunkten diskutiert und praktiziert. Dies führt in vielen Fällen und offenbar zunehmend zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen und es führt immer wieder zu Qualitätsverlusten, die mitunter mit Skandalen einhergehen wie z.B. jüngstens im Altenpflegebereich. Ich bin deshalb der Auffassung, dass die Wirtschaftlichkeit in der Auftragsvergabe ebenso wie die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips mehr als die Kosten beinhalten muss. Weder die Qualität noch die damit im engen Zusammenhang stehenden Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmer sind davon abzukoppeln. Wer wirtschaftliche Leistungen haben will, muss Arbeitnehmereinkommen gewährleisten, die tarifvertraglich gesichert sind und die ein menschenwürdi-

ges Auskommen mit dem erzielten Einkommen ebenso wie akzeptable Arbeitsbedingungen ermöglichen. Wir sollten also die Diskussion zum Tariftreuegesetz und Vergabegesetz erneut aufnehmen und auf all die Bereiche ausdehnen, in denen öffentliche Auftraggeber unmittelbar oder mittelbar Verantwortung tragen. Wenn wir uns offenbar einig sind, in absehbarer Zeit innerhalb des öffentlichen Dienstes eine Tarifangleichung zu erreichen, dann sollte uns dies dort, wo wir für Auftragsvergaben zuständig sind, genauso am Herzen liegen. Wir können durchaus in eigener Zuständigkeit kurzfristig Verantwortung für bessere Lebensbedingungen von Arbeitnehmern in unserem Land übernehmen. Dies wäre ebenso wie die dann nicht mehr verzerrten Wettbewerbsbedingungen ein wichtiges Signal auch für die gesamte Wirtschaft unseres Landes. Wir können und sollten mehr tun, als Hinweise und Aufforderungen durch Mitglieder der Landesregierung, wie von der Staatskanzlei beschrieben, zu geben. Der heutige Bericht wird ebenso wie auch die ver.di-Initiative sicher noch zu mehr parlamentarischen Initiativen Anlass geben.

Eine Bemerkung noch zu den 500 €-Jobs, weil das Thema "Hartz" jetzt hier zu beginnen zu weit führen würde und ich schon sehe, dass wir uns, was diese 500 €-Jobs betrifft, hier offensichtlich mit der PDS und der Gewerkschaft streiten werden. Es geht ja nicht um die Verstärkung im Niedriglohnbereich, sondern um die Kenntnisnahme einer Tatsache, dass wir die Beschäftigung nun einmal in diesem Bereich haben und wenn die Abgaben im unteren Bereich zu hoch sind, das wissen wir doch, dann geht das in die illegale Beschäftigung. Mit der Anhebung der Grenze wird der Versuch gemacht, die Leute wieder in die Sozialversicherung hereinzuholen, denn das ist der einzige Hintergrund und nicht, die Niedriglöhne an sich zu befördern. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Bergemann, bitte schön.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Pelke, um das gleich richtig zu stellen, was Sie eingangs bezüglich der Veranstaltung gesagt haben, dass das nicht so im Raum stehen bleibt, dass die PDS und Sie dort anwesend gewesen sind. Es ist nachprüfbar, ich bin vor Wochen von Kollegen des Wach- und Schließdienstes angesprochen worden, dass diese Veranstaltung irgendwann stattfinden wird und ob ich teilnehmen würde. Da habe ich spontan gesagt, gar keine Frage, weil es unser aller Anliegen sein muss, in dem Bereich etwas zu tun, das zumindest öffentlich zu machen. Die Zeit verging, es kam keine Einladung. Da habe ich vorige Woche bei denselben Herren vom Wach- und Schließdienst nachgefragt und die haben gesagt, es ist versehentlich falsch gelaufen und ich würde demnächst - wörtlich: Es würde mir

demnächst die Einladung persönlich ins Fach gelegt, damit auch wir als CDU-Fraktion wissen, wann diese Veranstaltung stattfindet. Das vielleicht mal so weit.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb habe ich das gesagt, damit nicht der Eindruck entsteht, dass Sie sich hier um die Menschen kümmern, die niedrige Löhne verdienen und wir jenseits da oben irgendwo schweben würden.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Das können Sie sich sparen.)

Nein, das kann ich mir nicht sparen, denn Sie erwecken ja offensichtlich diesen Eindruck immer ganz bewusst.

(Beifall bei der CDU)

Verehrter Bodo Ramelow, man muss da auch mal ein bisschen vorsichtig sein. Es ist unstrittig, dass wir wissen, wie es in den Unternehmen zugeht. Da kann man keine Pauschallösung finden. Mein Eindruck auch aus vielen Unternehmen, die ich nicht nur in der Funktion als Abgeordneter, sondern auch in einer anderen Funktion besuche, ist, welches vernünftige Klima zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Sinne des wirtschaftlichen Unternehmens herrscht. Das ist unstrittig.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man dort hinget und nachfragt, ob es Betriebsräte gibt, und die gibt's, dann sind die mit am Tisch und da bekommt man genau die gleiche Bestätigung in der Sache. Da ist es wenig sinnvoll, wenn wir hier so einen Klassenkampf anfangen, denn den Eindruck hatte ich schon ein Stück. Das können wir wirklich überhaupt nicht gebrauchen, das mag in einer Zeit gewesen sein, wo das Gewerkschaften auf der anderen Seite Deutschlands geübt haben, wir haben davon jetzt ein etwas anderes Verständnis. Ich finde es auch ein Stück unredlich, dem Finanzminister Janusköpfigkeit vorzuwerfen, denn eines ist schon klar und dafür plädieren wir immer, die Landesregierung von Anfang an und die Fraktionen genauso wollen die Tarifautonomie. Das ist unstrittig und da möchte ich auch nicht, dass sich die Politik in die Tarifautonomie und in die Funktion einmischt, die im öffentlichen Dienst der Arbeitgeber zu vertreten hat, ist ein Unterschied, als wenn genau das angesprochen wird, dass man in diesem Wach- und Schließgewerbe bei niedrigen Tariflöhnen liegt. Ich glaube, das ist nicht ganz fair, denn Beispiele, die mich auch als Gewerkschafter sehr ärgern, wie wir in unserm eigenen Laden, im Gewerkschaftsladen, oft damit umgehen, wenn es um Entlassungen, um Arbeitnehmerprobleme geht, denn da sind wir als Unternehmen genauso den Gesetzen unterworfen,

(Beifall bei der CDU)

wie sie es draußen in der Wirtschaft sind. Das ist nicht immer einfach und es tut auch den Menschen weh, wenn man so etwas tun muss, aber ich hätte mir schon gewünscht, dass ver.di an dem Punkt, wenn es um Tarifverhandlungen für Wach- und Schließgewerbe geht, vielleicht auch ein bisschen mehr erreicht hätte; und das ist kein Problem der Landesregierung. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Ramelow, bitte schön.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Bei dieser Debatte haben wir ja aufmerksame Zuhörer, die zurzeit zum ersten Mal, was ja selten genug ist, live zuhören, was wir hier diskutieren, nicht nur draußen an der Mittelwelle, sondern die Kolleginnen und Kollegen, über die wir reden. Die hören nämlich gerade ganz aufmerksam zu. Eine Bemerkung hat ein Kollege gerade gemacht, das ist ja interessant, wenn man der CDU zuhört - kleine Betriebe - wenig Lohn, große Betriebe - mehr Lohn. Das hat er mal auf sich übersetzt, er hat gesagt: Vorher waren wir hier im Hause als Bewacher bei einem Kleinbetrieb, jetzt sind wir bei einem viel größeren Betrieb. Das Ergebnis ist, dass wir weniger Lohn haben. Das ist die erste Frage, die sie an Sie, meine Damen und Herren, jetzt in den Saal zurück übermitteln. Zweitens: Das mit der Statistik ist auch so eine Sache. Ich habe nämlich in einem Brief an die Landtagspräsidentin angesprochen, dass die Kollegen sagen, sie hätten durch den Übergang an die neue Firma einen erheblichen Lohnverlust. Daraufhin hat mir Herr Linck mitgeteilt, statistisch sei das gar kein Problem, weil sie im Schnitt 30 € weniger hätten und das sei ja gar nicht so viel. Frau Vopel, Sie haben ja eben auch gesagt, statistisch sei der Abstand zu Sachsen ja nicht so viel. Aber wer von dem niedrigen Lohn leben muss, den er hier verdient, da sind statistisch 30 € schon sehr viel. Aber in Wirklichkeit ist es praktisch noch ein bisschen anders. Ein Teil von den Kolleginnen und Kollegen hat durch die neue Form der Beschäftigung hier im Haus über 100 € im Monat weniger, obwohl sie die gleiche Tätigkeit für uns nach wie vor machen. Eine Frage, wo ich zurückfrage - Sie hätten doch das Beispiel Ihres Mannes zum Thema Statistik sagen sollen -, weil derjenige, der über 100 € weniger hat, fühlt sich ein bisschen verhöhnt, wenn so ein Brief hier herumgeht, wo nur von 30 € Differenz gesprochen wird. Da sage ich: Wir, meine Damen und Herren, die wir doch automatisch Jahr für Jahr unsere Diäten erhöht bekommen, sollten an der Stelle etwas mehr Sensibilität haben, wenn es darum geht,

(Beifall bei der PDS)

dass es ja statistisch nur so wenige Euro wären. Ich glaube, wer so wenig Einkommen hat, der fühlt sich ein bisschen auf den Arm genommen.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Heute früh war es anders.)

Frau Vopel, wenn Sie das Kaufland nehmen und das wunderbare Beispiel bringen, dann darf ich Ihnen sagen,

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Nein, "ein Einkaufsmarkt" habe ich gesagt.)

Kaufmarkt? Gut, ein Einkaufsmarkt. Da muss man einfach mal zur Kenntnis nehmen, dass wir eine Überkapazität an Einkaufsmärkten in Thüringen haben, hat etwas damit zu tun, dass wir eine mangelnde Raumordnung hatten, die verhindert hat, dass solche Überkapazitäten zu Stande gekommen sind. Wir haben in Thüringen eine ganze Reihe von Einkaufsmärkten, meine Damen und Herren, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht. Durch die Einzelgenehmigungen ist das im Ablauf genauso erfolgt, wie es in Briefen der Gewerkschaft HBV schon 90 bis 92 an die Landesregierung übermittelt worden ist,

(Zwischenruf Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur: Da waren Sie noch gar nicht hier.)

Entschuldigung? Da war ich hier, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Schuster, war ich da hier - seit 28. Februar 1990 bin ich hier und Frau Präsidentin Lieberknecht in ihrem vorherigen Amt erinnert sich, dass ich damals schon der Landesregierung gesagt habe, wenn es keine schärfere Raumordnung gibt, wird am Schluss ein vernichtender Wettbewerb eintreten, der mit Wettbewerbsregeln nichts mehr zu tun hat. Wir haben einzelne Einkaufsmärkte, einen in Jena, den ich im Kopf habe, ganz konkret, da könnten die Mitarbeiter umsonst arbeiten und die roten Zahlen des Ladens würden nicht aufgewogen werden. Nur ein dauerhafter Mietvertrag zwingt den Betreiber dort drin zu bleiben. Das sind Realitäten, die Sie gerne ausblenden, und deswegen, meine Damen und Herren, hat Niedriglohn nicht nur eine lösende Funktion in den Betrieben, sondern die Gewerkschaften in Thüringen haben immer sanierend begleitende Tarifverträge abgeschlossen. Wenn am Schluss der Sanierung der Lohnverzicht den Arbeitsplatz wirklich rettet, und ein Lohnverzicht, der zum Schluss trotzdem zum Konkurs führt, ist ein Lohnverzicht, der auf niedrigerem Lohn in die Arbeitslosigkeit führt und dann die Spirale abwärts in Gang setzt. An dieser Stelle sage ich, meine Damen und Herren, muss das Opfer, das man dem Arbeitnehmer abverlangt, auch in einer Relation dazu stehen, ob ihm Sicherheit auf Dauer gegeben wird, wenigstens auf eine Dauer, dass er das Geld, das er jetzt nicht bekommt, später einmal durch längere Verdienstmöglichkeit hat. Wer den Zusammenhang nicht beachtet, meine Damen und Herren, da kann ich nur sagen, das empfinde ich als Verhöhnung.

(Beifall bei der PDS)

Letzte Bemerkung, Frau Kollegin Vopel. Wenn Sie sagen, ich hätte das gestern Abend der Landesregierung alles schon vorgeworfen. Gestern Abend habe ich schon deutlich gesagt, wer das vorgeworfen hat, ich habe das nur wiederholt. Das scheint Ihnen nicht zu passen. Das hat die Industrie- und Handelskammer den drei Fraktionsvorsitzenden nicht vorgeworfen, sondern genau in der Form der Zahlen offeriert und Forderungen an die Politik gestellt. Wenn dann das Wiederholen der kritischen Zahlen, der Ist-Werte der Industrie- und Handelskammer, dazu führt, dass das eine Kritik an der Landesregierung ist, meine Damen und Herren, dann denke ich, das ist wie früher. Die Partei hat früher auch keine Kritik zugelassen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Schuster, bitte schön, Sie haben das Wort.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es ist halt immer dasselbe, wer nicht für mich ist, der ist gegen mich.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das stimmt.)

Nach diesem Motto handelt Herr Ramelow.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Ich glaube, eher die mittlere Fraktion.)

(Beifall bei der CDU)

Es ist derjenige nach seiner Meinung für soziale Demontage, der überlegt, wie man aus den Schwierigkeiten herauskommen könnte und müsste. Um diesem Eindruck entgegenzutreten, weise ich nochmals darauf hin: Es muss in unserem Land über Mindestlöhne gesprochen werden und darüber, wie man den freien Fall der Löhne nach unten vermeiden kann. Es gibt irgendwo ein Niveau, das darf nicht unterschritten werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man dann über die Niedriglohngruppen redet, dann wird einem der Vorwurf gemacht, man wolle überhaupt das Lohnniveau senken und auf Niedriglöhne festschreiben. Wenn man über die Niedriglohngruppen und über die Einstiegstarife redet, dann, um die Einstiegschancen zu verbessern. Was haben wir denn gewonnen, wenn wir ein hohes Tariflohnniveau haben und eine hohe Zahl von Arbeitnehmern, die zu diesen Tariflöhnen überhaupt nicht mehr eingestellt werden, meine Damen und Herren? Das ist doch

das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Es geht darum, die Einstiegschancen zu verbessern, es geht aber auch darum, die Aufstiegschancen zu verbessern, um berufliche Karriere zu machen. Es geht auch darum, die Organisation der Arbeit zu verbessern. Der Freistaat Thüringen hat im Bundesrat einen Antrag eingebracht, so genannte Dienstleistungsagenturen einzurichten, einmal, um im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen mehr Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar nicht Zeitarbeitsplätze, sondern Dauerarbeitsplätze, indem man solche Agenturen einrichtet. Solche und ähnliche Modelle müssen diskutiert, erprobt werden, um noch mehr Arbeit in Arbeitsplätze zu gießen.

Nun hat Herr Ramelow das Thema "Investivlöhne" angesprochen. Was er nicht gesagt hat, ist, dass es die Gewerkschaften waren, die jahrelang die Einführung von Tariflöhnen entschieden abgelehnt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Was er auch nicht gesagt hat, ist die Tatsache, dass unser Ministerpräsident seit langem die Einführung der Investivlöhne fordert und eine Kommission eingerichtet hat, um genau dieses Modell auch in unserem Lande auf den Weg zu bringen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Da war ich drin in der Kommission für die Gewerkschaft, da habe ich mitgearbeitet.)

(Beifall bei der CDU)

Die Frage, die dann auch aufgeworfen wurde, ist die Lohnangleichung im öffentlichen Sektor. Auch hier kann ich auf Aussagen unseres Ministerpräsidenten verweisen, unseres Finanzministers, die ganz klare Perspektiven dafür genannt haben.

Vergaberecht: Sie tun immer so, als würde unser Vergaberecht vorsehen, dass konsequent der Billigstanbieter berücksichtigt wird. Sie müssten inzwischen wissen, dass dem nicht so ist, dass wir nicht dem billigsten Angebot den Zuschlag geben, sondern dem wirtschaftlichsten, das heißt, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis berücksichtigt werden soll. Ich weiß sehr wohl, dass die Praxis dem Anspruch, insbesondere im kommunalen Bereich, nicht immer entspricht. Aber bei unseren vergaberechtlichen Bestimmungen haben wir keinen Nachholbedarf. Aus Ihrer Sicht vielleicht deshalb, weil wir die vergabefremden Kriterien stets abgelehnt haben, weil sie sich nach allgemeiner Auffassung nicht empfehlen.

Sie haben dann eben noch das Thema "Raumordnung" und "Einzelhandel" angesprochen. Ich war damals zuständig

für das Baurecht im Innenministerium und habe einen verzweifelten Kampf gegen viele Projekte geführt, großflächige Einzelhandelsunternehmen am Rande der Städte in möglichst kleinen Gemeinden anzusiedeln, weil man immer sicher sein konnte, dass der Bürgermeister der Versuchung nicht widerstehen konnte, solche Ansiedlungen zu genehmigen und Arbeitsplätze zu schaffen und Steuereinnahmen zu erzielen. Diese Argumente haben nicht nur Bürgermeister und Gemeinderäte beeindruckt, sondern auch die Gewerkschaften, Herr Ramelow. Auch die haben sich damals für diese Projekte ausgesprochen. Ich erinnere mich noch sehr genau an den Vorgang damals in Egstedt oben,

(Beifall bei der CDU)

was damals gelaufen ist, wie wir versucht haben, diese Ansiedlung zu verhindern im Interesse der Stadt Erfurt, im Interesse des Naturschutzes, des Wasserschutzes und dergleichen mehr. Ich weiß ganz genau, wie die Bataillone damals aufgestellt waren. Nun komme ich noch einmal zu meinem Appell, hier die Ideologie abzulegen und zu einem Miteinander, zu einer konzertierten Aktion zu kommen.

Herr Ramelow, wir sind seit Jahren immer wieder in der Situation, Verhandlungen zu führen, um Unternehmen zu retten. Wir machen immer wieder die Erfahrung, dass wir dabei Seite an Seite mit den Betriebsräten kämpfen. Die Betriebsräte praktizieren meistens mit uns den Schulterchluss, weil sie erkannt haben, dass man gemeinsam antreten muss, um Arbeitsplätze zu retten bzw. neue zu schaffen. Mit denen haben wir jedes Mal eine völlige Übereinstimmung hinsichtlich dessen, was geschehen muss, mit Ihnen nicht. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mir ist es wichtiger, dass die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten gut läuft. Dass wir Ihre Unterstützung bekommen werden, davon gehe ich sowieso nicht aus,

(Beifall bei der CDU)

aber vielleicht wäre es sinnvoll, Sie würden gelegentlich mit Ihrem Kollegen Gerstenberger über diese Fragen reden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Ramelow, bitte.

(Unruhe bei der CDU)

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Die wenigen Minuten werden Sie noch aushalten, die Sitzung ist ja gleich zu Ende.

Aber, Herr Minister, dass Sie hier einfach die Unwahrheit sagen, ich weiß nicht, ob Sie es einfach nicht besser

wissen oder ob Sie wissentlich die Unwahrheit sagen: Gerade zu Egstedt gibt es einen ablehnenden Bescheid der Gewerkschaft HBV und es war Willibald Böck, der damals bei mir im Büro war und die Zustimmung haben wollte für Egstedt und er gehört nun wirklich nicht meiner Gewerkschaft an. Ich bedauere, dass er heute nicht hier ist, dann könnten wir ihn einmal zur Rede stellen. Ich habe damals gesagt, dass Egstedt eine Überkapazität ist und dass an dieser Stelle aus unserer Sicht ein Einkaufszentrum in überhaupt keiner Relation errichtet werden darf, weil es zentrumsrelevante Einkaufsströme vorher in einer Art und Weise umleitet, wie sie für die Erfurter Innenstadt nicht gut sind. Und es war dann der Kompromiss, gegen den wir uns auch gewehrt haben, dass noch Möbel Höffner an die andere Seite gekommen ist. Der damalige Widersacher gegen Egstedt ist dann später von Höffner selber eingestellt worden und hat seinen Arbeitsplatz dort gehabt. Da habe ich mich gewundert. Anschließend war es Herr Ruge, der mir erklärt hat, jetzt müsste IKEA noch nach Erfurt kommen, obwohl wir zu dem Zeitpunkt schon eine um 30 Prozent überschrittene Kapazität an Möbelhäusern in Erfurt hatten. Jetzt haben wir die ersten Leerstände. Das eine Zentrum steht als Möbelzentrum komplett leer, keiner will dafür die Verantwortung haben. Aber das jetzt der Gewerkschaft HBV in die Schuhe zu schieben, ist schon schamlos.

(Beifall bei der PDS)

Und eine Bemerkung, Gustav Bergemann: Sei so fair, wir beide waren zusammen in der Kommission für Investivlohn und es ist einfach nicht richtig, was der Minister hier gesagt hat. Ich war für die Gewerkschaften, und zwar für alle Gewerkschaften in der Kommission. Ich bin im Vorfeld von den Gewerkschaften ideologisch angegriffen worden. In der Kommission haben wir einen Abschlussbericht gemacht für Investivlohn und eine Grundlage geschaffen, auf der Tarifverträge abgeschlossen werden können. Und es war das Steuerrecht, das bis heute der Frage Zufluss oder Abfluss, sozusagen das Versteuerungsprinzip, als Problem im Raum stand. Ich hätte mir gewünscht, wenn die Landesregierung im Bundesrat oder über die politischen Strukturen initiativ geworden wäre, weil, solange die Arbeitnehmer schon ihren Lohn versteuern müssen und dann sieben Jahre darauf verzichten, so lange werden sie sich am Investivlohn nicht beteiligen. Das hat die Kommission sogar einhellig festgestellt, da gab es überhaupt keinen ideologischen Grabenkrieg. Aber ich habe das Gefühl, dass Herr Minister Schuster das gar nicht hören möchte. Er möchte seine rückwärts gewandten ideologischen Schlachten noch mal schlagen. Ich habe damals für die Gewerkschaften für Investivlohn in der Kommission mitgearbeitet und, Herr Minister, ich lasse mir von Ihnen nicht sagen, dass wir es blockiert hätten und dass Sie das besser gemacht hätten. Bis heute habe ich von Ihnen noch keine Initiative gehört, wann dieses Steuerprinzip verändert wird, damit Investivlöhne überhaupt möglich sind. Das finde ich einfach nicht redlich von Ihnen. Kommen Sie raus aus Ihrem ideologischen Schützengraben.

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe daher die Aussprache und wir kommen zum Abschluss noch zur Feststellung, ob dem Berichtersuchen Genüge getan wurde. Gibt es dazu Widerspruch? Dazu gibt es keinen Widerspruch. Somit ist dem Berichtersuchen entsprochen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 14 b und weise Sie noch auf die nächste Plenarsitzung am 21. November 2002 hin. Auf Wiedersehen.

Ende der Sitzung: 14.40 Uhr